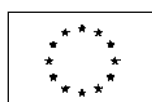


Europa in Zahlen

Eurostat Jahrbuch 2005

Kapitel 2



EUROPÄISCHE
KOMMISSION



THEMENKREIS
Allgemeine
und
Regionalstatistiken

Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden

**Gebührenfreie Telefonnummer (*):
00 800 6 7 8 9 10 11**

(* Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2005

ISSN 1681-4770

ISBN 92-894-9121-3

© Europäische Gemeinschaften, 2005

Copyright der folgenden Fotos: S. 37, 231: © Digital Vision; S. 38: © Steve Cole/PhotoDisc; S. 43: © Ryan McVay/PhotoDisc; S. 46: © Lawrence Lawry/PhotoDisc; S. 50, 57: © Jason Reed/PhotoDisc.

Für Reproduktion oder sonstige Verwendung dieser Fotos muss die Genehmigung direkt beim Inhaber des Urheberrechts erfragt werden.

Chefredakteur*G. Schäfer***Redaktion***S. Cervellin, M. Feith, M. Fritz***Eurostat, Referat Verbreitung und Veröffentlichungen**

DANKSAGUNGEN

Die Redakteure des Eurostat Jahrbuchs 2005 danken allen, die an seiner Entstehung beteiligt waren. Zur Veröffentlichung des Jahrbuchs haben folgende Personen durch ihre Unterstützung beigetragen:

EUROSTAT, DAS STATISTISCHE AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN***Referat A5: Information und Verbreitung***M. Baryn, M. Copers, A. Johansson-Augier, B. Le Goff***Direktion B: Hauptindikatoren und statistische Instrumente***B1 Hauptindikatoren (G. Mazzi, L. Sproge, H. Strandell)**B2 Rechnergestützte Verwaltung von Informationssystemen (V. Dreux)**B4 Referenzdatenbanken (D. Groenez, M. Loos, S. Paganoni, A. Pasqui, O. Stembert)**B5 Forschung (S. Frank, H. Willen)***Direktion C: Wirtschafts- und Währungsstatistik***C2 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Produktion (L. Biedma, I. Kuhnert)**C3 Öffentliche Finanzen, Steuern (L. Frej-Ohlsson, G. Thouvenin)**C4 Zahlungsbilanz (C. Andreatta, P. Passerini)**C5 Preise (A. Makaronidis, L. Mejer, S. Stapel)***Direktion D: Statistik des Binnenmarktes, Beschäftigungs- und Sozialstatistik***D1 Arbeitsmarkt (S. Jouhette, A. Paternoster, A. Tokofai, H. Vreeswijk)**D2 Lebensbedingungen und Sozialschutz (G. Abramovici, I. Dennis, A. Melis, J. Piirto)**D3 Unternehmen (P. Sneijers)**D4 Energie und Verkehr (A. Gikas, H. Strelow)**D5 Bildung und Kultur (B. Andrén, A. Mc Allister, P. Schmidt)**D6 Gesundheit und Ernährungssicherheit (D. Dupre, S. Gagel, E. Niederlaender)**D7 Informationsgesellschaft und Dienstleistungen (F.C. Bovagnet, C. Demunter, S. Fickinger, M. Ottens, M. Lumio, F. Reis, H.-W. Schmidt)***Direktion E: Agrar-, Fischerei-, Strukturfonds- und Umweltstatistik***E1 Strukturelle Agrarstatistik (U. Eidmann)**E2 Statistik der Agrarerzeugnisse (G. Weber, G. Steffes)**E3 Nachhaltige Entwicklung, Fischerei, Entwicklung des ländlichen Raums, Wälder (E. Maki-Simola, D. Cross, Y. Zanatta)**E4 Strukturfonds (T. Carlquist, B. Feldmann)**E5 Umwelt (J. Klein)***Direktion F: Statistik der Außenbeziehungen***F1 Demografie, Migration (G. Kyi, D. Thorogood)**F2 Außenhandel (A. Berthomieu, C. Corsini)***EFTA** (R. Ragnarson)**Geonomenklatur** (E. Jouangrand)

*Bitte beachten Sie: Eurostat-Organisationsplan vom Juni 2005, aktuelle Änderungen finden Sie im Internet unter <http://europa.eu.int/comm/eurostat>

GENERALDIREKTION ÜBERSETZUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION**AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**

1 Statistiker im Dienst Europas

Der Eurostat-Service	11
Eurostat, Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik	11
Die Strukturindikatoren von Eurostat	15
Euroindikatoren	17
Freier Zugang zur europäischen Statistik	19
Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt	21
Daten über die Regionen Europas	31
Im Blickpunkt: die Informationsgesellschaft	37

2 Menschen in Europa

Bevölkerung	61
Die Bevölkerung der EU	61
Familien und Geburten	67
Migration und Asyl	73
Gesundheit	79
Lebenserwartung und Sterblichkeit	79
Gesundheit und Sicherheit	85
Allgemeine und berufliche Bildung	95
Bildung	95
Betriebliche Weiterbildung	103
Arbeitsmarkt	107
Arbeit und Arbeitsmarkt	107
Daten zur Arbeitsmarktpolitik	113
Haushalte und Sozialschutz	117
Konsumausgaben der privaten Haushalte	117
Einkommen und Lebensbedingungen	123
Wohnen	129
Sozialschutz	133

3 Wirtschaft

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	141
Gesamtwirtschaftliche Leistung	143
Verbrauchsausgaben	147
Einkommen der Produktionsfaktoren	153
Öffentliche Finanzen	157
Preise und Löhne	161
Verbraucherpreise	161
Löhne und Arbeitskosten	167
Zahlungsbilanz	173
Leistungsbilanz	173
Internationaler Dienstleistungsverkehr	177
Ausländische Direktinvestitionen	181
Internationaler Warenverkehr	185

4 Umwelt

Umwelt	197
Wasser	197
Abfall	199
Luftverschmutzung und Klimawandel	201
Ausgaben für Umweltschutz	203
Landwirtschaft und Umwelt	205

5 Wissenschaft und Technologie

Forschung und Entwicklung	209
Die Informationsgesellschaft	217

6 Sektoren und Unternehmen

Unternehmensstrukturen auf einen Blick	233
Industrie und Baugewerbe	237
Handel	239
Finanzmärkte	241
Verkehr	245
Tourismus	253
Energie	257

7 Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei

Landwirtschaft	267
Forstwirtschaft	279
Fischerei	281

8 Anhänge

Glossar	287
Geonomenklatur 2005	301
Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1.1)	305
Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC Rev. 3)	306
Abkürzungen und Akronyme	308

Das Eurostat Jahrbuch ist benutzerfreundlich

- Jeder Abschnitt beginnt mit Erläuterungen zu den wesentlichen Merkmalen sowie zur Relevanz der dargebotenen Informationen. Außerdem wird kurz geschildert, welche weiteren Daten Eurostat zum jeweiligen Thema anbieten kann.
- Die verwendeten statistischen Begriffe und Konzepte werden in einem Glossar erläutert.
- In entsprechenden Hinweisen erfahren die Nutzer, wie sie sich zusätzliche themenbezogene Daten und Analysen von Eurostat beschaffen können.
- Das Jahrbuch enthält ein umfassendes Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen.

Zeitpunkt der Datenextraktion

Die Datenauszüge für alle im Jahrbuch enthaltenen Statistiken wurden am **29. April 2005** erstellt; die Angaben entsprechen somit dem zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Datenbestand. Sofern der Auszug von Daten später erfolgte, wird in den jeweiligen Kapiteln darauf hingewiesen.

Reihenfolge und Codierung der Länder

Im Eurostat Jahrbuch erfolgt die Nennung der EU-Mitgliedstaaten in protokollarischer Reihenfolge. Dabei wird der alphabetischen Reihenfolge der Kurznamen in ihrer jeweiligen Muttersprache gefolgt.

Im Eurostat Jahrbuch 2005 wird grundsätzlich die jeweils kürzeste offizielle Bezeichnung eines Landes verwendet. Wo eine Codierung verwendet wird, erfolgt sie anhand der zweistelligen ISO-Codes, mit Ausnahme von Griechenland und dem Vereinigten Königreich, für die die Kürzel EL bzw. UK verwendet werden.

Symbole und Codes in den Tabellen

- nicht zutreffend oder „reale Null“ oder „automatisch Null“
- 0 Weniger als die Hälfte der letzten besetzten Stelle
- . Nicht zutreffend
- .. Vertrauliche Daten. Zahlenwert nicht sicher genug oder aus Gründen der Vertraulichkeit nicht offen gelegt
- : Angabe nicht verfügbar
- b Reihenunterbrechung
- e geschätzter Wert
- f Prognosen
- i siehe Fußnote
- p vorläufiger Wert
- r revidierter Wert
- s Eurostat Schätzung



Menschen in Europa

Bevölkerung 61-78

Gesundheit 79-93

Allgemeine
und berufliche Bildung 95-105

Arbeitsmarkt 107-115

Haushalte und Sozialschutz 117-138





Die Bevölkerung der EU

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Bevölkerung nach Geschlecht und Alter am 1. Januar eines jeden Jahres
- Bevölkerung nach Familienstand
- Indikatoren der Bevölkerungsstruktur am 1. Januar
- Bevölkerungsentwicklung (absolute Zahlen und rohe Ziffern)
- Bevölkerung auf regionaler Ebene (Ebenen NUTS 2 und NUTS 3)
- Vorausschätzungen

2

Demografische Daten

Eurostat produziert eine Vielzahl demografischer Daten auf regionaler und nationaler Ebene. Anhand der jährlich von 37 Ländern Europas gelieferten Informationen über Bevölkerung, Geburten, Sterbefälle sowie Eheschließungen und Ehescheidungen kann Eurostat Berechnungen auf vergleichbarer Grundlage vornehmen und zahlreiche demografische Indikatoren erstellen. Darüber hinaus erstellt Eurostat alle drei Jahre demografische Modellhypothesen (bis hin zum Jahr 2070).

Diese Daten werden von den europäischen Institutionen und Regierungen für eine Reihe wichtiger politischer Maßnahmen genutzt, insbesondere im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. So sind die bisherigen und zukünftigen Entwicklungstendenzen der Bevölkerungsstruktur und des Fertilitätsverhaltens sowie die steigende Lebenserwartung ein wichtiges Kriterium für die Planung und Ausgestaltung der Sozialpolitik wie etwa der Rentensysteme. Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung regionaler Bevölkerungsdaten zur Berechnung des Pro-Kopf-BIP für die Zuweisung von Mitteln der Strukturfonds. Auch Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitute und die Medien nutzen diese Daten.



Gesamtbevölkerung

Am 1. Januar; in 1 000

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	446 390,2	447 377,8	448 318,4	449 105,5	449 974,7	451 080,2	452 015,9	452 640,8	454 580,1	456 863,3
EU-15	371 187,6	372 230,4	373 223,6	374 066,2	375 016,7	376 203,9	377 653,5	378 361,5	380 379,2	382 721,7
Eurozone	298 655,3	299 438,2	300 198,9	300 834,1	301 457,6	302 389,1	303 558,7	304 944,2	306 726	308 675,3
Belgien	10 130,6	10 143,0	10 170,2	10 192,3	10 213,8	10 239,1	10 263,4	10 309,7	10 355,8	10 396,4
Tschechische Republik	10 333,2	10 321,3	10 309,1	10 299,1	10 289,6	10 278,1	10 232,0	10 206,4	10 203,3	10 211,5
Dänemark	5 215,7	5 251,0	5 275,1	5 294,9	5 313,6	5 330,0	5 349,2	5 368,4	5 383,5	5 397,6
Deutschland	81 538,6	81 817,5	82 012,2	82 057,4	82 037,0	82 163,5	82 259,5	82 440,3	82 536,7	82 531,7
Estland	1 448,1	1 425,2	1 406,0	1 393,1	1 379,2	1 372,1	1 367,0	1 361,2	1 356,0	1 351,0
Griechenland	10 595,1	10 673,7	10 744,6	10 808,4	10 861,4	10 903,8	10 931,2	10 968,7	11 006,4	11 041,1
Spanien	39 305,4	39 383,1	39 467,8	39 570,9	39 724,4	39 960,7	40 376,4	40 850,5	41 550,6	42 345,3
Frankreich	57 752,5	57 936,0	58 116,0	58 299,0	58 496,6	58 748,7	59 042,7	59 342,5	59 635,0	59 900,7
Irland	3 597,6	3 620,1	3 655,0	3 693,6	3 732,2	3 777,8	3 833,0	3 899,9	3 963,7	4 027,7
Italien	56 845,9	56 846,3	56 879,3	56 908,3	56 913,6	56 929,5	56 967,7	56 993,7	57 321,1	57 888,2
Zypern	645,4	656,3	666,3	675,2	682,9	690,5	697,5	705,5	715,1	730,4
Lettland	2 500,6	2 469,5	2 444,9	2 420,8	2 399,2	2 381,7	2 364,3	2 345,8	2 331,5	2 319,2
Litauen	3 643,0	3 615,2	3 588,0	3 562,3	3 536,4	3 512,1	3 487,0	3 475,6	3 462,6	3 445,9
Luxemburg	405,7	411,6	416,9	422,1	427,4	433,6	439,0	444,1	448,3	451,6
Ungarn	10 336,7	10 321,2	10 301,2	10 279,7	10 253,4	10 221,6	10 200,3	10 174,9	10 142,4	10 116,7
Malta	369,5	371,2	374,0	376,5	378,5	380,2	391,4	394,6	397,3	399,9
Niederlande	15 424,1	15 493,9	15 567,1	15 654,2	15 760,2	15 864,0	15 987,1	16 105,3	16 192,6	16 258,0
Österreich	7 943,5	7 953,1	7 965,0	7 971,1	7 982,5	8 002,2	8 020,9	8 065,1	8 102,2	8 140,1
Polen	38 580,6	38 609,4	38 639,3	38 660,0	38 667,0	38 653,6	38 254,0	38 242,2	38 218,5	38 190,6
Portugal	10 017,6	10 043,2	10 072,5	10 109,7	10 148,9	10 195,0	10 256,7	10 329,3	10 407,5	10 474,7
Slowenien	1 989,5	1 990,3	1 987,0	1 984,9	1 978,3	1 987,8	1 990,1	1 994,0	1 995,0	1 996,4
Slowakei	5 356,2	5 367,8	5 378,9	5 387,7	5 393,4	5 398,7	5 378,8	5 379,0	5 379,2	5 380,1
Finnland	5 098,8	5 116,8	5 132,3	5 147,3	5 159,6	5 171,3	5 181,1	5 194,9	5 206,3	5 219,7
Schweden	8 816,4	8 837,5	8 844,5	8 847,6	8 854,3	8 861,4	8 882,8	8 909,1	8 940,8	8 975,7
Vereinigtes Königreich	58 500,2	58 703,7	58 905,1	59 089,6	59 391,1	59 623,4	59 862,8	59 139,9	59 328,9	59 673,1
Bulgarien	8 427,4	8 384,7	8 340,9	8 283,2	8 230,4	8 190,9	7 928,9	7 892,0	7 845,8	7 801,3
Kroatien	4 776,5	4 597,0	:	4 582,0	:	4 567,5	4 437,5	4 441,1	4 442,2	:
Rumänien	22 712,4	22 656,1	22 581,9	22 526,1	22 488,6	22 455,5	22 430,5	21 833,5	21 772,8	21 711,3
Island	267,0	268,0	269,9	272,4	275,7	279,0	283,4	286,6	288,5	290,6
Liechtenstein	30,6	30,9	31,1	31,3	32,0	32,4	32,9	33,5	33,9	34,3
Norwegen	4 348,4	4 370,0	4 392,7	4 417,6	4445,3	4 478,5	4 503,4	4 524,1	4 552,3	4 577,5
Kanada	29 437,0	29 789,0	30 110,7	3 0425,3	:	:	:	:	:	:
Japan	125 570,0	125 503,8	124 645,2	126 109,7	12 6056,8	126 550,0	:	:	:	127 273,8
Vereinigte Staaten	261 687,0	264 162,2	266 490,1	269 106,3	271 626,0	275 562,7	:	:	:	291 685,1

Die Einwohner eines bestimmten Gebietes am 1. Januar des betreffenden Jahres (oder in einigen Fällen am 31. Dezember des vorangegangenen Jahres). Die Einwohnerzahl basiert auf den Daten der jüngsten Volkszählung, bereinigt unter Berücksichtigung der Komponenten des Bevölkerungswachstums seit der letzten Volkszählung, oder auf den Daten der Bevölkerungsregister.

Die Bevölkerung der EU-25

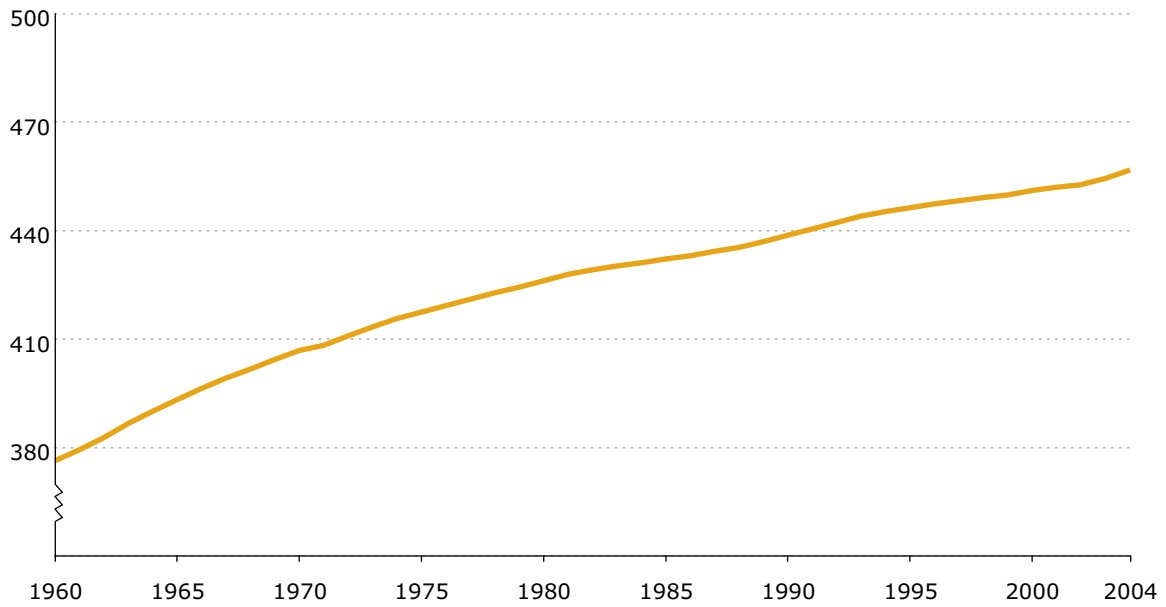
In den vergangenen 40 Jahren ist die Bevölkerung der 25 heutigen EU-Mitgliedstaaten von etwas mehr als 376 Millionen (1960) auf fast 457 Millionen (2004) angewachsen. Von 1960 bis zur zweiten Hälfte der 80er Jahre hat der jährliche Bevölkerungszuwachs in den EU-Ländern stark abgenommen – von 3,4 Millionen pro Jahr auf durchschnittlich 1,3 Millionen. In den letzten vier Jahren hat sich das Bevölkerungswachstum nach mehreren Zunahmen und Abnahmen in den 90er Jahren auf durchschnittlich 1,8 Millionen erhöht,

hauptsächlich aufgrund einer höheren Nettozuwanderung. Für 2003 wird für EU-25 mit einem Bevölkerungszuwachs um 2,3 Millionen gerechnet – deutlich mehr als in den zurückliegenden Jahren.

Von den 25 Ländern, die die heutige EU bilden, hatte Deutschland 2004 mit mehr als 18 % der EU-Gesamtbevölkerung die größte Bevölkerungszahl zu verzeichnen, gefolgt von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien mit jeweils rund 13 %. In diesen vier Ländern zusammen leben 57 % sämtlicher Einwohner der heutigen

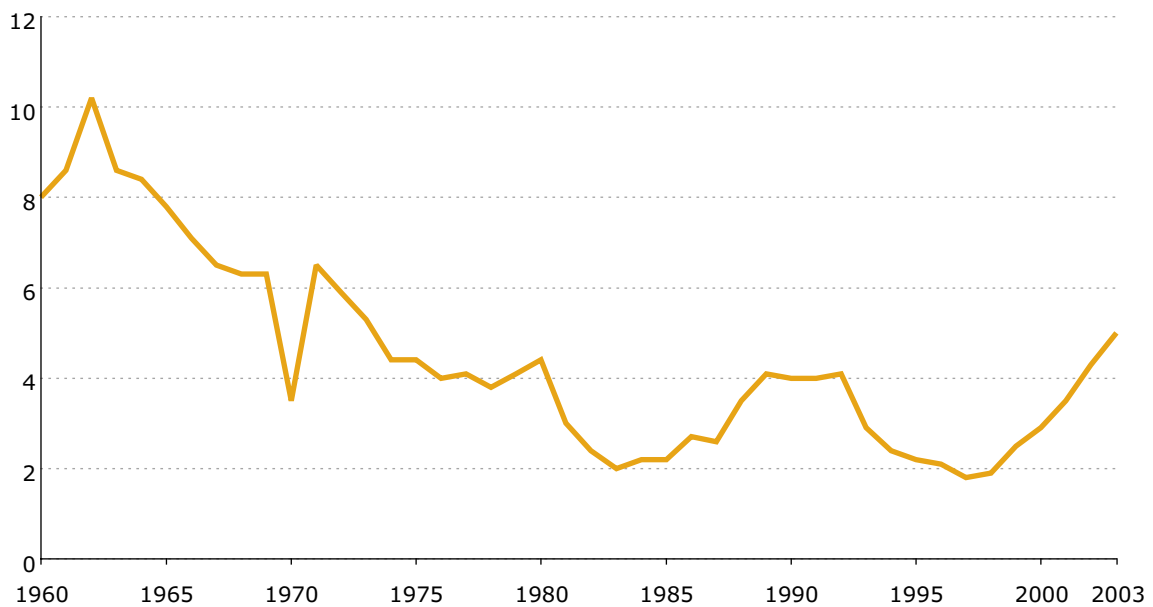


Die Bevölkerung der EU-25
In Millionen Personen



2

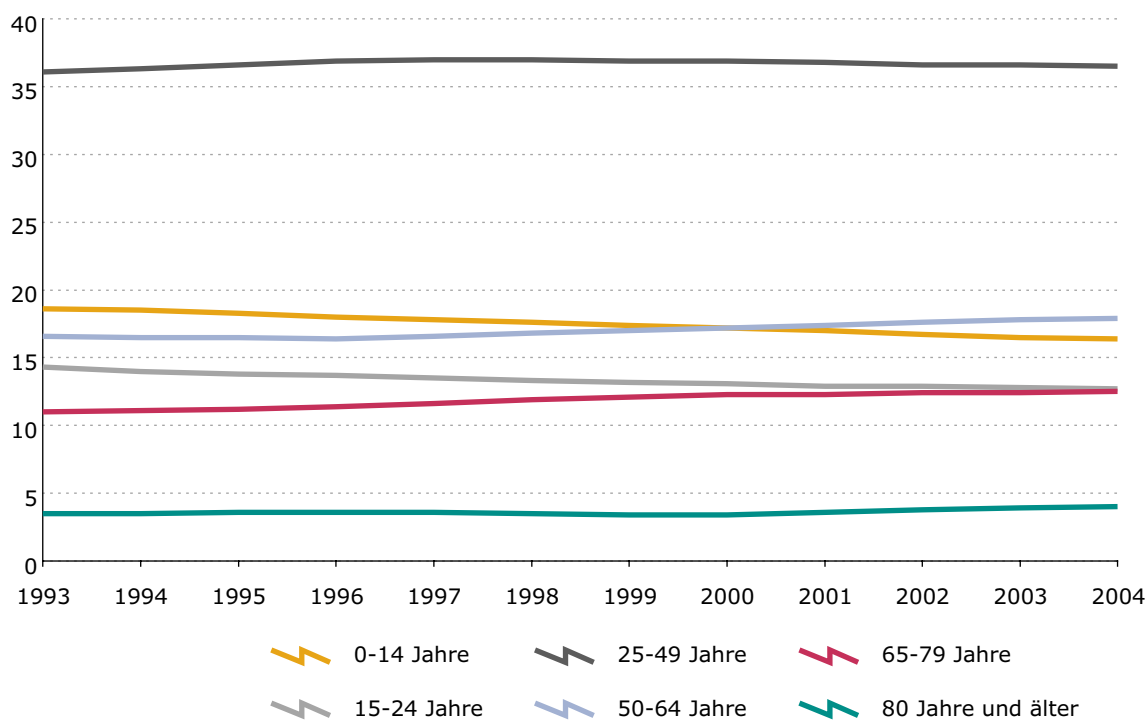
Wachstum der Bevölkerung in der EU-25
Pro 1 000 Personen





Bevölkerung der EU-25 nach Altersgruppen

Anteil an der Gesamtbevölkerung in %



Europäischen Union. Auf die neuen Mitgliedstaaten entfallen knapp 16 % der Gesamtbevölkerung (74,1 Millionen).

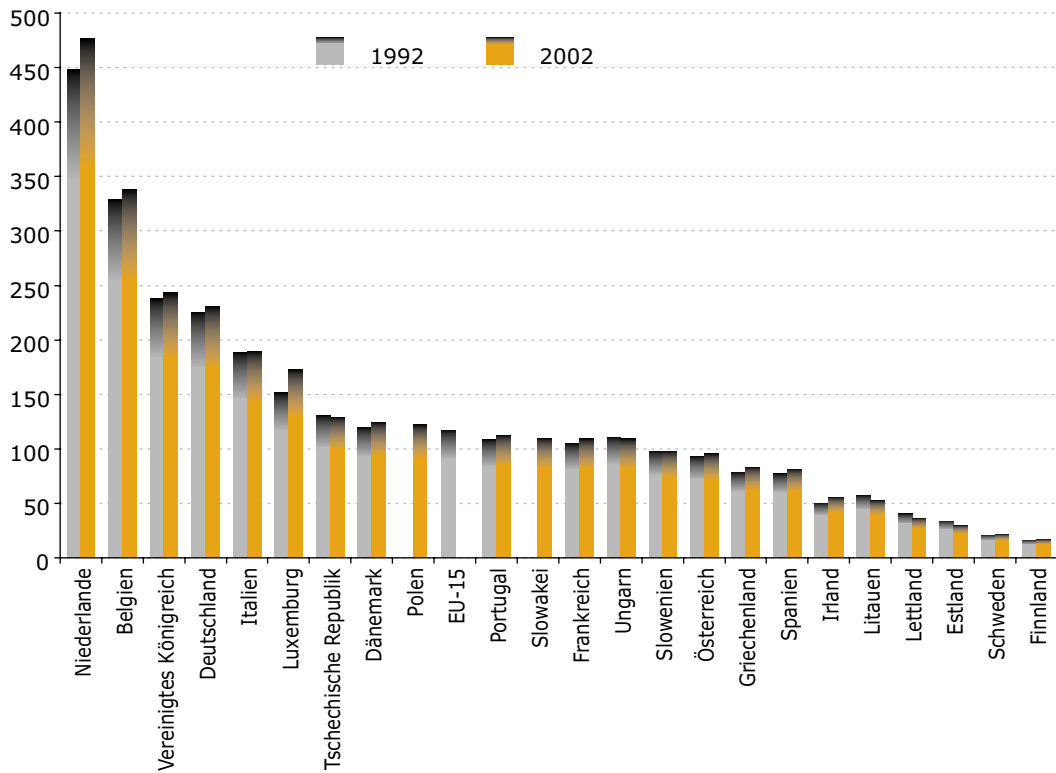
Der Anteil der jungen Bevölkerung ist rückläufig: Im Jahr 2004 machte die Bevölkerung im Alter bis 14 Jahre nur noch 16,5 % der Gesamtbevölkerung aus, gegenüber 18,8 % im Jahr 1993. Die Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren hatte einen Anteil von 12,7 % (2004) gegenüber 14,5 % (1993).

Die Bevölkerung der Altersgruppe 25 bis 49 Jahre stellt mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung der EU (2004: 36,5 %). Zwischen 1993 und 2004 ist der Anteil der Bevölkerung über 50 Jahre in der gesamten EU gestiegen. Der Anteil der Altersgruppe 65-79 Jahre erhöhte sich von 10,9 % der Gesamtbevölkerung im Jahr 1993 auf 12,5 % im Jahr 2004. In dieser Altersgruppe gibt es ausgeprägte Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.

Es bestehen erhebliche Unterschiede in der Bevölkerungsdichte: In den Niederlanden (474 Einwohner je km²) und in Belgien (337 Einwohner) ist sie wesentlich höher als in einigen nordischen Ländern wie Finnland (17) und Schweden (22).

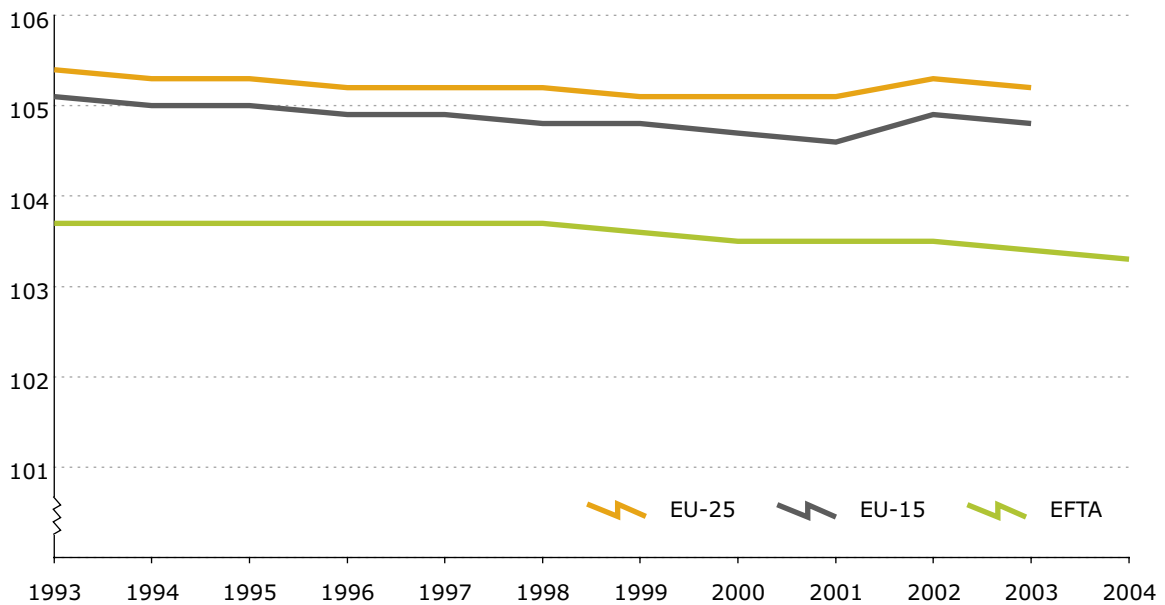


Bevölkerungsdichte In Einwohner je km²



Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl einer geografischen Region zur Jahresmitte und der Gebietsfläche.

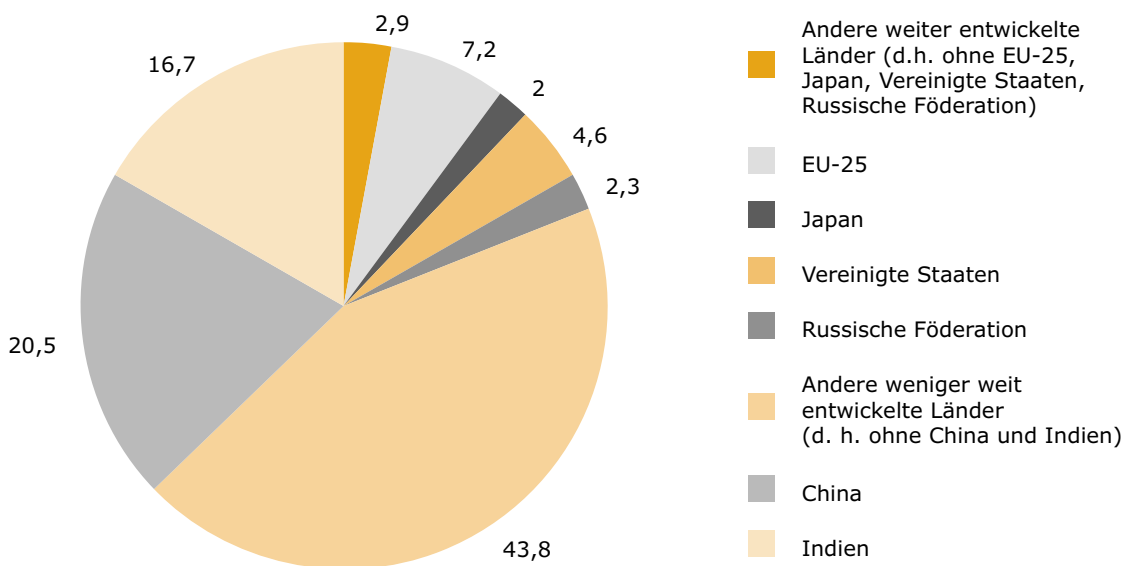
Frauen je 100 Männer





Weltbevölkerung im Jahr 2003

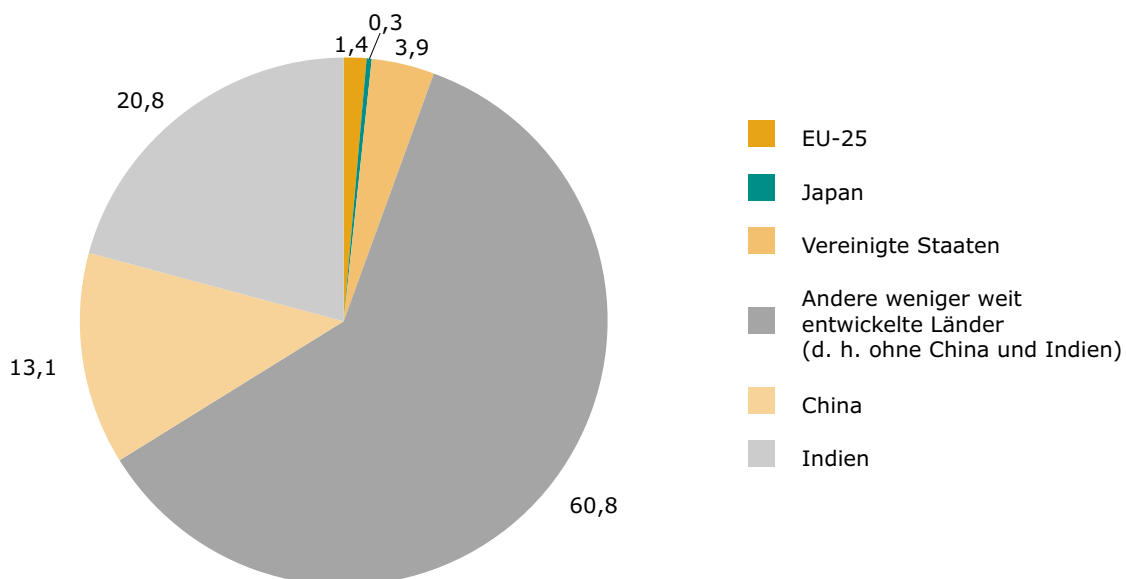
In %



Quelle (ohne EU-25): US Census Bureau.

Anteil am Wachstum der Weltbevölkerung, 2003 gegenüber 1993

In %



Quelle (ohne EU-25): US Census Bureau.

Andere weiter entwickelte Länder (d.h. ohne EU-25, Japan, Vereinigte Staaten, Russische Föderation): 0,1 %.

Die Russische Föderation trug -0,5 % zur Entwicklung der Weltbevölkerung bei.



Familien und Geburten

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Eheschließung der Ledigen nach Geschlecht und Alter
- Eheschließung nach vorherigem Familienstand und Geschlecht
- Scheidungen nach erreichter Ehedauer
- Eheschließungs- und Ehescheidungszißern
- Eheschließung und Lebendgeburten nach Monat
- Lebendgeburten nach Familienstand und Alter der Mutter
- Lebendgeburten nach Folge
- Fruchtbarkeitszißern nach Alter
- Fruchtbarkeitszißern
- Schwangerschaftsabbrüche

2

Weniger und spätere Eheschließungen; mehr Ehescheidungen

Im Jahr 2003 wurden nur fünf Ehen je 1 000 Einwohner in der EU geschlossen, 1970 waren es noch fast acht. Das Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung ist für Männer von 26 Jahren (1980) auf über 30 Jahre, bei Frauen von 23 auf 28 Jahre angestiegen. Bei den 1960 geschlossenen Ehen liegt der geschätzte Anteil der Ehescheidungen bei 15 %, bei den 1985 geschlossenen Ehen bei 30 %.

Weniger und später im Leben geborene Kinder

Seit Mitte der 60er Jahre ist die endgültige Kinderzahl der Nachkriegsgenerationen kontinuierlich gesunken, die Gesamtgeburtensziffer hingegen ist mit fast 1,5 stabil geblieben. Die endgültige Kinderzahl verändert sich im Lauf der Zeit sehr viel langsamer und liegt mit zurzeit 1,7 noch immer deutlich unter der Reproduktionsrate (2,1 Kinder).

Anstieg der außerehelichen Geburten

Die steigende Beliebtheit nichtehelicher Lebensgemeinschaften spiegelt sich unter anderem auch im Anteil der außerehelichen Geburten, der im Zeitraum 1970-2003 von 5 % auf über 30 % angestiegen ist. In Schweden hatten sogar 56 % der im Jahr 2003 geborenen Kinder nicht verheiratete Eltern.



Eheschließungen

Je 1 000 Personen

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	5,63	5,38	5,25	5,18	5,09	5,10	:	5,16	5,15	:	4,85(e)	4,76(e)
EU-15	5,54	5,33	5,21	5,15	5,08	5,08	:	5,13(p)	5,13(e)	:	4,83(e)	4,72(e)
Eurozone	5,45	5,26	5,13	5,09	5,04	5,07	:	5,14	5,12(e)	4,81	4,81(e)	4,68(e)
Belgien	5,79	5,37	5,14	5,07	4,98	4,69	4,35	4,32	4,40	4,09	3,91	4,03(p)
Tschechische Republik	7,18	6,39	5,66	5,32	5,22	5,61	5,35	5,20	5,39	5,13	5,17	4,79
Dänemark	6,22	6,10	6,78	6,64	6,83	6,48	6,55	6,66	7,19	6,82	6,92	6,50
Deutschland	5,62	5,45	5,41	5,27	5,22	5,15	5,09	5,25	5,09	4,73	4,75	4,64(e)
Estland	5,79	5,18	5,04	4,88	3,90	3,99	3,92	4,06	4,00	4,14	4,31	4,21(p)
Griechenland	4,69	5,94	5,38	6,02	4,24	5,62	5,12	5,62	4,48(e)	5,21(e)	5,27(e)	5,13(e)
Spanien	5,57	5,14	5,09	5,10	4,92	4,97	5,22	5,22(p)	5,39	5,08(e)	5,07(p)	4,85(e)
Frankreich	4,74	4,44	4,40	4,40	4,83	4,88	4,65(p)	4,88(p)	5,06(p)	4,87(p)	4,69	4,57(e)
Irland	4,68	4,70	4,63	4,32	4,45	4,25	:	4,93	5,04	4,98	5,10(e)	5,08(e)
Italien	5,50	5,32	5,13	5,10	4,90	4,88(p)	4,92(p)	4,92	4,99	4,58	4,65(p)	4,54(e)
Zypern	8,04	9,71	9,70	10,25	8,71	10,71	11,40	13,22	14,09	15,07	14,48	:
Lettland	7,23	5,69	4,59	4,46	3,92	3,98	4,00	3,93(p)	3,88	3,93	4,16	4,30
Litauen	8,14	6,44	6,38	6,10	5,67	5,26	5,21	5,07	4,83	4,53(p)	4,66	4,91(p)
Luxemburg	6,40	5,98	5,84	5,08	5,08	4,78	4,80	4,85	4,92	4,49	4,53	4,45
Ungarn	5,50	5,22	5,23	5,18	4,75	4,56	4,37	4,44	4,71	4,28(p)	4,53	4,48(p)
Malta	6,58	6,79	6,75	6,26	6,36	6,43	6,51(p)	6,35	6,60	5,58(p)	5,66	5,90
Niederlande	6,17	5,77	5,39	5,27	5,48	5,45	5,54	5,66	5,53	4,97(p)	5,20	5,00(p)
Österreich	5,83	5,69	5,45	5,40	5,31	5,20	4,91	4,94	4,90	4,25	4,52	4,58(p)
Polen	5,66	5,40	5,39	5,37	5,27	5,30	5,42	5,68	5,49	5,10	5,02	5,12
Portugal	7,01	6,83	6,60	6,56	6,33	6,52	6,57	6,75(e)	6,23	5,67	5,45	5,14
Slowenien	4,57	4,53	4,18	4,14	3,80	3,78	3,80	3,89	3,62	3,48(p)	3,54	3,39(p)
Slowakei	6,39	5,78	5,27	5,13	5,11	5,19	5,10	5,07	4,81	4,42	4,66	4,83
Finnland	4,67	4,87	4,89	4,65	4,77	4,56	4,66	4,70	5,05	4,79	5,19	4,95
Schweden	4,29	3,90	3,90	3,81	3,79	3,65	3,57	4,03	4,50	4,02	4,26	4,36
Vereinigtes Königreich	6,14	5,87	5,67	5,50	5,33	5,26(p)	5,15	5,06	5,12	:	:	:
Bulgarien	5,25	4,72	4,49	4,38	4,40	4,18	4,31	4,33	4,36	4,04(p)	3,71	3,92
Kroatien	4,64	4,82	5,02	5,20	10,70	:	:	:	4,89	:	:	:
Rumänien	7,66	7,10	6,78	6,79	6,65	6,52	6,46	6,23	6,05	5,87	5,92	6,16
EFTA	5,76	5,56	5,57	5,48	5,58	5,49	:	:	:	:	5,44	5,38(e)
Island	4,75	4,62	4,92	4,63	5,02	5,46	5,58(p)	5,62	6,32	5,21	5,75	5,09(p)
Liechtenstein	14,19	7,48	12,98	13,18	14,16	12,56	:	:	:	:	7,54	6,16(p)
Norwegen	4,49	4,51	4,75	4,97	5,29	5,41	5,27	5,26	5,65	5,09	5,30	:

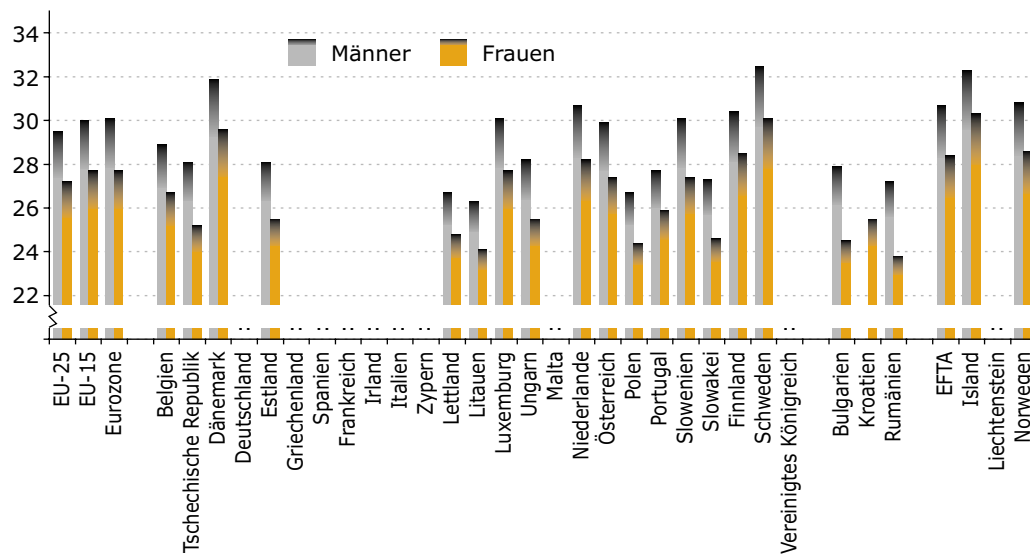
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Heiratsziffer je 1 000 Einwohner in der EU von knapp sieben zu Beginn der 80er-Jahre auf rund sechs am Ende dieses Jahrzehnts verringert, bis 2001 ging sie auf fast fünf zurück. Dies könnte zum Teil auf die zunehmende Beliebtheit nicht ehelicher Lebensgemeinschaften zurückzuführen sein. Niedrige Heiratsziffern melden Slowenien, Lettland, Schweden und Belgien (rund vier). In Zypern liegt die Heiratsziffer dagegen bei 15.

Neben dem Rückgang der Heiratsziffern ist der Anstieg des durchschnittlichen Erstheiratsalters ein weiteres Merkmal des demografischen Wandels. 2002 waren sowohl Männer als auch Frauen bei der Eheschließung durchschnittlich zwei Jahre älter als 1991.



Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung im Jahr 2002

Jahre



Scheidungen

Je 1 000 Personen

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,9	2,0(e)	:
EU-15	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,9(e)	2,0(e)	:
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,7(e)	1,8(e)	:
Belgien	2,2	2,1	2,2	3,5	2,8	2,6	2,6	2,6	2,6	2,8(e)	3,0(p)	3,0(p)
Tschechische Republik	2,8	2,9	3,0	3,0	3,2	3,2	3,1	2,3	2,9	3,1(p)	3,1	3,2
Dänemark	2,5	2,5	2,6	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5	2,7	2,7	2,8	2,9
Deutschland	1,7	1,9	2,0	2,1	2,1	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4(p)	2,5	:
Estland	4,3	3,9	3,8	5,2	4,0	3,8	3,2	3,3	3,1	3,2	3,0	:
Griechenland	0,6	0,7	0,7	1,0	1,0	1,1	0,7	0,9	1,0(p)	1,1(ep)	1,0(e)	1,0(p)
Spanien	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	:	:	1,0(p)	0,9	1,0(p)	:
Frankreich	1,9	1,9	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	:	1,9(p)	2,1(p)	:
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	0,7(p)	0,7(e)	0,7	:
Italien	0,5	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6(p)	0,6	0,7	0,7(e)	0,7(e)	:
Zypern	0,7	0,8	0,9	1,2	1,1	1,3	1,3	1,7	1,7	1,7	1,9	:
Lettland	5,6	4,0	3,3	3,1	2,5	2,5	2,6	2,5(p)	2,6	2,4(p)	2,5	2,1
Litauen	3,8	3,8	3,0	2,8	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1	3,2(p)	3,0(p)	3,1(p)
Luxemburg	1,8	1,9	1,7	1,8	2,0	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3(e)	2,4	2,3
Ungarn	2,1	2,2	2,3	2,4	2,2	2,4	2,5	2,5	2,3	2,4(p)	2,5	2,5(p)
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	2,0	2,0	2,4	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,2	2,3(p)	2,1(p)	2,0(p)
Österreich	2,1	2,1	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	2,4	2,6	2,4(e)	2,3(p)
Polen	0,8	0,7	0,8	1,0	1,0	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2(p)	1,2(p)	1,3
Portugal	1,2	1,2	1,4	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7(e)	1,9	1,8(p)	2,7(e)	2,1
Slowenien	1,0	1,0	1,0	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1(p)	1,2(p)	1,1(p)
Slowakei	1,5	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	2,0	2,0
Finnland	2,6	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6
Schweden	2,5	2,5	2,5	2,6	2,4	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4
Vereinigtes Königreich	3,0	3,1	3,0	2,9	2,9	2,7	2,7(e)	2,7	2,6(e)	2,6	2,7(e)	:
Bulgarien	1,1	0,9	0,9	1,3	1,2	1,1	1,3	1,2	1,3	1,3(p)	1,3(p)	1,5
Kroatien	0,8	1,0	1,0	0,9	1,6	:	:	:	1,0(e)	:	:	:
Rumänien	1,3	1,4	1,7	1,5	1,6	1,5	1,8	1,5	1,4	1,4(ep)	1,5(p)	1,5
EFTA	2,2	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	:	:	:	2,2	2,3	:
Island	2,0	2,0	1,8	1,8	2,0	1,9	1,8	1,7	1,9	1,9(p)	1,8(p)	1,8(p)
Liechtenstein	1,1	1,3	1,3	1,2	1,4	2,1	:	:	:	2,8	3,1(p)	3,1(p)
Norwegen	2,4	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,1	2,0	2,2	2,3	2,3	:

Endgültige Kinderzahl
 Nach Generation

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
EU-15	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	1,85	1,82	1,81	1,79	:	:	:	:	:	:	:	:
Tschechische Republik	2,01	1,99	1,96	1,94	1,93	1,91	1,88	1,86	1,82	1,78	1,73	:
Dänemark	1,91	1,92	1,92	1,93	1,92	1,92	1,92	:	:	:	:	:
Deutschland	1,63	1,61	1,58	1,56	1,53	1,49	1,46	:	:	:	:	:
Estland	1,98	1,94	1,91	1,90	1,87	1,84	1,83	1,80	1,76	:	:	:
Griechenland	1,89	1,83	1,80	1,76	1,72	1,70	:	:	:	:	:	:
Spanien	1,71	1,66	1,66	1,64	1,59	:	:	:	:	:	:	:
Frankreich	2,10	2,08	2,06	2,04	2,02	2,00	:	:	:	:	:	:
Irland	2,35	2,31	2,27	2,23	2,18	2,14	:	:	:	:	:	:
Italien	1,63	1,60	1,57	1,52	1,49	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	1,92	1,88	1,83	1,79	1,77	1,77	1,76	1,73	1,69	1,62	:	:
Litauen	1,83	1,78	1,74	1,72	1,72	1,71	1,71	1,72	1,72	1,69	1,64	:
Luxemburg	1,77	1,79	1,81	1,81	1,82	1,85	1,82	:	:	:	:	:
Ungarn	2,03	2,02	2,00	1,98	1,97	1,96	1,93	1,89	1,84	1,80	:	:
Malta	2,08	2,07	2,06	2,03	2,00	1,95	1,89	1,81	:	:	:	:
Niederlande	1,84	1,82	1,81	1,79	1,77	1,76	1,75	:	:	:	:	:
Österreich	1,68	1,67	1,66	1,65	1,64	1,62	1,60	1,57	:	:	:	:
Polen	2,14	2,11	2,07	2,03	2,00	1,98	1,96	1,91	1,85	1,79	:	:
Portugal	1,87	1,86	1,84	1,82	1,82	1,81	1,78	1,74	:	:	:	:
Slowenien	1,85	1,84	1,81	1,79	1,77	1,75	1,73	1,70	1,67	:	:	:
Slowakei	2,17	2,14	2,11	2,07	2,04	2,01	1,99	1,95	1,91	1,85	1,79	:
Finnland	1,95	1,94	1,93	1,92	1,91	1,89	1,87	:	:	:	:	:
Schweden	2,03	2,02	2,01	2,00	1,98	1,96	1,94	:	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	1,94	1,92	1,90	1,89	1,87	1,86	:	:	:	:	:	:
Bulgarien	1,91	1,87	1,87	1,86	1,83	1,79	1,77	1,72	1,66	1,60	1,55	1,51
Kroatien	1,96	1,95	1,92	1,90	1,88	1,84	1,79	:	:	:	:	:
Rumänien	2,10	2,06	2,02	1,97	1,91	1,81	1,71	1,64	1,62	1,60	1,59	:
Island	2,43	2,40	2,38	2,40	2,36	2,34	2,32	:	:	:	:	:
Norwegen	2,10	2,09	2,08	2,07	2,06	2,05	2,04	2,02	:	:	:	:

Deutschland: in allen Jahren Daten einschließlich Daten zur ehemaligen DDR.

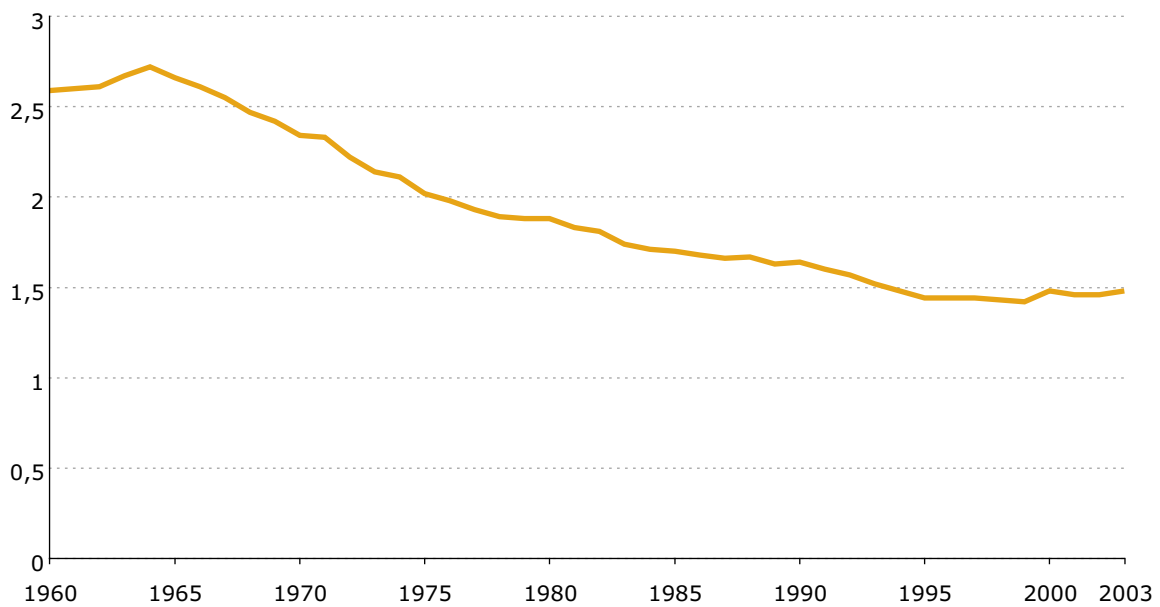
Mittlere Zahl der Kinder, die von Frauen einer bestimmten Geburtskohorte bis zum Ende ihres Gebärfähigkeitsalters geboren wurden. Errechnet wird dies durch Addition der in aufeinander folgenden Jahren zu verzeichnenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Mutter, wenn die Kohorte das betreffende Alter erreicht hat (im Allgemeinen wird lediglich ein Alter von 15-49 Jahren berücksichtigt). In der Praxis können die Fruchtbarkeitsziffern für ältere Frauen unter Verwendung der Ziffern geschätzt werden, die bei den vorangegangenen Geburtskohorten verzeichnet wurden, ohne dass man warten müsste, bis die betreffende Kohorte das Ende des fortpflanzungsfähigen Alters erreicht hat.



In der EU lag die endgültige Kinderzahl der zu Beginn der 60er Jahre geborenen Frauen bei 1,8, also deutlich unter der Reproduktionsrate. Die zusammengefasste Geburtenziffer, die einen Vergleich der Fruchtbarkeit einer Bevölkerung in unterschiedlichen Melde Jahren ermöglicht, ist von 2,7 im Jahr 1965 auf unter 1,5 im Jahr 1995 gesunken und seither unverändert geblieben.



Gesamtfruchtbarkeitsrate in der EU-25



2

Die mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. Es handelt sich somit um die endgültige Kinderzahl einer hypothetischen Geburtskohorte, die sich durch die Addition der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Jahres ermitteln lässt (dabei geht man davon aus, dass die Zahl der Frauen in den verschiedenen Altersgruppen gleich groß ist). Die Gesamtfruchtbarkeitsrate wird auch als Reproduktionsmaß verwendet; es wird davon ausgegangen, dass in den Industrieländern bei 2,1 Kindern je Frau der Erhalt der Bevölkerung gesichert ist.



Durchschnittliches Gebäralter der Frauen

Jahre

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	29,00	29,10	29,20
EU-15	28,30	28,46	28,59	28,75	28,90	28,98	:	:	:	29,40	29,40	29,40
Eurozone	28,46	28,63	28,76	28,92	29,09	29,16	:	:	:	29,50	29,50	29,60
Belgien	27,95	28,09	28,20	28,34	28,47(e)	28,50(e)	28,60	:	:	:	:	:
Tschechische Republik	24,72	24,82	25,05	25,40	25,77	26,10	26,38	26,64	26,90	27,20	27,60	27,80
Dänemark	28,63	28,77	28,94	29,08	29,21	29,28	29,42(p)	29,52	29,62	29,70	29,70	29,90
Deutschland	27,79	27,93	28,07	28,19	28,31	28,37	28,52	28,58	28,70	28,70	28,80	:
Estland	25,30	25,30	25,30	25,40	25,60	25,90	26,20	26,40	26,60	27,00	27,20	27,50
Griechenland	27,38	27,55	27,84	28,01	28,19	28,37	28,58	28,70	28,90	:	:	:
Spanien	29,04	29,25	29,47	29,74	29,98	30,20	30,40	30,55	30,70	30,70	:	:
Frankreich	28,40	28,55	28,67	28,83	28,99	29,12	29,21	29,32	29,30	29,40	29,40	29,50
Irland	29,88	30,01	30,05	30,12	30,24	30,20(p)	30,40(p)	30,30	30,30	30,40	30,50	30,60
Italien	29,01	29,21	29,29	29,48	29,72	30,00	:	:	30,30	30,30	30,30	:
Zypern	27,30	27,50	27,80	28,00	28,20	28,20	28,40	28,40	28,60	28,70	28,90	29,10
Lettland	25,50	25,40	25,40	25,80	25,80	26,00	26,40	26,60	26,80	27,20	27,40	27,60
Litauen	25,70	25,60	25,60	25,50	25,60	25,70	25,90	26,20	26,40	26,60	26,80	26,90
Luxemburg	28,43	28,58	28,60	28,73	28,93	29,16	29,18	29,25	29,36	29,30	29,30	29,50
Ungarn	25,68	25,80	26,00	26,22	26,35	26,51	26,69	26,86	27,07	27,30	27,60	27,80
Malta	28,80	28,83	28,81	28,90	29,06	28,80	28,68	28,87	29,00	28,60	28,90	29,20
Niederlande	29,47	29,67	29,82	29,90	30,04	30,15	30,18	30,25	30,27	30,30	30,30	30,40
Österreich	27,20	27,30	27,30	27,50	27,70	27,80	27,90	28,00	28,10	28,20	28,40	28,60
Polen	26,25	26,38	26,61	26,82	26,89	27,02	27,12	27,19	27,31	27,40	27,60	27,80
Portugal	27,50	27,60	27,70	27,80	28,00	28,10	28,30	28,40	28,50	28,60	28,70	28,80
Slowenien	26,12	26,18	26,55	26,78	27,04	27,27	27,53	27,81	27,97	28,20	28,50	28,80
Slowakei	24,99	25,13	25,26	25,45	25,63	25,82	:	:	26,39	26,60	26,80	27,00
Finnland	28,87	28,95	29,02	29,13	29,30	29,35	29,45	29,55	29,58	29,60	29,70	29,70
Schweden	28,74	28,87	28,99	29,15	29,24	29,38	29,48	29,73	29,81	29,90	30,00	30,10
Vereinigtes Königreich	27,72	27,84	27,94	28,11	28,16	28,17	28,26	28,32	28,40	28,50	28,60	28,70
Bulgarien	23,68	23,68	23,81	23,99	24,14	24,34	24,47	24,53	24,68	24,90	25,10	25,30
Kroatien	26,22	26,52	26,83	26,96	27,40	27,60	27,90	27,60	27,50	27,70	28,00	28,00
Rumänien	24,94	24,82	24,69	24,87	25,03	25,19	25,27	25,43	25,55	25,70	25,90	26,10
EFTA	:	:	:	:	:	:	:	:	:	29,60	29,70	29,80
Island	27,98	28,52	28,62	28,61	28,66	28,80	28,61	28,77	28,72	28,90	29,10	29,30
Liechtenstein	29,80	28,60	29,30	29,80	30,00	30,00	30,00	:	:	30,10	29,90	30,00
Norwegen	28,30	28,43	28,60	28,74	28,85	28,95	29,08	29,16	29,26	29,30	29,40	29,50
Kanada	28,20	28,40	28,50	28,70	28,80	29,00	:	:	:	:	:	:
Japan	28,90	28,90	29,00	29,00	:	:	:	:	:	29,70	29,70	:
Vereinigte Staaten	27,00	:	:	:	:	:	:	:	:	27,40	:	:

Mittleres Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder. Für jedes bestimmte Kalenderjahr wird das durchschnittliche Gebäralter der Frauen mit den Fruchtbarkeitsziffern gewichtet (im Allgemeinen wird als gebärfähiges Alter 15 bis 49 Jahre angenommen). So berechnet ist das Durchschnittsalter nicht von der Bevölkerungsstruktur beeinflusst (d. h. der Zahl der Frauen in den unterschiedlichen Altersgruppen) und eignet sich daher besser für geografische und zeitliche Vergleiche.



Migration und Asyl

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Abwanderung aus der und Zuwanderung in die EU
- In der EU wohnhafte Nicht-EU-Bürger
- EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat leben
- Einbürgerungen in einen EU-Mitgliedstaat
- Asylanträge
- Anerkennung des Flüchtlingsstatus und andere Formen des internationalen Schutzes

2

Migration: ein wichtiges Element des Bevölkerungswandels

Der Themenbereich Migration und Asyl ist von großer politischer Bedeutung. Diese Statistiken dienen der Kommission zur Erarbeitung und Überwachung einer gemeinsamen Asylpolitik und einer harmonisierten Einwanderungspolitik der Union.

Diese Informationen sind auch für andere wichtige Bereiche der Sozial- und Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. In vielen Mitgliedstaaten stellt die Migration die wichtigste Komponente der Bevölkerungsentwicklung dar. Dieser Aspekt ist wichtig für die Betrachtung der Auswirkungen, die der demografische Alterungsprozess z. B. auf die zukünftige Nachhaltigkeit der Gesundheits- und Sozialschutzsysteme mit sich bringt. Des Weiteren spielen Migrationsstatistiken bei Untersuchungen zur sozioökonomischen Eingliederung von Migranten und zum Erfolg von Antidiskriminierungsmaßnahmen eine wichtige Rolle.

Messung der Migration

Eurostat produziert eine ganze Reihe von Statistiken zu Fragestellungen im Zusammenhang mit Migration und Asyl. Die zugrunde liegenden Daten werden auf monatlicher, vierteljährlicher und jährlicher Basis von den nationalen statistischen Ämtern und den Justiz- und Innenministerien geliefert. Ein großer Teil dieser Daten wird Eurostat im Rahmen der gemeinsamen Datenerfassung zur Migration übermittelt, die Eurostat in Kooperation mit der statistischen Abteilung der UN, der UN-Wirtschaftskommission für Europa, dem Europarat und dem International Labour Office organisiert.

Den Umfang und das Muster von Wanderungsbewegungen genau zu messen, kann sich als schwierig erweisen. Wie Wanderungsstatistiken erstellt werden und wer als Migrant betrachtet

wird, ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In einigen Ländern basieren Wanderungsstatistiken auf Verwaltungsdaten, die beispielsweise dem System für die Aufenthaltsgenehmigung oder einem Bevölkerungsregister entnommen sind. Andere Länder verwenden Daten aus Erhebungen. Diese Unterschiede in den Datenquellen und Definitionen führen zu Problemen, wenn man die Zahl der Migranten in den einzelnen Ländern vergleichen möchte.

Die Europäische Union bleibt für Einwanderer attraktiv

Wanderungsbewegungen werden durch das Zusammenspiel wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren beeinflusst. Diese Faktoren können im Herkunftsland oder im Zielland wirken („Push-Faktoren“ und „Pull-Faktoren“). Wichtige Pull-Faktoren sind der relativ hohe wirtschaftliche Wohlstand und die politische Stabilität der Europäischen Union. Darüber hinaus werden Wanderungsströme in vielen Teilen der Welt nach wie vor in erheblichem Maße durch Push-Faktoren bestimmt.

Staatsangehörigkeit

Der Erwerb der Staatsbürgerschaft wird manchmal als Maß der formalen Integration der Zuwanderer im Aufnahmeland angesehen und ist oft daran gebunden, dass sich die Person seit einer bestimmten Zeit legal im Land aufhält. Außerdem spielen andere Kriterien wie die Beherrschung der Landessprache eine Rolle.

Politischer Hintergrund

Im Vertrag von Amsterdam wurde ein neuer Titel IV in den EG-Vertrag aufgenommen („Visa, Asyl,

Nettowanderung, einschließlich Korrekturen

Pro 1 000 Einwohner

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	2,5	1,9	1,4	1,6	1,5	1,0	1,4	2,0	2,2	2,9	3,8	4,6
EU-15	3,3	2,4	1,8	2,1	1,8	1,3	1,8	2,4	2,8	3,5	4,5	5,4
Eurozone	3,8	2,6	1,8	2,0	1,9	1,3	1,4	2,4	2,8	3,6	5,0	5,7
Belgien	2,6	1,8	1,7	0,2	1,5	1,0	1,1	1,6	1,3	3,5	3,9	3,4
Tschechische Republik	1,1	0,5	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	0,9	-2,7	-0,8	1,2	2,5
Dänemark	2,2	2,2	2,0	5,5	3,3	2,3	2,1	1,8	1,9	2,2	1,8	1,3
Deutschland	9,6	5,7	3,9	4,9	3,4	1,1	0,6	2,5	2,0	3,3	2,7	1,7
Estland	-27,1	-18,9	-14,3	-10,9	-9,5	-4,9	-4,8	-0,8	0,1	0,1	0,1	0,0
Griechenland	9,1	8,3	7,4	7,3	6,6	5,7	5,1	4,1	2,7	3,5	3,5	3,2
Spanien	1,4	1,5	1,4	1,5	1,9	2,1	3,8	5,7	9,4	10,5	15,8	17,6
Frankreich	0,6	0,3	-0,1	-0,3	-0,3	-0,2	-0,1	0,8	0,9	1,0	1,1	0,9
Irland	0,5	-1,0	-0,8	1,7	4,4	4,7	4,4	6,5	8,3	10,0	8,3	7,8
Italien	0,5	0,4	0,5	0,6	1,0	1,0	1,1	0,8	1,0	0,8	6,1	10,4
Zypern	17,5	13,9	11,0	10,1	9,1	8,2	6,2	6,1	5,8	6,6	9,7	17,2
Lettland	-20,5	-12,6	-9,0	-5,6	-4,1	-3,9	-2,4	-1,7	-2,3	-2,2	-0,8	-0,4
Litauen	-6,6	-6,5	-6,6	-6,5	-6,5	-6,3	-6,2	-5,9	-5,8	-0,7	-0,5	-1,8
Luxemburg	10,5	9,8	9,4	10,5	8,5	8,6	8,9	10,2	8,0	7,5	5,8	4,7
Ungarn	1,8	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,0	0,3	1,5
Malta	2,5	2,7	2,7	-0,5	1,9	1,6	1,1	1,3	25,7	5,6	5,1	4,5
Niederlande	2,8	2,9	1,3	1,0	1,4	2,0	2,8	2,8	3,6	3,5	1,7	0,4
Österreich	9,1	4,2	0,4	0,3	0,5	0,2	1,1	2,5	2,1	5,4	4,3	4,7
Polen	-0,3	-0,4	-0,5	-0,5	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,5	-0,4	-0,5	-0,4
Portugal	-0,5	0,8	1,7	2,2	2,6	2,9	3,2	3,7	4,6	6,3	6,8	6,1
Slowenien	-2,8	-2,3	0,0	0,4	-1,8	-0,7	-2,8	5,5	1,4	2,5	1,1	1,8
Slowakei	-0,5	0,3	0,9	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	-4,2	0,2	0,2	0,3
Finnland	1,8	1,8	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,7	0,5	1,2	1,0	1,1
Schweden	2,3	3,7	5,8	1,3	0,7	0,7	1,2	1,5	2,8	3,2	3,5	3,2
Vereinigtes Königreich	0,8	1,5	1,4	2,0	1,8	1,5	3,6	2,8	2,8	3,1	2,1	4,4
Bulgarien	-10,7	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	0,0	0,0
Kroatien	2,0	-0,3	-0,4	-179,2	:	:	:	:	-123,5	15,2	8,6	:
Rumänien	-1,3	-0,8	-0,7	-0,9	-0,9	-0,6	-0,2	-0,1	-0,2	0,0	-0,1	-0,3
EFTA	4,4	4,5	3,1	2,5	0,3	0,6	2,2	3,8	3,0	4,0	5,3	4,3
Island	-0,8	-0,4	-3,0	-5,2	-1,9	0,4	3,3	4,0	6,8	2,8	-1,0	-0,7
Liechtenstein	10,1	6,6	3,3	3,2	0,0	0,0	15,8	6,2	9,2	12,0	5,9	8,8
Norwegen	2,4	2,9	1,8	1,5	1,3	2,2	3,0	4,3	2,2	1,8	3,8	2,5
Japan	:	:	:	-2,6	-9,3	9,4	:	0,0	-0,1	:	:	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	3,5	3,5	:	:	:

Schätzungen von Eurostat, die noch revidiert werden können.

Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung in einem Gebiet während des Jahres (das Wanderungssaldo ist negativ, wenn die Zahl der Abwanderer die Zahl der Einwanderer übersteigt). Da in den meisten Ländern entweder keine exakten Daten oder überhaupt keine Daten zur Zu- und Abwanderung vorliegen, wird der Wanderungssaldo auf der Grundlage der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Wachstum zu zwei verschiedenen Zeitpunkten geschätzt. Die statistischen Daten über das Wanderungssaldo sind daher von allen statistischen Ungenauigkeiten der beiden Komponenten in dieser Gleichung, insbesondere der Komponente Bevölkerungswachstum, betroffen.

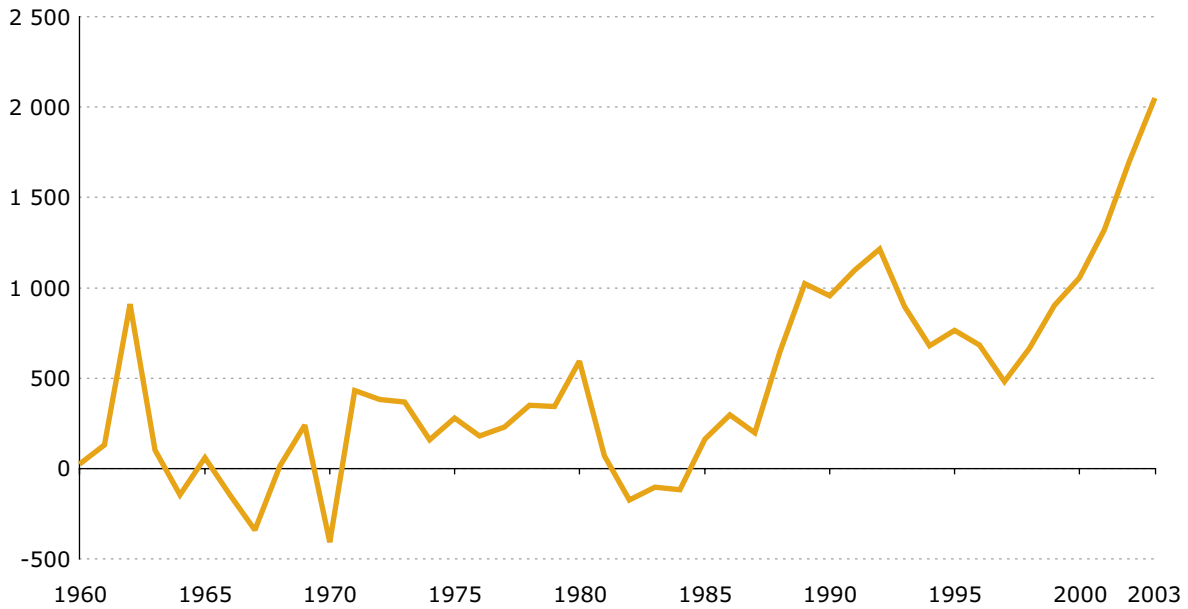
Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr¹⁾). Er erstreckt sich auf folgende Gebiete: Freizügigkeit; Überwachung der Außengrenzen; Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Staatangehörigen von Drittstaaten; Zusammenarbeit der Justizbehörden in Zivil- und Strafsachen sowie Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden.

Die gesamte Nettozuwanderung in die Mitgliedstaaten von EU-25 erhöhte sich von 1 707 000 im Jahr 2002 auf 2 092 000 im Jahr 2003.

Die Größenordnung des Wanderungssaldos weist zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede auf. 83 % der gesamten Nettozuwanderung in die Mitgliedstaaten der EU-25 entfielen 2003 auf vier Mitgliedstaaten – Spanien, Italien, Deutschland und das Vereinigte Königreich.

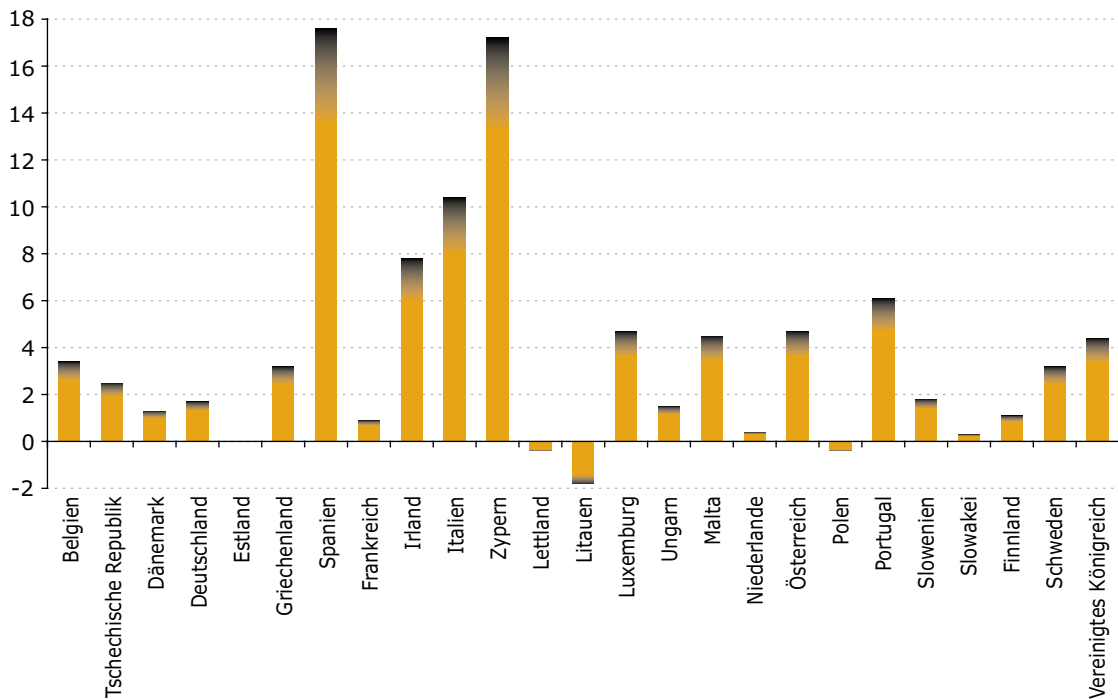


Nettowanderung (¹), EU-15
In 1 000



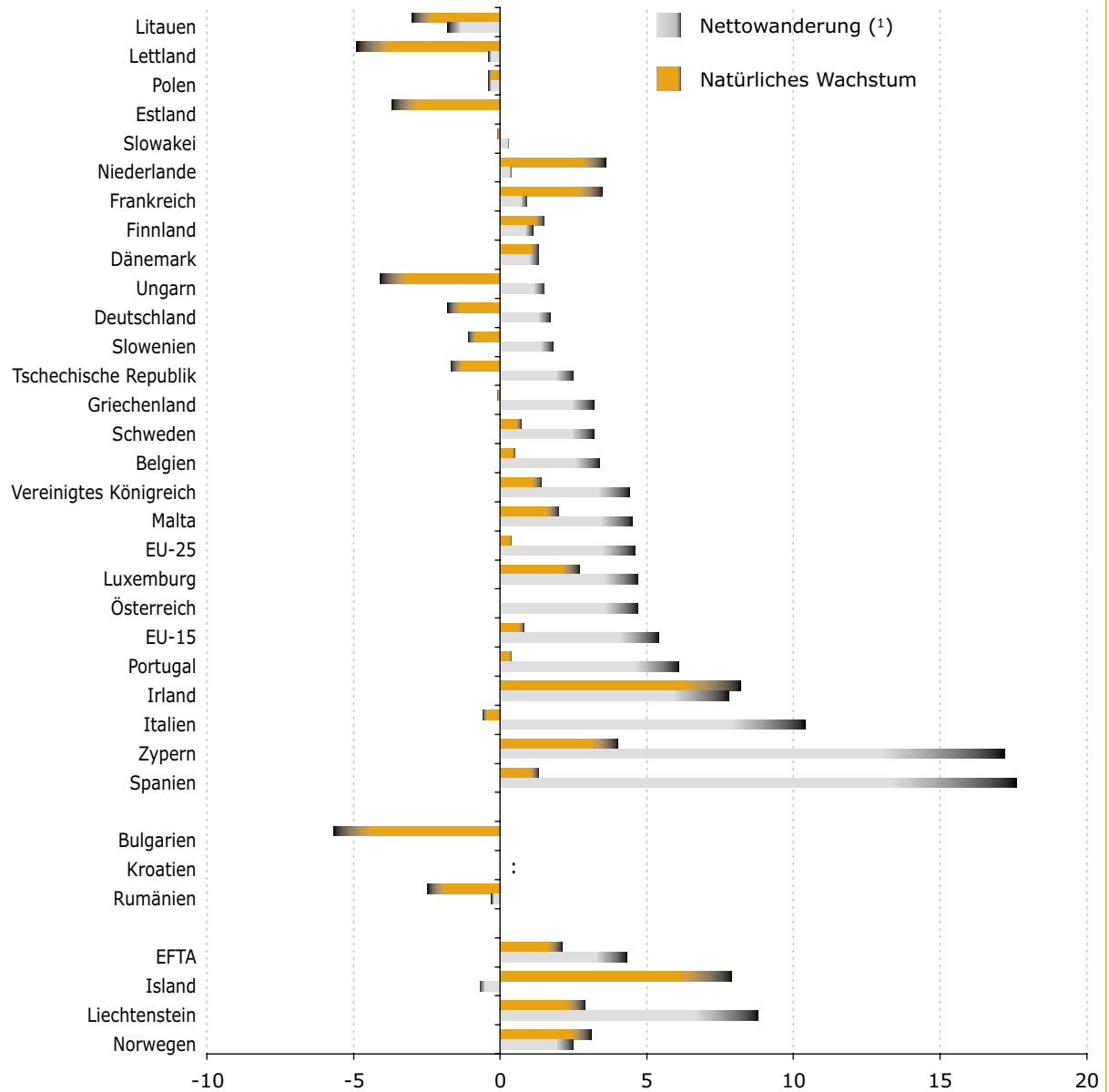
(¹) Einschließlich der Korrekturen aufgrund von Volkszählungen, Registerzählungen usw., die nicht unter Geburten, Sterbefälle oder Wanderungen eingeordnet werden können.

Nettozuwanderung in die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2003
Pro 1 000 Einwohner





Gesamtwachstumsrate der Bevölkerung im Jahr 2003
Pro 1 000 Einwohner



(1) Einschließlich der Korrekturen aufgrund von Volkszählungen, Registerzählungen usw., die nicht unter Geburten, Sterbefälle oder Wanderungen eingeordnet werden können.

Die Bruttoziffer wird geschätzt als die Zahl der Ereignisse im Verhältnis zum Bevölkerungsdurchschnitt in einem bestimmten Jahr. Die Angabe wird je 1 000 Personen gemacht.

Die zehn Staaten, die der EU 2004 beigetreten sind, verzeichneten durchweg deutlich niedrigere Wanderungssalden. Sämtliche EU-15-Mitgliedstaaten verzeichneten 2003 einen positiven

Wanderungssaldo. Demgegenüber war der Wanderungssaldo für drei der neuen Mitgliedstaaten – Lettland, Litauen und Polen – negativ und für einen vierten – Estland – Null.


Einbürgerungen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	192 706	234 556	276 217	290 491	331 397	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Eurozone	118 665	148 251	204 585	202 039	252 299	301 674	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	8 658	8 470	46 485	16 379	25 808	26 149	:	:	:	24 196	:	62 160	:	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	7 309	:	:	3 261	2 199
Dänemark	3 028	5 484	5 104	5 037	5 736	5 260	7 283	5 482	10 262	12 416	18 811	11 902	17 300	6 583
Deutschland	20 078	27 162	37 000	45 016	61 625	71 981	86 356	83 027	106 790	143 120	186 688	180 349	154 547	:
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	9 969	4 534	3 425	3 090	4 091	:
Griechenland	1 090	886	1 204	1 803	383	1 258	716	930	807	:	:	:	:	:
Spanien	7 033	3 752	5 226	8 348	7 802	6 756	8 433	9 801	12 550	16 384	16 743	16 743	21 805	26 517
Frankreich	54 381	59 684	59 252	60 013	77 515	92 410	63 055	83 676	81 449	94 002	:	:	:	139 938
Irland	179	188	150	133	175	355	:	:	1 474	1 433	1 143	2 817	:	:
Italien	555	349	539	6 469	5 993	7 442	:	:	:	:	:	:	:	13 406
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	97	296	:	126	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	12 914	13 482	9 947	9 421	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	825	:	562	567	490	507	:	471
Luxemburg	893	748	739	800	293	270	305	761	631	549	684	496	754	:
Ungarn	:	:	:	:	:	:	12 126	:	6 203	6 066	5 393	8 590	:	:
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	12 794	29 112	36 237	43 069	49 448	71 445	82 690	59 831	59 173	62 090	49 968	46 667	45 321	28 799
Österreich	8 980	11 137	11 656	14 131	15 275	15 627	15 627	15 792	17 786	:	24 320	31 731	:	:
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1 070	1 182	:
Portugal	97	43	117	2	144	80	1 154	1 364	519	584	1 143	1 419	255	:
Slowenien	:	:	:	:	1 451	1 973	981	:	3 321	2 337	2 102	1 346	2 808	:
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2 886	3 484	:
Finnland	899	1 236	876	839	651	668	981	1 439	4 017	4 730	2 977	2 720	3 049	:
Schweden	16 770	27 663	29 389	42 659	35 065	:	25 549	28 875	46 520	37 777	43 474	36 399	37 792	:
Vereinigtes Königreich	57 271	58 642	42 243	45 793	44 033	40 516	43 069	37 010	53 934	54 902	82 210	89 785	:	124 295
Island	105	165	155	177	205	229	308	289	352	288	328	423	434	:
Liechtenstein	82	64	55	65	69	:	:	:	:	567	:	:	:	:
Norwegen	4 757	5 055	5 132	5 538	8 778	11 778	12 237	12 037	9 244	7 988	9 474	10 838	9 041	:

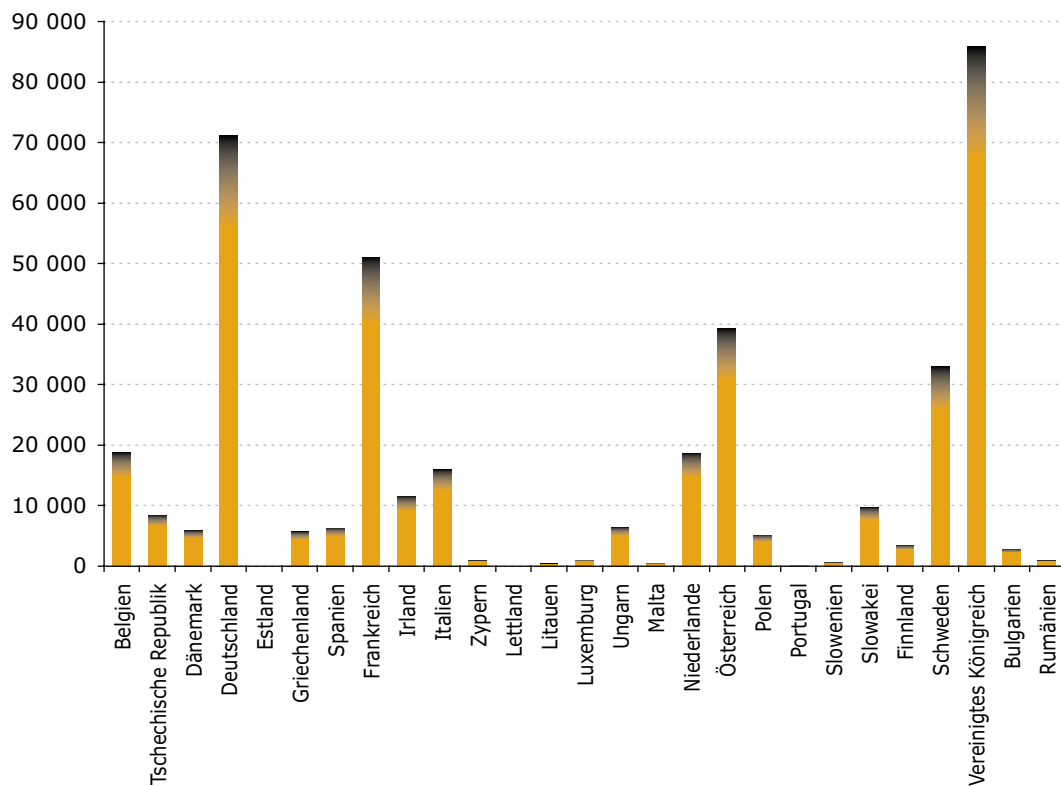
Die Zahlen beziehen sich auf die Einbürgerung der Personen, die die Staatsbürgerschaft des Meldelandes erwerben, nachdem sie zuvor staatenlos oder Staatsbürger eines anderen Landes waren.





2

Asylanträge im Jahr 2002



Estland: 9; Lettland: 24; Litauen: 367; Luxemburg: 1 042; Malta: 474; Portugal: 244; Slowenien: 650; Rumänien: 1 000.

Diese Zahlen beziehen sich auf alle Personen, die auf individueller Basis Asyl oder gleichartigen Schutz beantragen, unabhängig davon, ob sie ihren Antrag nach Ankunft an der Grenze oder von innerhalb des Landes einreichen und unabhängig davon, ob sie auf legalem oder illegalem Weg in das Land eingereist sind. Aufgrund der unterschiedlichen Methoden der Informationserhebung sind die Daten von Land zu Land nicht vollständig vergleichbar.



Lebenserwartung und Sterblichkeit

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Lebenserwartung nach Geschlecht und Alter
- Sterblichkeit nach Geschlecht und Alter
- Sterbefälle nach Monat
- Säuglingssterblichkeit (absolute Zahlen und Raten)

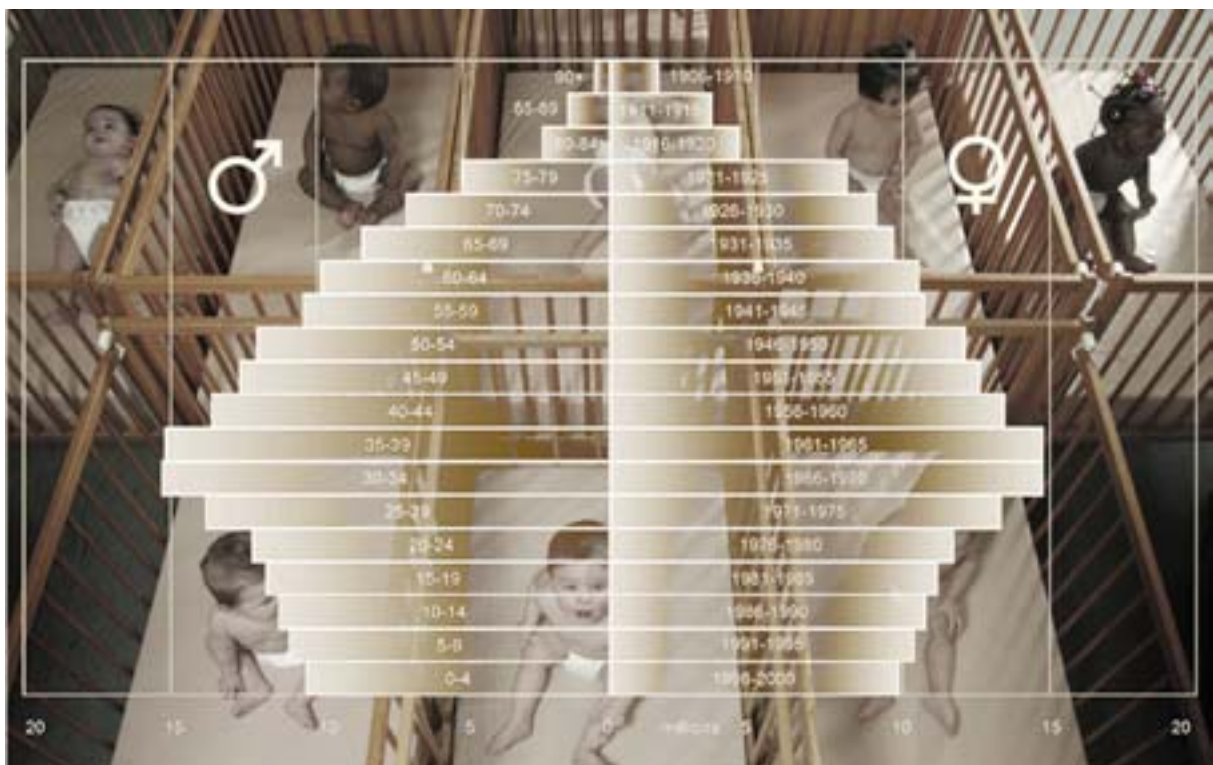
2

Sinkende Sterbeziffern und steigende Lebenserwartung

Für die EU-Bevölkerung ist eine hohe Lebenserwartung bei der Geburt kennzeichnend, die in den letzten 40 Jahren für beide Geschlechter um acht Jahre angestiegen ist. Zwar liegt die Lebenserwartung der Frauen aufgrund der durchweg höheren Männersterblichkeit in allen Altersstufen ungefähr sechs Jahre über der der Männer, doch geht dieser Unterschied jetzt zurück, da die Lebenserwartung der Männer in den vergangenen zehn Jahren in den meisten Mitgliedstaaten stärker angestiegen ist als die der Frauen.

Dies liegt möglicherweise daran, dass sich die Lebensumstände von Männern und Frauen nicht mehr so stark unterscheiden wie in der Vergangenheit.

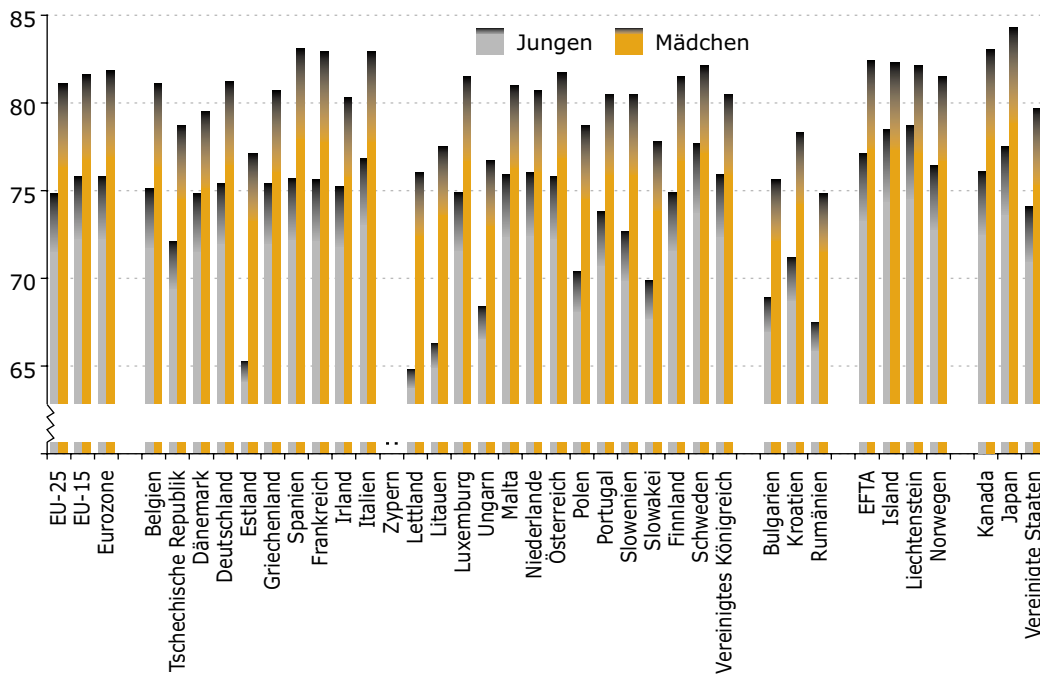
Infolge der gestiegenen Lebenserwartung und der Veränderung der Fruchtbarkeitsziffern wird die Bevölkerung in der EU immer älter. Diese Alterung bedeutet, dass die Zahl der älteren Menschen steigt, während der Anteil der Erwerbspersonen (im Alter von 15 bis 64 Jahren) sinkt. Diese demografischen Entwicklungen haben wirtschaftliche und soziale Auswirkungen in vielen Bereichen, auch auf die Gesundheitssysteme.





Lebenserwartung bei der Geburt im Jahr 2002

Jahre



Quelle: Eurostat/US Census Bureau.

Deutschland: in allen Jahren Daten einschließlich Daten zur ehemaligen DDR.

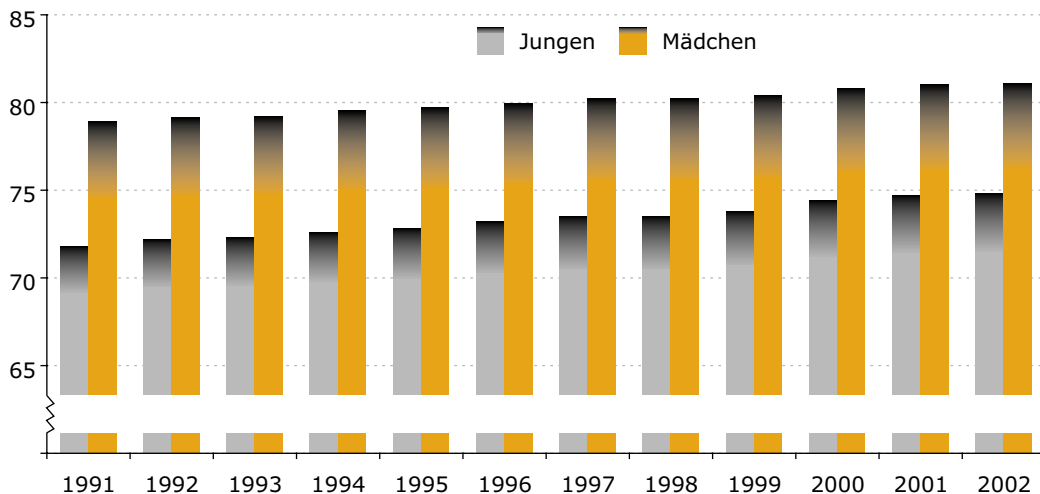
Mittlere Zahl der Jahre, die ein Neugeborenes voraussichtlich lebt, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während seines ganzen Lebens bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Lebenserwartung bei der Geburt in den 25 heutigen EU-Ländern um nahezu drei Jahre

erhöht. 2002 betrug sie 75 Jahre für Männer und 81 Jahre für Frauen. Sie lag damit höher als in den Vereinigten Staaten (2002: 74 Jahre für Männer

Lebenserwartung bei der Geburt in der EU-25

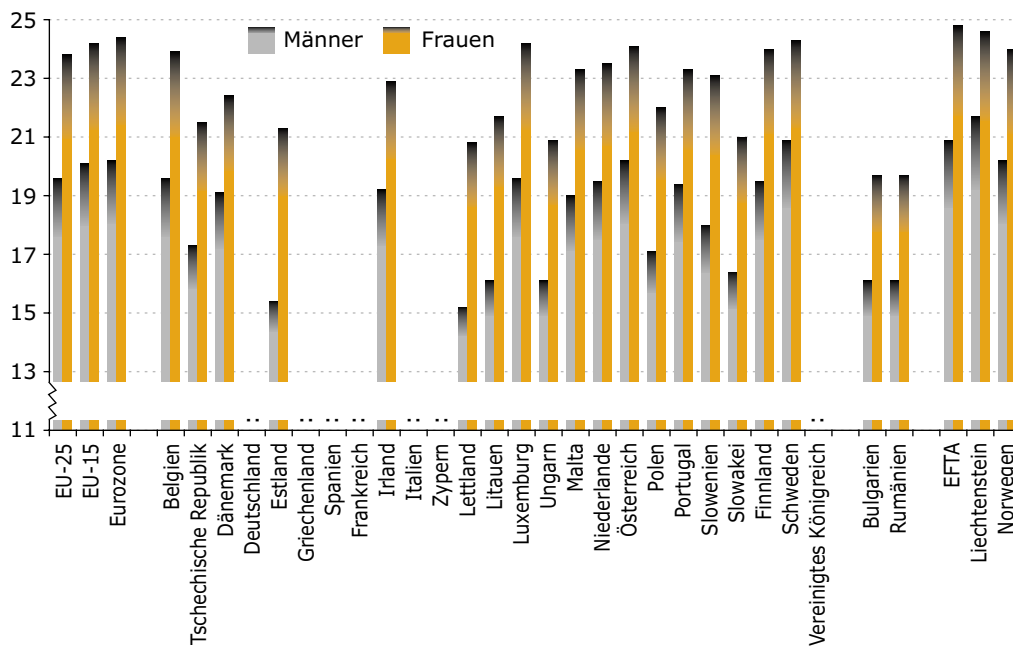
Jahre



Geschätzte Werte.



Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren im Jahr 2002
Jahre



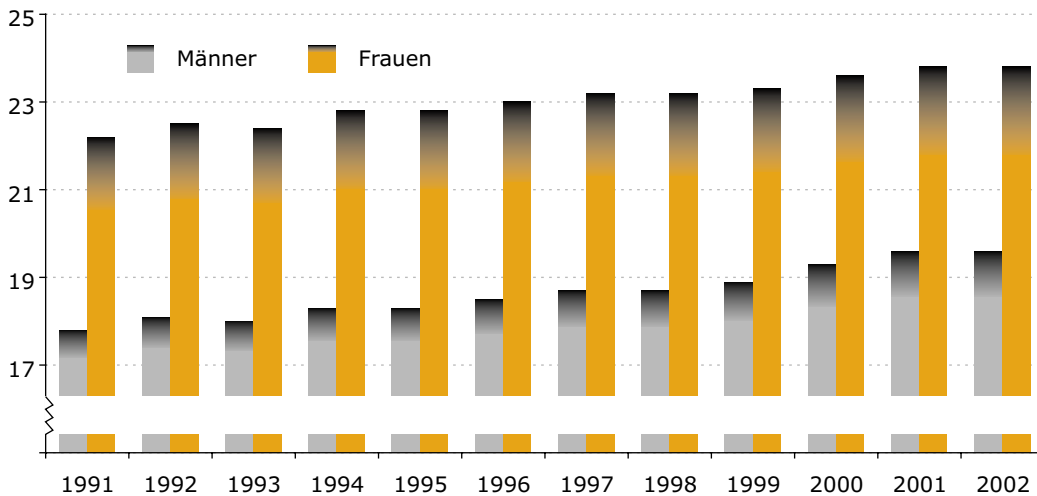
EU-25, EU-15, Eurozone: geschätzte Werte.

Mittlere Zahl der Jahre, die eine Person im Alter von 60 Jahren leben wird, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während der verbleibenden Lebensdauer dieser Person bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

und 80 für Frauen), jedoch niedriger als in Japan (2002: 78 Jahre für Männer und 84 für Frauen) und Kanada (2001: 76 Jahre für Männer und 83 für Frauen).

Die Lebenserwartung mit 60 Jahren war 2002 in den 25 heutigen EU-Ländern für beide Geschlechter um fast zwei Jahre höher als 1991. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen

Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren in der EU-25
Jahre



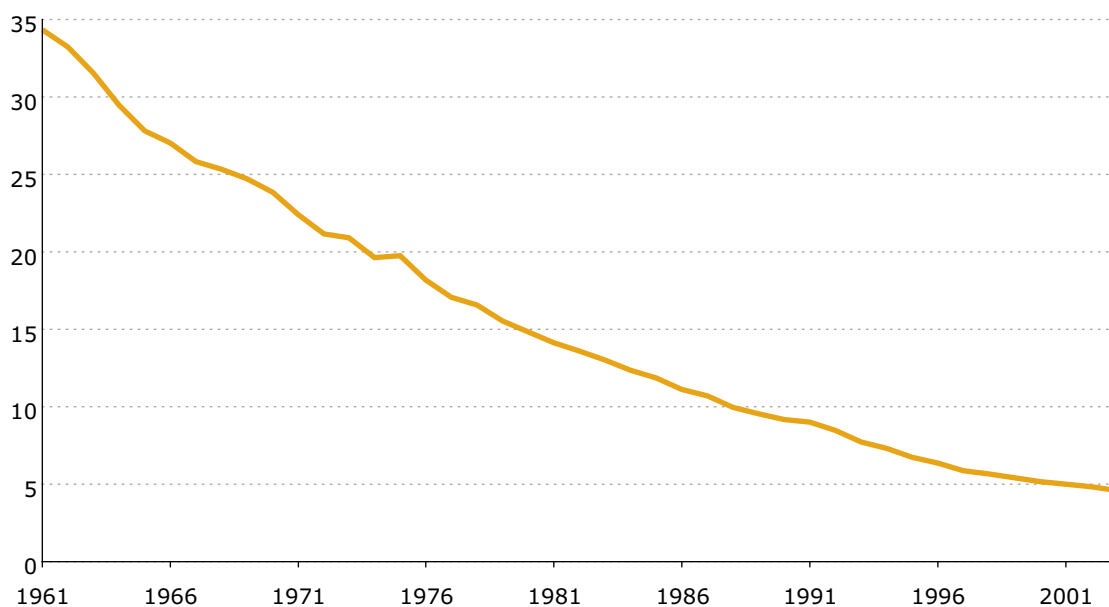
Geschätzte Werte.



2

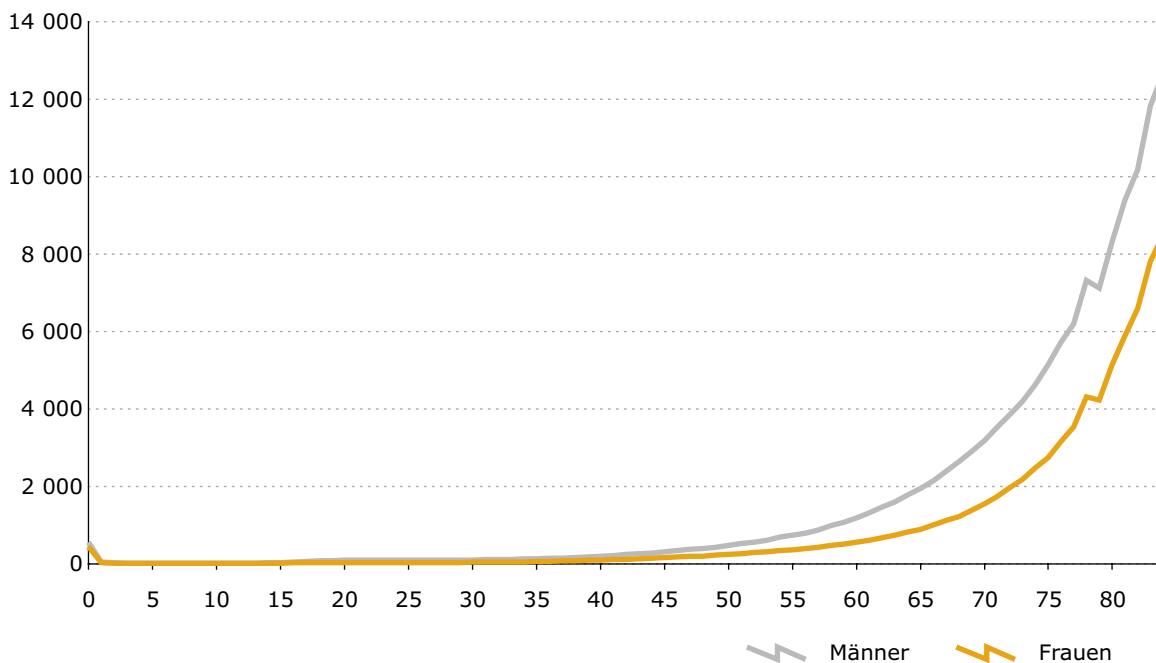
Säuglingssterblichkeitsrate in der EU-25

Pro 1 000 Lebendgeburten



Todesfälle pro 100 000 Personen in der EU-15 im Jahr 1998

Nach Alter



Sterbewahrscheinlichkeit nach Alter: die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person eines bestimmten Alters in dem betreffenden Zeitraum stirbt. Bei einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten stellt die Größe der Geburtskohorte von Frauen (oder Männern), die im betreffenden Jahr das Alter von n erreichen, den Nenner dar, während der Zähler von der Anzahl der Frauen (oder Männer) dieser Geburtskohorte gebildet wird, die zwischen dem Alter von n und dem Alter von n+1 sterben. Einige dieser Sterbefälle ereignen sich während des betreffenden Jahres, während andere im folgenden Jahr zu verzeichnen sind. Die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit nach Alter unterscheidet sich daher von der jährlichen Sterbeziffer nach Alter, weil im letztgenannten Fall die Jahresdurchschnittsbevölkerung dieses Alters den Nenner und die Anzahl der Personen dieses Alters, die im Laufe des Jahres sterben, den Zähler bilden (beim Alter kann es sich entweder um das im betrachteten Kalenderjahr erreichte Alter oder um das Alter beim letzten Geburtstag handeln).

Die Daten für die Altersjahre über 75 sind für manche Länder geschätzt.



Säuglingssterblichkeitsrate

Pro 1 000 Lebendgeburten

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	7,7	7,3	6,7	6,4	5,9	5,7	:	5,2	5,0	4,8 (p)	: (e)
EU-15	6,4 (p)	6,0 (p)	5,6 (p)	5,5 (p)	5,2 (p)	5,1 (e)	: (p)	4,7 (e)	4,6 (e)	4,5 (ep)	4,3 (e)
Eurozone	6,5 (p)	6,1 (p)	5,6 (p)	5,4 (p)	5,1 (p)	5,0 (p)	:	4,5	4,4 (e)	4,3 (ep)	4,1 (e)
Belgien	6,7 (p)	6,3 (p)	5,9 (p)	5,0 (p)	5,4 (p)	5,2 (p)	4,9	4,8 (p)	4,5 (p)	4,4 (p)	4,3 (e)
Tschechische Republik	8,5	7,9	7,7	6,1	5,9	5,2	4,6	4,1	4,0	4,1	3,9
Dänemark	5,4	5,5	5,1	5,6	5,2	4,7	:	5,3	4,9	4,4	4,4
Deutschland	5,8	5,6	5,3	5,0	4,9	4,7	4,5	4,4	4,3	4,2 (e)	4,2 (p)
Estland	15,6	14,4	14,9	10,5	10,0	9,3	9,6	8,4	8,8	5,7	6,8 (p)
Griechenland	8,5	7,9	8,1	7,2	6,4	6,7 (e)	6,2	5,9 (e)	5,1	5,1 (e)	4,0 (e)
Spanien	6,7	6,0	5,5	5,5	5,0	4,9	4,5 (p)	3,9 (p)	3,4 (p)	4,1 (ep)	3,6 (e)
Frankreich	6,5	5,9	4,9	4,8	4,7 (p)	4,6 (p)	4,3 (p)	4,4 (e)	4,5 (p)	4,1 (ep)	3,9 (e)
Irland	6,1	5,7	6,4	6,0	6,1 (p)	5,9 (p)	5,9	6,2 (p)	5,7 (p)	5,1 (p)	5,1
Italien	7,1	6,6	6,2	6,2	5,6 (p)	5,5 (p)	:	4,5	4,7 (p)	4,5 (ep)	4,6 (e)
Zypern	9,9	9,8	9,7	9,5	9,0	7,0	:	5,6 (e)	4,9 (e)	4,7	4,1 (e)
Lettland	16,2	15,7	18,8	15,9	15,4	15,0	11,3	10,4	11,0	9,9	9,4
Litauen	15,7	14,2	12,5	10,1	10,3	9,3	8,7	8,6	7,9	7,9 (p)	6,7
Luxemburg	5,9	5,3	5,6	4,9	4,2	5,0	4,6	5,1	5,8	5,1	4,9
Ungarn	12,5	11,5	10,7	10,9	9,9	9,7	8,4	9,2	8,1	7,2	7,3
Malta	8,2	9,2	8,9	10,8	6,5	5,2	7,2	6,0	4,4	6,1	5,9
Niederlande	6,3	5,6	5,5	5,7	5,0	5,2	5,2	5,1	5,4	5,0 (p)	4,8 (p)
Österreich	6,5	6,3	5,4	5,1	4,7	4,9	4,4	4,8	4,8	4,1	4,5
Polen	15,4	15,1	13,6	12,2	10,2	9,5	8,9	8,1	7,7	7,5	7,0
Portugal	8,7	8,1	7,5	6,9	6,4	6,0	5,8	5,5	5,0	5,0 (p)	4,1
Slowenien	6,8	6,5	5,5	4,7	5,2	5,2	4,5	4,9	4,2	3,8 (p)	4,0 (p)
Slowakei	10,6	11,2	11,0	10,2	8,7	8,8	8,3	8,6	6,2	7,6	7,9
Finnland	4,4	4,7	3,9	4,0	3,9	4,2	3,6	3,8	3,2	3,0	3,1
Schweden	4,8	4,4	4,1	4,0	3,6	3,6	3,4	3,4	3,7	3,3	3,1
Vereinigtes Königreich	6,3	6,2	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6 (p)	5,5	5,2 (p)	5,3 (p)
Bulgarien	15,5	16,3	14,8	15,6	17,5	14,4	14,6	13,3	14,4	13,3 (p)	12,3
Kroatien	9,9	10,2	8,9	8,0	8,2	8,2	7,7	7,4	7,7	7,0	6,3
Rumänien	23,3	23,9	21,2	22,3	22,0	20,5	18,6	18,6	18,4	17,3	16,7
EFTA	5,3	5,1	4,7	4,4	4,6	4,4 (p)	:	:	4,4	4,0	3,9 (p)
Island	4,8	3,4	6,0	3,7	5,5	2,6 (p)	2,4	3,0	2,7	2,3 (p)	2,4 (p)
Liechtenstein	0,0	5,0	0,0	7,5	20,0	7,5	:	:	0,0	2,5	3,3 (p)
Norwegen	5,0	5,2	4,0	4,0	4,1	4,0 (p)	3,9	3,8	3,9	3,5	3,4

Säuglingssterblichkeitsrate: Verhältnis der Zahl der Säuglinge, die im ersten Lebensjahr sterben, zur Zahl der Lebendgeburten im gleichen Jahr.

Männern und Frauen von 60 Jahren (vier Jahre mehr für die Frauen) ist geringer als der Unterschied in der Lebenserwartung von Jungen und Mädchen bei der Geburt (sechs Jahre mehr für die Mädchen).

Die Fortschritte in der medizinischen Versorgung schlagen sich in einer rückläufigen Säuglingssterblichkeit nieder. In den vergangenen vierzig Jahren ist die Sterbeziffer bei Säuglingen in EU-15 von mehr als 36 je 1 000 Lebendgeburten (1960) auf 5 (2003) gesunken.

Anteil der Personen im Alter vom 65 Jahren und darüber In % der Gesamtbevölkerung

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	14,4	14,6	14,8	15,0	15,2	15,4	15,5	15,7	15,9	16,1	16,3	16,5
EU-15	15,0	15,2	15,4	15,6	15,8	15,9	16,1	16,3	16,5	16,7	16,9	17,0
Eurozone	14,8	15,0	15,3	15,5	15,8	16,0	16,2	16,4	16,6	16,8	17,0	17,2
Belgien	15,4	15,6	15,8	16,0	16,3	16,5	16,6	16,8	16,9	16,9	17,0	17,1
Tschechische Republik	12,9	13,0	13,1	13,3	13,5	13,6	13,7	13,8	13,9	13,9	13,9	13,9
Dänemark	15,5	15,4	15,3	15,1	15,0	14,9	14,9	14,8	14,8	14,8	14,8	14,9
Deutschland	15,0	15,2	15,4	15,6	15,7	15,8	15,9	16,2	16,6	17,1	17,5	18,0
Estland	12,5	12,9	13,3	13,7	14,1	14,5	14,7	15,0	15,2	15,5	15,9	15,9
Griechenland	14,4	14,7	15,0	15,3	15,6	15,9	16,2	16,5	16,8	17,2	17,5	17,5
Spanien	14,4	14,8	15,1	15,5	15,8	16,2	16,5	16,8	16,9	17,0	16,9	16,8
Frankreich	14,6	14,8	15,0	15,3	15,5	15,7	15,9	16,0	16,1	16,2	16,3	16,4
Irland	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,3	11,2	11,2	11,1	11,1	11,1
Italien	15,8	16,1	16,5	16,9	17,2	17,5	17,8	18,1	18,4	18,7	19,0	19,2
Zypern	11,0	11,0	11,0	11,0	11,1	11,1	11,1	11,2	11,3	11,7	11,8	11,9
Lettland	12,8	13,2	13,4	13,8	14,1	14,4	14,7	14,8	15,2	15,5	15,9	16,2
Litauen	11,6	11,9	12,2	12,5	12,8	13,2	13,5	13,7	14,1	14,4	14,7	15,0
Luxemburg	13,6	13,8	13,9	14,1	14,2	14,3	14,3	14,3	13,9	13,9	14,0	14,1
Ungarn	13,8	13,9	14,1	14,3	14,5	14,7	14,8	15,0	15,1	15,3	15,4	15,5
Malta	:	:	11,0	11,4	11,6	:	12,0	12,1	12,3	12,6	12,8	13,0
Niederlande	13,0	13,1	13,2	13,3	13,4	13,5	13,5	13,6	13,6	13,7	13,7	13,8
Österreich	14,9	15,0	15,1	15,2	15,3	15,4	15,4	15,4	15,4	15,5	15,5	15,5
Polen	10,5	10,7	10,9	11,2	11,5	11,7	11,9	12,1	12,4	12,6	12,8	13,0
Portugal	14,2	14,5	14,7	15,0	15,3	15,6	15,8	16,0	16,4	16,5	16,7	16,8
Slowenien	11,4	11,7	12,1	12,5	12,9	13,2	13,6	13,9	14,1	14,5	14,8	15,0
Slowakei	10,5	10,7	10,8	10,9	11,1	11,2	11,3	11,4	11,4	11,4	11,5	11,5
Finnland	13,8	13,9	14,1	14,3	14,5	14,6	14,7	14,8	15,0	15,2	15,3	15,6
Schweden	17,7	17,6	17,5	17,5	17,4	17,4	17,4	17,3	17,2	17,2	17,2	17,2
Vereinigtes Königreich	15,8	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,6	15,6	16,0	16,0	16,0
Bulgarien	14,2	14,6	14,9	15,2	15,3	15,6	15,9	16,2	16,8	16,9	17,0	17,1
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	12,4	15,7	:	16,3	:
Rumänien	11,3	11,6	11,8	12,2	12,4	12,7	13,0	13,2	13,5	13,9	14,2	14,4
EFTA	15,1	15,1	15,1	15,1	15,1	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2
Island	10,9	11,0	11,1	11,3	11,5	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,7	11,8
Liechtenstein	10,2	10,5	11,3	10,3	10,3	10,2	10,3	10,5	10,5	10,5	10,8	10,8
Norwegen	16,2	16,1	16,0	15,9	15,8	15,7	15,5	15,3	15,1	14,9	14,8	14,7

Die Bevölkerung wird allmählich immer älter. Zwischen 1993 und 2003 ist der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber an der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der heutigen EU-25 um etwa zwei Prozentpunkte gestiegen. In einigen süd-, mittel- und osteuropäischen Ländern, in denen diese Werte durchweg vorher niedriger waren, betrug der Anstieg sogar drei Prozentpunkte. Am höchsten waren die Bevölkerungsanteile der Personen ab 65 Jahren im Jahr 2004 in Italien, Schweden, Griechenland, Belgien und Deutschland.



Gesundheit und Sicherheit

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Beschäftigte im Gesundheitswesen
- Ambulante und medizinische Behandlungen
- Krankenhäuser
- Lebensstilarten und Gesundheitsverhalten
- Gesundheitszustand der Bevölkerung
- Morbidität
- Invalidität
- Arbeitsunfälle
- Berufskrankheiten
- Todesursachen

2

Die Agenda der europäischen Gesundheitspolitik

Die Gesundheitspolitik berührt zwei wichtige Aspekte der Strategie von Lissabon, nämlich die Europäische Sozialagenda und die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung.

Im Mai 2000 unterbreitete die Kommission einen Vorschlag für eine neue Gesundheitsstrategie, in der ein integrierter Ansatz für die Zusammenarbeit in diesem Bereich auf Gemeinschaftsebene gefördert wird. Auf dieser Grundlage wurde 2002 ein Aktionsprogramm im Bereich der öffentlichen Gesundheit für den Zeitraum 2003-2008 angenommen. Das Programm hat drei vorrangige Ziele:

- Verbesserung des Informations- und Wissensstandes im Interesse der Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens;
- Verbesserung der Fähigkeit zur schnellen und koordinierten Reaktion auf Gesundheitsgefahren;
- Gesundheitsförderung und Prävention von Krankheiten durch Berücksichtigung gesundheitsrelevanter Faktoren in allen Politiken und Tätigkeiten.

Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Den Themen Arbeitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz kommt in der europäischen Sozialpolitik ein hoher Stellenwert zu. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist nicht nur auf die Verhinderung von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf das körperliche, seelische und soziale

Wohlbefinden, die für die Qualität der Arbeit und der Produktivität der Beschäftigten eine wichtige Rolle spielen. Es wurde eine neue Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für den Zeitraum 2002-2006 entwickelt, die dem Wandel von Gesellschaft und Arbeitswelt Rechnung trägt. Sie beruht auf einem Gesamtkonzept für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz auf der Grundlage von Präventivmaßnahmen und der Bildung von Partnerschaften in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Sicherheit.

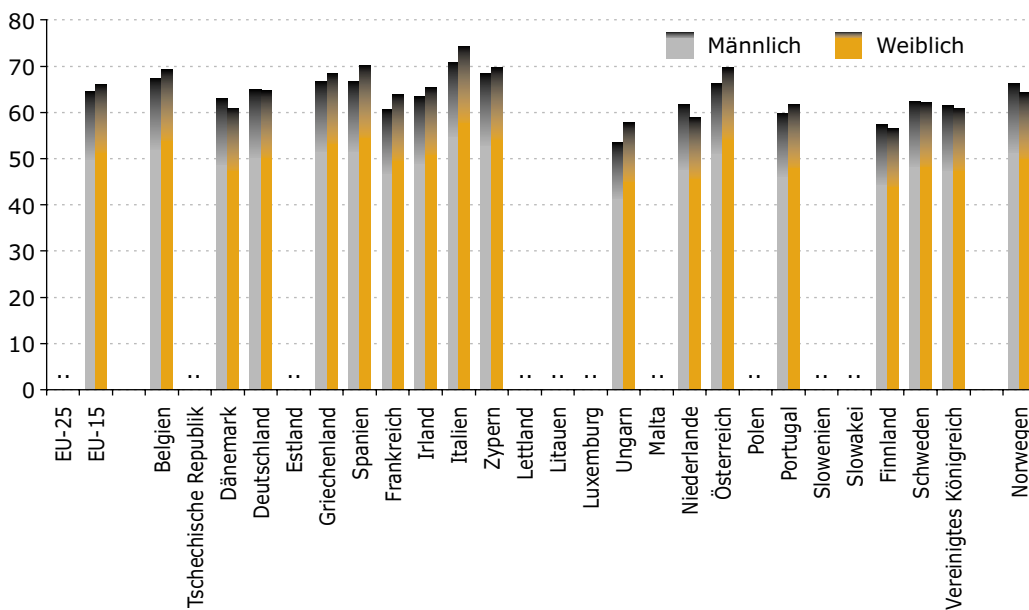
Datensammlung zu Gesundheit und Sicherheit

Mit der Datensammlung zu Gesundheit und Sicherheit reagiert Eurostat auf die spezifischen Anforderungen, die sich aus dem Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit 2003-2008 (Beschluss Nr. 1786/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002) ergeben. Die Daten decken die Bereiche Gesundheitszustand, Gesundheitsdeterminanten und Gesundheitsressourcen ab. In der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Mehr Gesundheit, Sicherheit und Zuversicht für die Bürger – Eine Gesundheits- und Verbraucherschutzstrategie“ und im „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft in den Bereichen Gesundheit und Verbraucherschutz (2007-2013)“ wird die Notwendigkeit festgestellt, diese europäische Gesundheitsüberwachung auszuweiten. Die europäischen Statistiken zu Arbeits-



Gesunde Lebensjahre bei der Geburt 2003

Jahre, die eine Person zum Zeitpunkt ihrer Geburt erwartungsgemäß in guter gesundheitlicher Verfassung leben wird



Geschätzte Werte.

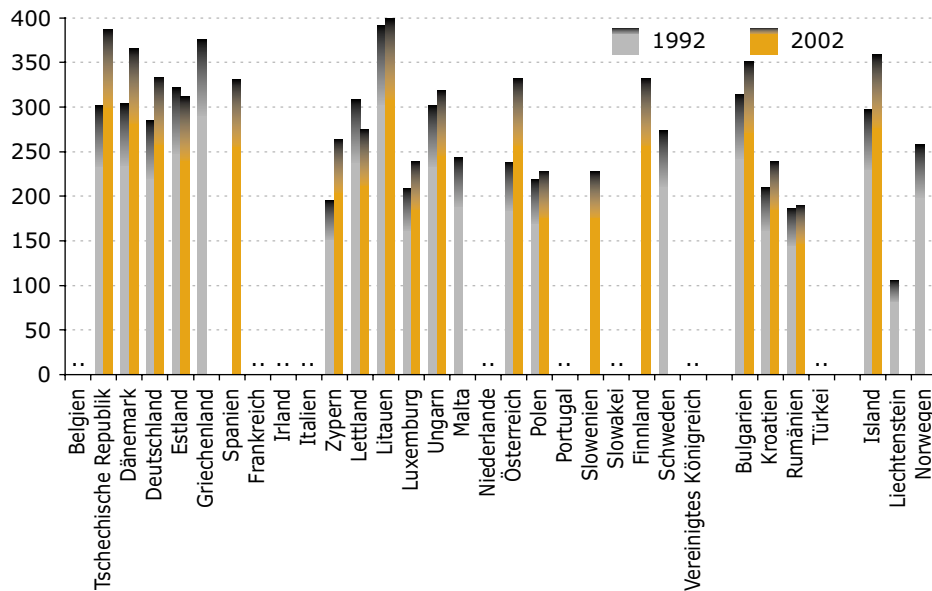
„Gesunde Lebensjahre“ ist ein Indikator der Gesundheitserwartung, der Informationen zu Sterblichkeit und Krankheit miteinander verknüpft. Dazu werden Daten zur altersspezifischen Prävalenz (Anteile) der gesunden bzw. kranken Bevölkerung und Daten zur altersspezifischen Sterblichkeit benötigt. Gute gesundheitliche Verfassung wird über die Abwesenheit von Funktionsbeschränkungen/Beschwerden definiert. Der Indikator wird getrennt für Männer und Frauen berechnet. Der Indikator wird auch beschwerdefreie Lebenserwartung genannt.

unfällen und Berufskrankheiten dienen zur Erfüllung der Anforderungen im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsstrategie für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz 2002-2006 (Entschließung des Rates vom 3. Juni 2002 2002/C 161/01). Der allgemeine Schwerpunkt liegt zum einen auf der Infrastruktur für das Basis-

system von Statistiken zur öffentlichen Gesundheit, Sicherheit am Arbeitsplatz und Ernährungssicherheit, zum anderen auf der Harmonisierung der Konzepte, Definitionen und Klassifikationen für den gesamten Bereich der Gesundheitsinformationen sowie auf der Verbesserung der Vergleichbarkeit vorhandener Daten.

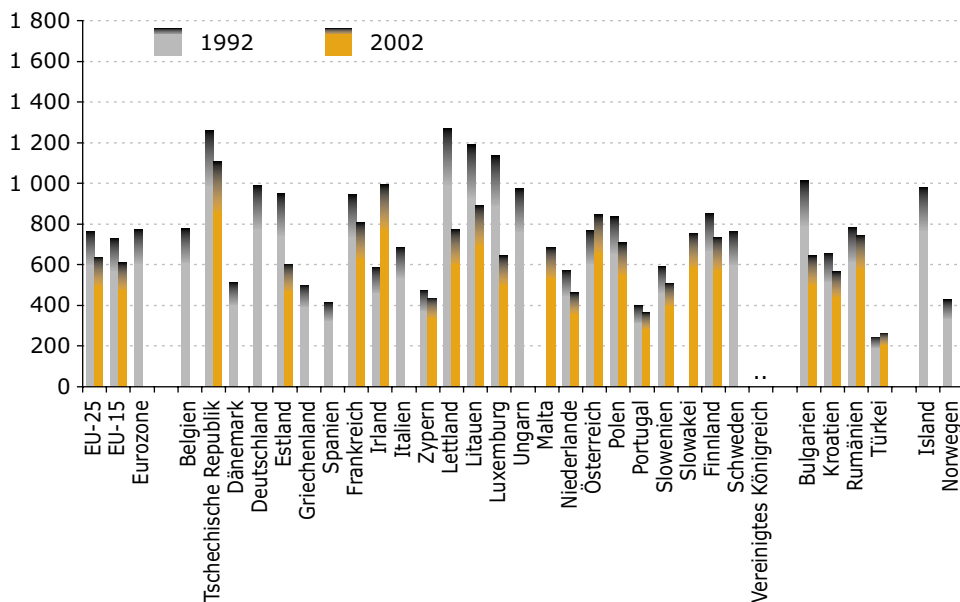


Gesamtzahl der behandelnd tätigen Ärzte Auf 100 000 Einwohner



Nur die behandelnd tätigen Ärzte sind gezählt, d.h. diejenigen, die Patienten in einem Krankenhaus, in einer Praxis oder an anderen Orten behandeln.

Krankenhausbetten Auf 100 000 Einwohner



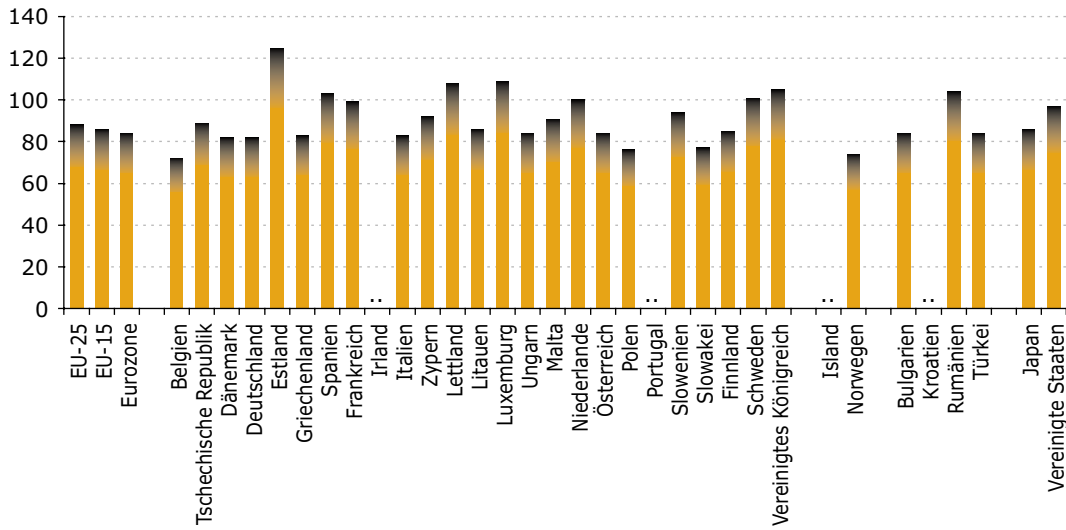
Deutschland, Niederlande, Portugal, Island: ohne Betten in Pflegeheimen und für die Tagespflege. Griechenland, Italien: ohne Betten in Militärkrankenhäusern. Spanien: Betten in Pflegeheimen und für die Tagespflege sind zum Teil berücksichtigt. Irland, Schweden, Vereinigtes Königreich: nur Betten in öffentlichen Krankenhäusern. Vereinigtes Königreich: Schätzwerte von Eurostat.

Betten für Patienten, die offiziell in einer stationären Versorgungseinrichtung oder einer Einrichtung, die auch stationäre Versorgung anbietet, aufgenommen wurden und dort mindestens eine Nacht verbringen. Stationäre Versorgung wird von Krankenhäusern, Krankenpflege- und Pflegeheimen sowie von anderen Einrichtungen geleistet, die aufgrund ihrer Hauptpflegetätigkeit zu den ambulanten Versorgungseinrichtungen gerechnet werden, aber als Nebentätigkeit auch stationäre Versorgung anbieten.



Ernsthafte Arbeitsunfälle im Jahre 2002

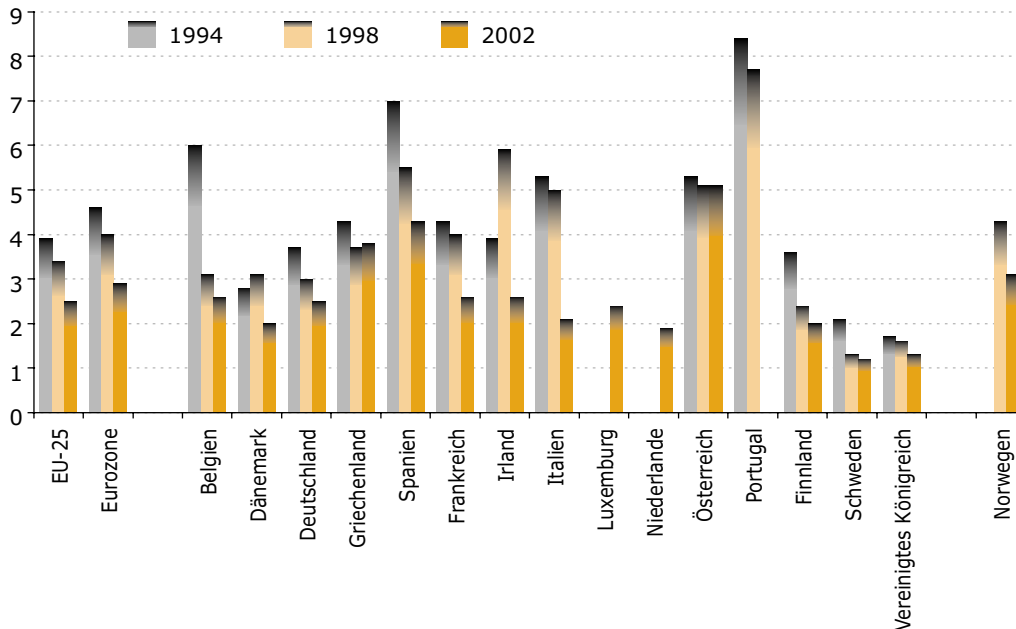
1998 = 100



Der Index zeigt die Entwicklung der Inzidenzrate von ernststen Arbeitsunfällen im Vergleich zu 1998 (= 100). Inzidenzrate = (Anzahl von Arbeitsunfällen mit über 3 Tagen Abwesenheit, die jährlich vorkommen/Anzahl von beschäftigten Personen in der Referenzbevölkerung) x 100 000. Ein Arbeitsunfall ist definiert als ein während der Arbeit eintretendes deutlich abzugrenztes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Dies schließt Unfälle im Arbeitsablauf außerhalb des Betriebsgeländes sowie Fälle akuter Vergiftung und bewusste Handlungen Dritter ein, nicht jedoch Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten.

Tödliche Arbeitsunfälle: Inzidenzrate

Pro 100 000 Beschäftigte



Ohne Straßenverkehrsunfälle und Transportunfälle während der Arbeit. Die Beschäftigungszahlen basieren auf der Arbeitskräfteerhebung von Eurostat.

Inzidenzrate = (Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im Jahr/Zahl der Beschäftigten in der Referenzpopulation) x 100 000. Ein Arbeitsunfall ist als ein während der Arbeit eintretendes deutlich abzugrenztes Ereignis definiert, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Ausgenommen sind Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten. Um Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verteilung der Arbeitskräfte auszugleichen, erfolgt eine Standardisierung der Inzidenzrate, indem jedem Wirtschaftszweig auf nationaler Ebene das gleiche Gewicht gegeben wird wie auf der Ebene der Europäischen Union insgesamt.



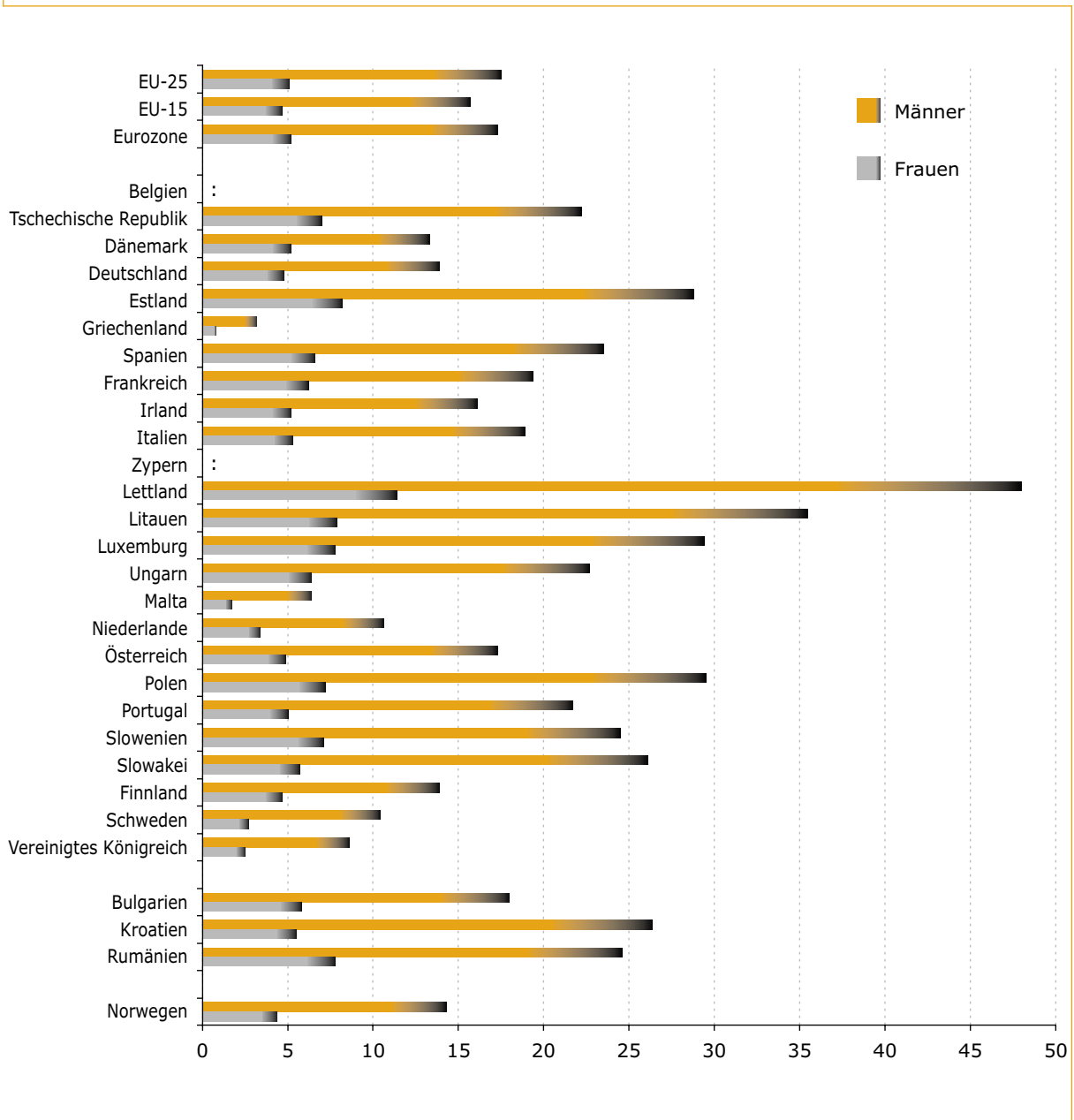
Diese Tätigkeiten werden in Zusammenarbeit mit den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen (WHO, OECD, ILO) durchgeführt.

Die Gesundheitsaussichten sind in einer Gruppe von Indikatoren zusammengefasst, die Daten über Sterblichkeit und Behinderungen/Erkrankungen kombiniert. Der neue Strukturindikator „gesunde Lebensjahre“ misst die Zahl der Jahre, die einer Person in einem bestimmten Alter voraussichtlich verbleiben, ohne dass sie durch schwere oder mittelschwere Funktionseinschränkungen aufgrund von Gesundheitsproblemen und oder Behinderung beeinträchtigt ist. Frauen

durften 2003 in EU-15 bei der Geburt mit 66,0 Lebensjahren ohne solche Einschränkungen (+3,3 % mehr als 1999) rechnen, Männer mit 64,5 Jahren (+2,1 %). Der Wert für die gesunden Lebensjahre bewegte sich 2003 innerhalb einer Spanne von weniger als 60 Jahren in Ungarn, den Niederlanden (nur Frauen), Portugal (nur Männer) und Finnland bis über 70 Jahren in Italien und – wenn auch nur für Frauen – Spanien (zwischen 68 und 70 Jahren für Männer und Frauen in Zypern).

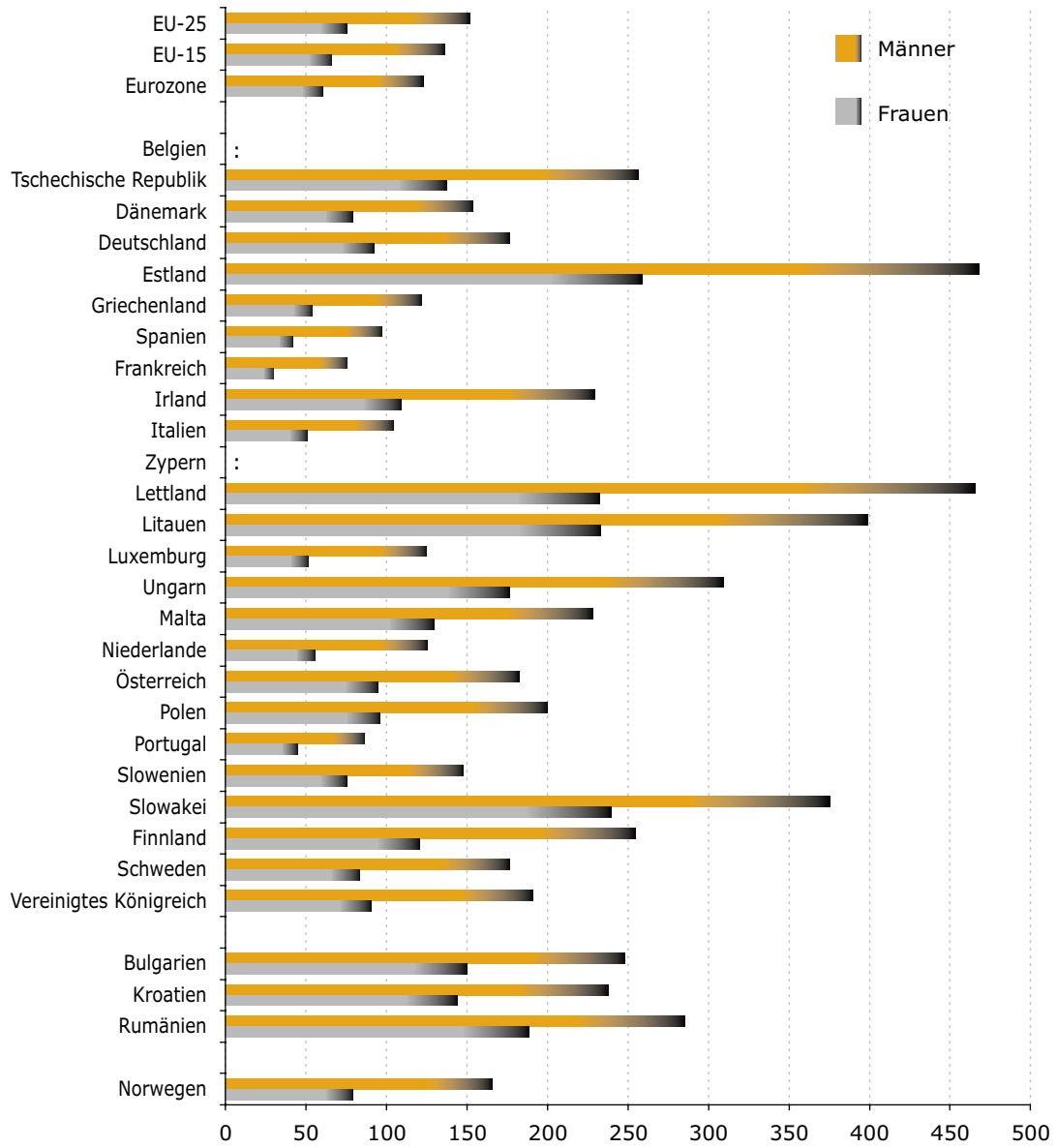
Von 1998 bis 2002 ist die Inzidenzrate schwerer Arbeitsunfälle in EU-25 um 12 % zurückgegangen, die Inzidenzrate tödlicher Arbeitsunfälle sogar um 23 %. Ein Arbeitsunfall ist ein während

Todesfälle durch Transportunfälle im Jahr 2000
Pro 100 000 Personen





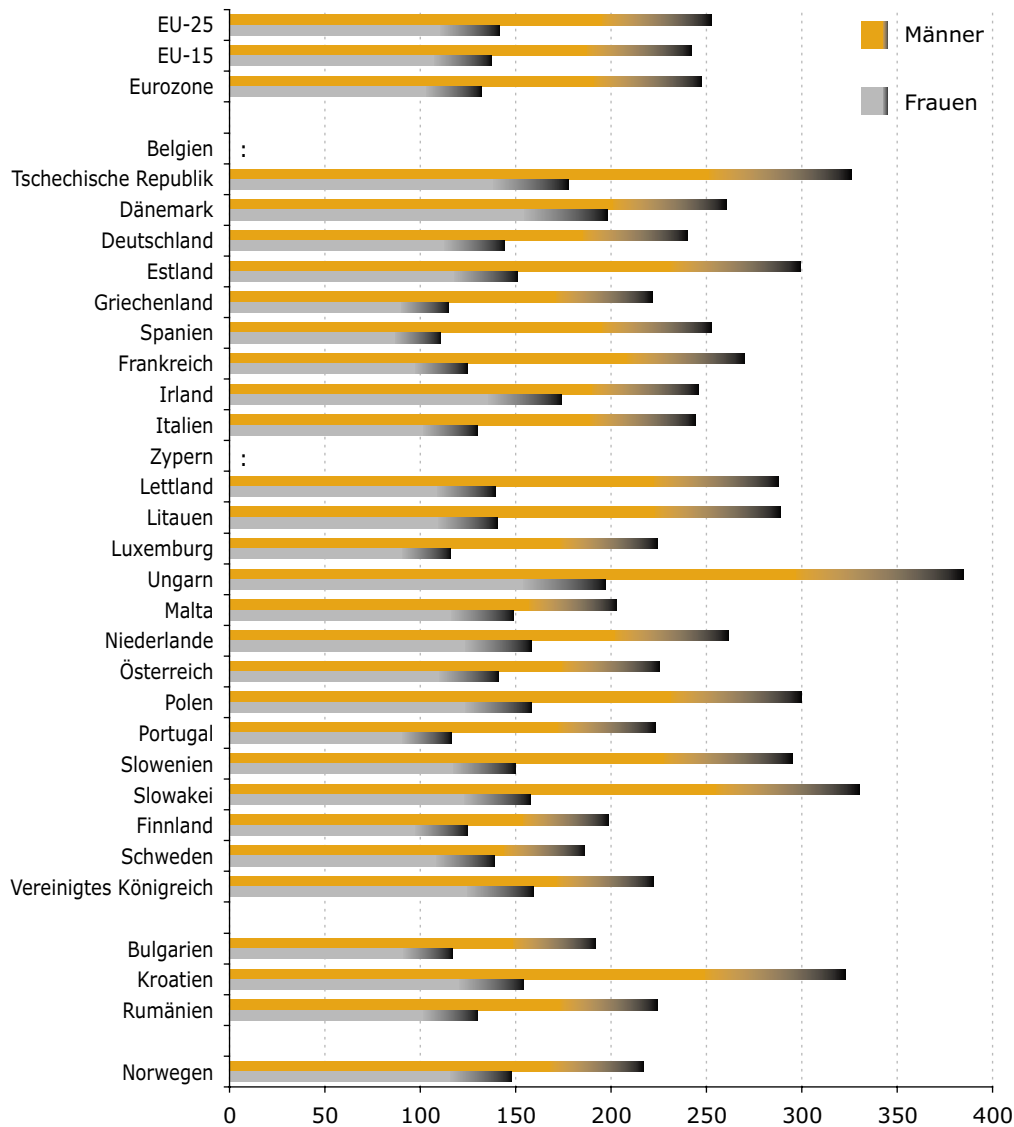
Tod durch ischämische Herzkrankheiten im Jahr 2000
Pro 100 000 Personen



2



Tod durch Krebs im Jahr 2000 Pro 100 000 Personen



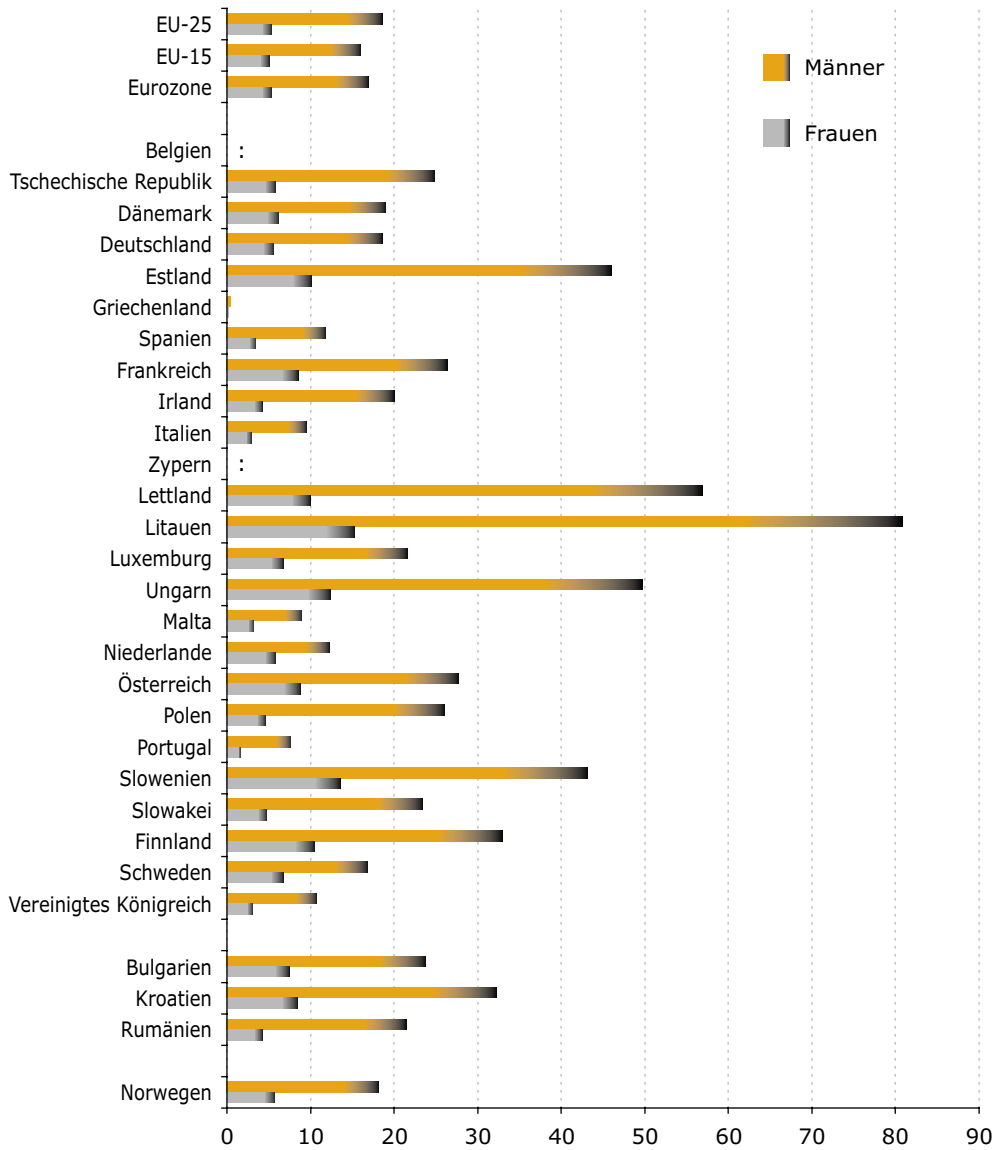
der Arbeit eintretendes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Dazu zählen nicht Wegeunfälle zwischen der Wohnung und dem Arbeitsplatz, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten.

Ein Vergleich der Daten für 1994 und 2000 zeigt einen Rückgang der standardisierten Sterbeziffer durch Krebs, ischämische Herzkrankheiten, Selbstmord und Straßenverkehrsunfälle. Große Unterschiede gibt es zwischen den standardisierten Sterbeziffern von Männern und Frauen. In

den 25 Ländern, die die heutige EU bilden, war die standardisierte Sterbeziffer für Krebs bei Männern (2000: 253 je 100 000 Einwohner) höher als bei Frauen (141). 2000 war die Sterblichkeit durch ischämische Herzkrankheiten bei Männern (152) etwa doppelt so hoch wie bei Frauen (76). Bei den Todesfällen durch Selbstmord und Verkehrsunfälle sind die standardisierten Sterbeziffern für Männer mehr als dreimal so hoch wie für Frauen (19 für Männer und 5 für Frauen bzw. 17 für Männer und 5 für Frauen).



Todesfälle durch Selbstmord im Jahr 2000
Pro 100 000 Personen



Griechenland 0,4 (Männer), 0,1 (Frauen).

„Inzidenz“ ist die Anzahl der Fälle, die in einer Bevölkerung in einem festgelegten Zeitraum neu auftreten. Sie kann als die Zahl neuer Fälle einer Krankheit (oder Störung) pro 100 000 Einwohner in einem bestimmten Jahr ausgedrückt werden. Gegenüber 1992 ist die Inzidenz von Tuberkulose in den meisten europäischen Ländern zurückgegangen, in einigen erheblich. Nur in sechs Ländern

ist die Inzidenz von Tuberkulose angestiegen. Die höchsten Raten der heutigen 25 EU-Länder wiesen die baltischen Länder auf: Lettland 88 je 100 000 Einwohner, Litauen 82 und Estland 59. Diese Werte sind mehr als doppelt so hoch wie 1992. Von den EU-15-Ländern verzeichnete lediglich Portugal 2002 einen hohen Wert (44). Die niedrigsten Werte melden Zypern und Schweden.

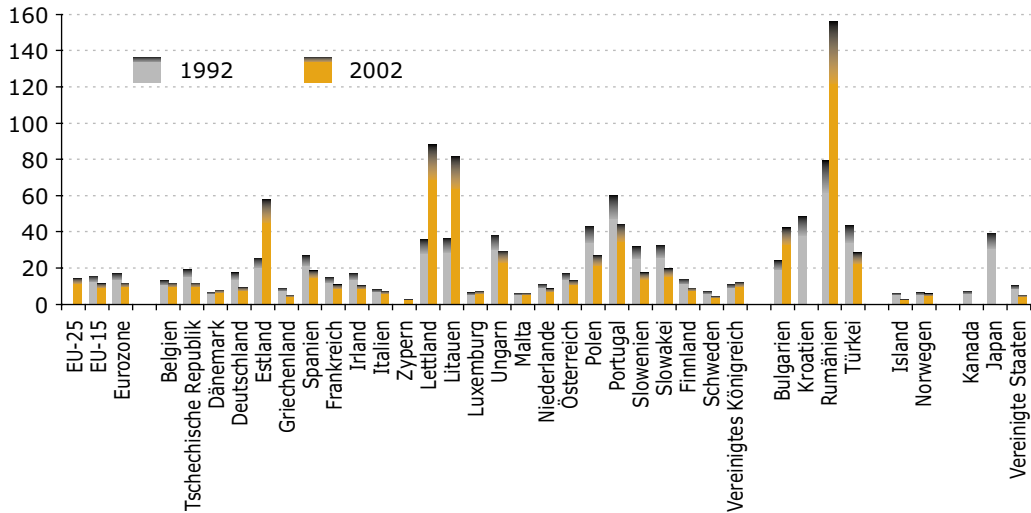


Tuberkulose und Salmonellose sind übertragbare Krankheiten. Übertragbare Krankheiten oder Infektionskrankheiten verursachen innerhalb der Europäischen Union eine signifikante Morbidität oder Mortalität bzw. können diese verursachen. Daher kann der Informationsaustausch die Wirkung einer Frühwarnung angesichts einer

Bedrohung der öffentlichen Gesundheit haben. Sowohl Tuberkulose als auch Salmonellose sind Gegenstand der Entscheidung 2002/253/EG der Kommission vom 19. März 2002 zur Festlegung von Falldefinitionen für die Meldung an das Gemeinschaftsnetz. Daten über Tuberkulose werden über das EuroTB-Netz erfasst.

Fälle von Tuberkulose

Pro 100 000 Personen

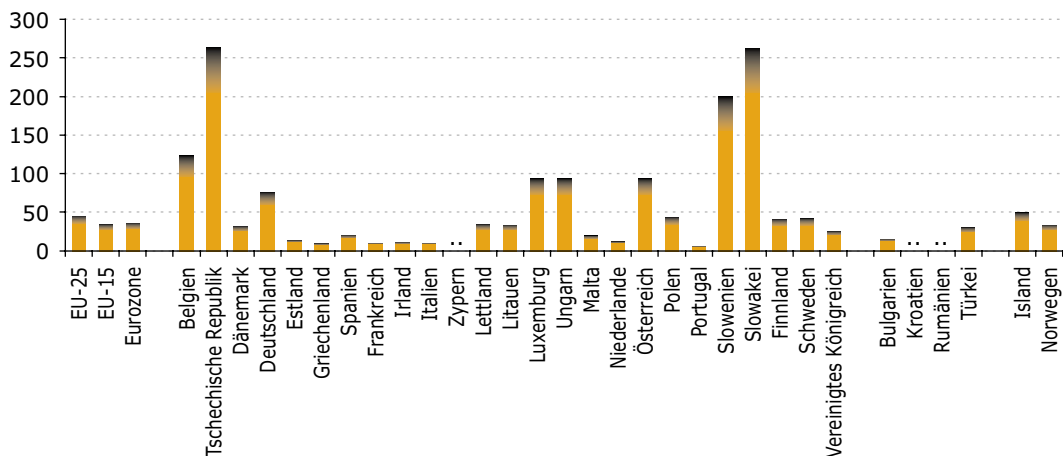


Quelle: EuroTB, das hauptsächlich durch die Europäische Kommission (GD Gesundheit und Verbraucherschutz) finanziert und gemeinsam vom Französischen Institut zur Überwachung der Volksgesundheit (Institut de Veille Sanitaire, InVS) und der Königlichen Niederländischen Tuberkulosevereinigung (KNCV) verwaltet wird.

Krankheiten (wie Tuberkulose), die innerhalb der EU eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch als Frühwarnung vor einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit dienen kann, werden in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Meldepflicht erfasst. Die Daten über Tuberkulose werden vom Netzwerk EuroTB registriert, das von der EU unterstützt wird.

Fälle von Salmonellose im Jahr 2003

Pro 100 000 Personen



Quelle: EU-Netz für die Überwachung übertragbarer Krankheiten.

Krankheiten wie Salmonellose, die innerhalb der EU eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch als Frühwarnung vor einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit dienen kann, werden in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Meldepflicht erfasst.



Bildung

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Bildungsstand der Bevölkerung
- Neuzugänge, Schüler- und Studierendenzahlen und Absolvenczzahlen nach Alter und Geschlecht
- Bildungsstufe und Art der Ausbildung
- Studienfächer
- Ausländische Studierende
- Fremdsprachenunterricht
- Beschäftigte im Bildungswesen
- Klassengrößen
- Ausgaben für Bildung
- Regionale Schüler- und Studierendenzahlen

2

Bildung als entscheidender Faktor

Allgemeine Bildung, berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen spielen eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtstrategie für die Europäische Union. Die Zielsetzungen von Lissabon können nur durch effiziente Ressourcennutzung, qualitative Verbesserungen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Umsetzung einer kohärenten Strategie für das lebenslange Lernen auf nationaler Ebene erreicht werden.

Der Europäische Rat hat für die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung strategische Zielsetzungen festgelegt, die bis 2010 erreicht werden sollen. Um die Fortschritte auf diesem Weg zu messen, bedarf es einer großen Vielzahl an qualitativ hochwertigen und vergleichbaren statistischen Daten zu Bildungsstand, Teilnahme an Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Absolventen, Lehrpersonen, Fremdsprachenunterricht, Mobilität und Investitionen.

Die Daten des Europäischen Statistisches Systems zur allgemeinen und beruflichen Bildung dienen als Grundlage zur Erstellung von Indikatoren, mit denen die Leistungen des Bildungssektors in der Union und der Fortschritt auf dem Weg zu einer



wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen des umfassenderen Konzepts „Lebenslanges Lernen“ gemessen werden können.

Die jüngere Generation ist höher qualifiziert

Ein Vergleich der gegenwärtigen Absolventen des Bildungssystems mit früheren Generationen ermöglicht es, die Entwicklung über einen langen Zeitraum von ca. 30 Jahren hinweg zu verfolgen.

Im Verlauf der letzten 30 Jahre haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim höch-

ten erreichten Bildungsgrad in der gesamten Union verringert. In der jüngeren Generation haben die Frauen die Männer hier sogar leicht überholt.

Eine höhere Qualifikation verringert das Risiko der Arbeitslosigkeit ...

Allgemein lässt sich feststellen, dass höhere Bildungsabschlüsse die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten verringern, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Politischer Hintergrund

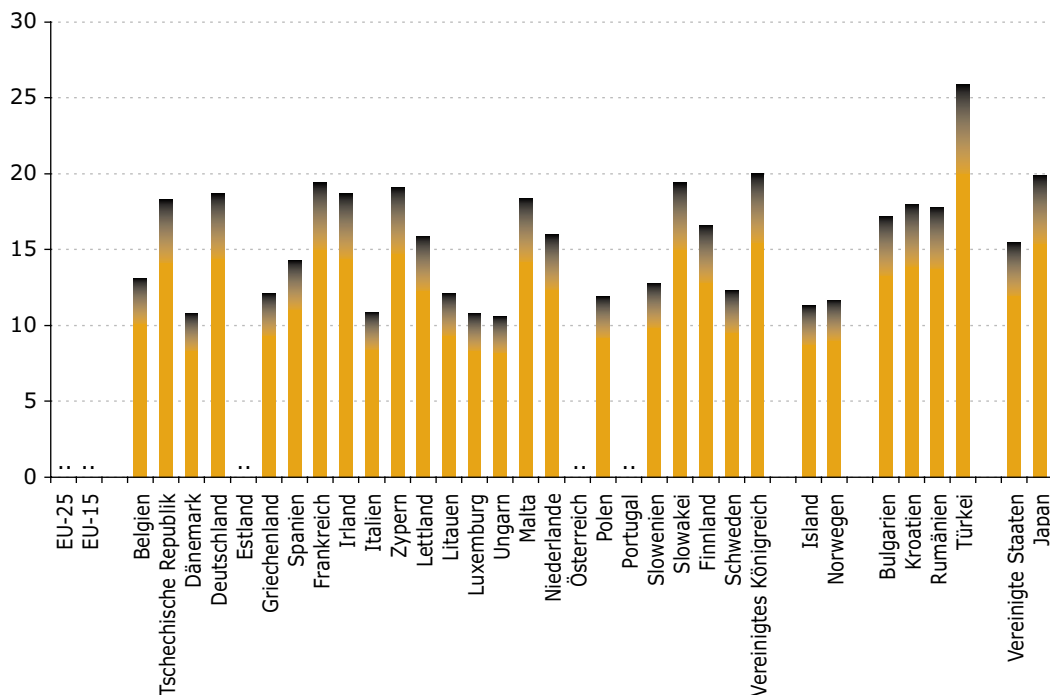
„Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hoch stehenden Bildung dadurch bei,

dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten ... erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“ „Die Gemeinschaft führt eine Politik der beruflichen Bildung durch, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ... unterstützt und ergänzt.“ (EG-Vertrag, Titel XI, Kapitel 3, Artikel 149 Absatz 1 und Artikel 150 Absatz 1).

In ihrer Mitteilung über die Zukunft der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) hebt die Kommission die Bekämpfung von Schulversagen und Schulabbruch und die Anhebung des Bildungsniveaus als vorrangiges Ziel der neuen Strategie hervor. Die Schaffung der Voraussetzungen für den künftigen Zugang zum lebenslangen Lernen stellt für viele derzeitige und künftige Mitgliedstaaten nach wie vor eine bedeutende Herausforderung dar.

Im Alter von 17 bis 19 Jahren wird in den EU-Ländern in der Regel die Sekundarstufe II abge-

Verhältnis Schüler/Lehrer im Primarbereich im Jahr 2003



Belgien: Daten ohne die deutsche Gemeinschaft und ohne unabhängige private Institutionen. Dänemark, Island: ISCED 2 ist in ISCED 1 enthalten. Luxemburg, Norwegen: nur öffentlicher Bereich. Niederlande: ISCED 1 enthält ISCED 0.

Die Schüler-Lehrer-Quote errechnet sich aus der Zahl der Schüler und Schülerinnen in Vollzeitäquivalenten, die durch die Zahl der Lehrkräfte in Vollzeitäquivalenten in der ISCED-Stufe 1 geteilt wird. Es werden ausschließlich unterrichtende Lehrer (einschließlich Sonderpädagogen) berücksichtigt. Die Schüler-Lehrer-Quote ist nicht mit der durchschnittlichen Klassenstärke identisch, denn Letztere berücksichtigt keine besonderen Umstände wie die geringe Größe der Gruppen von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, seltene/spezialisierte Fächer oder Unterschiede zwischen den erteilten Unterrichtsstunden und den vorgesehenen Unterrichtsstunden für die Schüler, wenn eine Lehrkraft beispielsweise Schichtunterricht erteilt.



Schüler und Studenten

Ohne Elementarbereich; in 1 000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	90 391,1	90 505	90 746,6	92 052,7	91 677,4
EU-15	70 917,2	72 303,1 (e)	73 000,7	73 359,6	73 379,9	73 295,7	:	74 387,9	74 323,2	74 400,4	75 674	75 357
Eurozone	56 318,5	56 812,2 (e)	5 7104,8	57 018,6	56 882,6	56 758,3	:	56 490,1	56 276,2	56 226,3	56 106,5	56 259,8
Belgien	2 033,1	2 086,8	2 112,6	2 153	2 160	2 168,3	:	2 206,8 (i)	2 234,8 (i)	2 303,5 (i)	2 332,6 (i)	2 373,0 (i)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	1 913,9	1 875,2	1 906,2	1 931,8	1 935,3	1 927,7
Dänemark	932,8	936,6	942	943	942	954,6	972,7	988,3	1 003	1 029,4	1 046	1 069,4
Deutschland	13 337,7 (i)	13 629,0 (i)	13 842,0 (i)	14 035,2 (i)	14 209,7 (i)	14 440,7 (i)	14 567,6 (i)	14 580,9 (i)	14 549,3 (i)	14 515,1 (i)	14 510,7 (i)	14 525,4 (i)
Estland	:	:	:	:	:	:	289,9	295,5	302,9	305,9	304	298,4
Griechenland	1 859,9	1 891,7	1 889	1 850	1 839,6	1 832,8	1 904,3	1 858,8	1 883,5	1 905,7	1 975,3	1 960,7
Spanien	8 773,1	8 813	8 778,4	8 636,7	8 508,9	8 239,1	8 086,8	7 898,3	7 768,6	7 597,3	7 461,2	7 381,6
Frankreich	11 911,4	11 998	12 144,7	12 148	12 137,2	12 130,8	12 092,3	12 022	11 933,8	11 849,1	11 791,2	11 884,1
Irland	886,2	892,3	897,5	893	885,3	886,5	1000	994,1	990,1	986,8	992,2	1 000,8
Italien	9 552,7	9 467	9 572	9 433,1	9 299,7	9 305,5	9 202,3	9 151,1	9 049,2	9 143,6	9 198,7	9 266,2
Zypern	:	:	:	:	:	136,0 (i)	:	138,1 (i)	138,0 (i)	139,6 (i)	141,5 (i)	145,9 (i)
Lettland	:	:	:	:	:	:	470,6	484,6	498,6	509,7	510,1	505,8
Litauen	:	:	:	:	:	:	713	739,1	766,8	787,3	796,6	806,8
Luxemburg	48,7 (i)	:	52,3 (i)	54,0 (i)	57,0 (i)	60,2 (i)	62,2 (i)	67,6 (i)	68,7 (i)	70,3 (i)	72,0 (i)	72,9 (i)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	1 855,1	1 879,4	1 905,6	1 924,2	1 945,5	1 968,2
Malta	:	:	:	:	:	:	:	78,1	77,6	77,9	77,1	78,6
Niederlande	3 533,6	3 539	3 241,1	3 201	3 179,3	3 115,7	3 136	3 122,6	3 171,1	3 217,3	3 208,1	3 238,9
Österreich	1 351,6	1 372	1 387,1	1 401,5	1 412,4	1 416	1 426,1	1 442,9	1 458,8	1 463,6	1 422,1	1 429
Polen	:	:	:	:	:	:	8 866,8	9 002,6	9 073,8	9 152,5	9 153,1	9 077,3
Portugal	2 023,7	2 098,9	2 144,5	2 166	2 134,3	2 085,4	2 076,3	2 019,5	2 015,9	2 002,4	1 963,6	1 934,9
Slowenien	:	:	:	:	:	:	385,5 (i)	391,5 (i)	389,4 (i)	403,3 (i)	407,1 (i)	407,7 (i)
Slowakei	:	:	:	:	:	:	1 122,9	1 119	1 122,8	1 114	1 108,5	1 104
Finnland	1 006,8	1 024,5	1 043,6	1 047,1	1 059,2	1 077,3	1 100,6	1 125,5	1 152,3	1 171,7	1 178,8	1 192,5
Schweden	1 377	1 623	1 655,7	1 697,9	1 753,3	1 814,3	1 961,9	2 075	2 089,5	2 106,9	2 114,8	2 118,8
Vereinigtes Königreich	12 288,7	12 931,3	13 298,4	13 700,1	13 801,7	13 768,5	13 231,5	14 834,5	14 954,5	15 037,9	16 406,7	16 043
Island	62	:	:	67	67,2	68	71,3	71,6	73,5	74,4	76,8	80
Liechtenstein	:	:	:	:	5	5,2	:	:	4,5	:	:	5,9 (i)
Norwegen	850	:	895	858	865,2	884	957,8	980,8	989,3	993,1	1 005,2	1 036,2
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	1 403,9	1 389,5	1 357,1	1 322	1 274,9	1 273,9
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	725,2
Rumänien	:	:	:	:	:	:	4 019,8 (i)	4 006,4 (i)	3 962,1 (i)	3 954,2 (i)	3 938,5 (i)	3 914,7
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	13 570,9	13 168,8	14 893,2	15 389,1	15 564,9
Vereinigte Staaten	56 564	57 979	58 573	59 225	59 781	60 622	61 816,1	62 795,2	62 323,3	63 652,7	64 440,4	65 738
Japan	:	:	22 842	22 409	22 346	:	21 367,7	20 907,6	20 582,9	20 254,1	19 956,3	19 646,2

Belgien: Daten ohne unabhängige private Institutionen. Deutschland, Slowenien, Rumänien: ISCED 6 fehlt. Luxemburg, Zypern, Liechtenstein: die meisten Studenten im Tertiärbereich studieren im Ausland und sind in den Daten nicht enthalten.

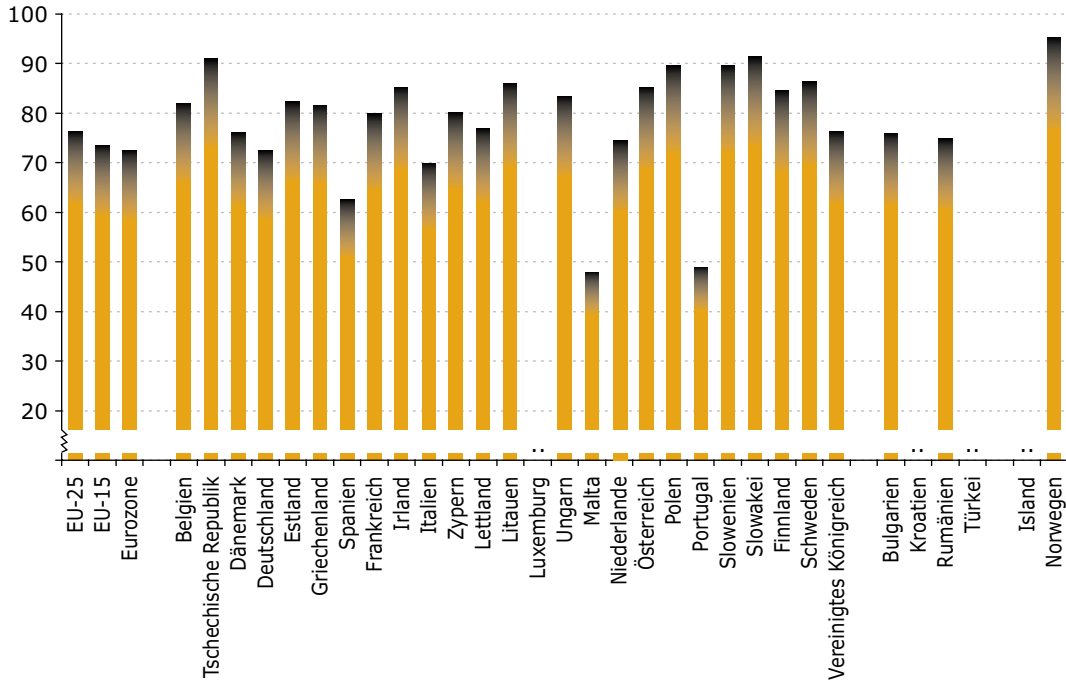
Diese Tabelle enthält die Gesamtzahl der Personen, die Einrichtungen des regulären Bildungssystems im jeweiligen Land besuchen. Sie bezieht sich auf alle Bildungsbereiche vom Primarbereich bis zum Postgraduiertenstudium. Diese Zahl entspricht der Zielbevölkerung der Bildungspolitik.



2

Bildungsstand der Jugendlichen – insgesamt, 2004

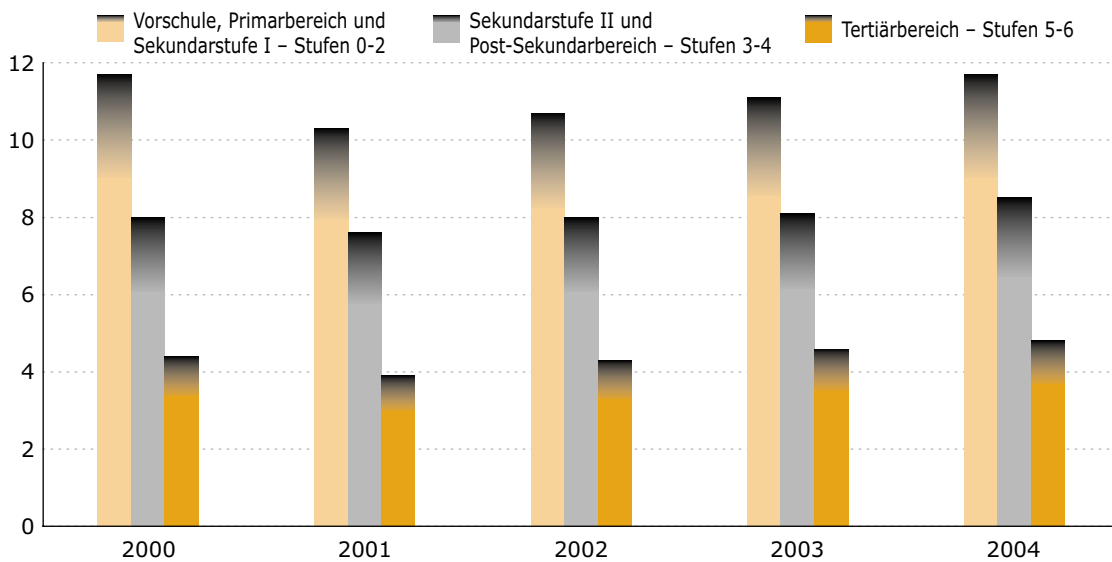
Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss



Der Indikator „Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen“ wird definiert als der Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss, d. h. mit mindestens einem Bildungsabschluss von ISCED 3-4 (Zähler). Der Nenner ist die Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe ohne die Personen, die die Fragen „höchster erreichter Ausbildungsstand“ nicht beantwortet haben. In beiden Fällen stammen die Werte im Zähler und im Nenner aus der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft.

Arbeitslosenquoten in der EU-25 nach Bildungsniveau (1)

Bevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren; in %

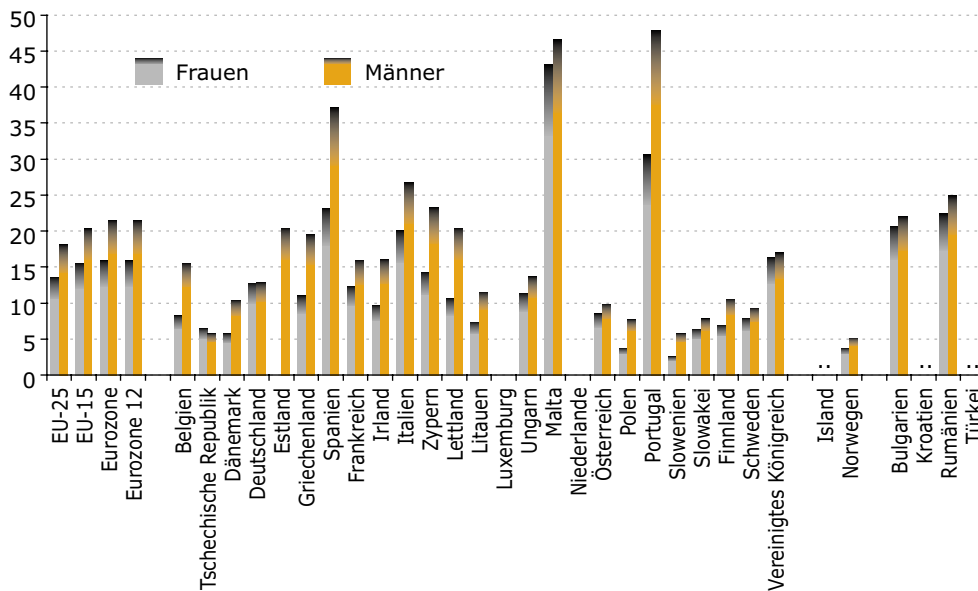


(1) Stufen nach ISCED 1997.

Die Indikatoren beziehen sich auf die Gruppe der 25- bis 59-Jährigen. Sie geben die nach Bildungsstand aufgeschlüsselte Wahrscheinlichkeit dafür an, dass eine arbeitswillige Person arbeitslos ist. Die Indikatoren liefern ein Maß für die Schwierigkeiten, mit denen Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind, und vermitteln eine Vorstellung davon, wie sich die Bildung auf die Reduzierung des Risikos der Arbeitslosigkeit auswirkt.



Frühe Schulabgänger im Alter von 18 bis 24 Jahren im Jahr 2004
In % der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe



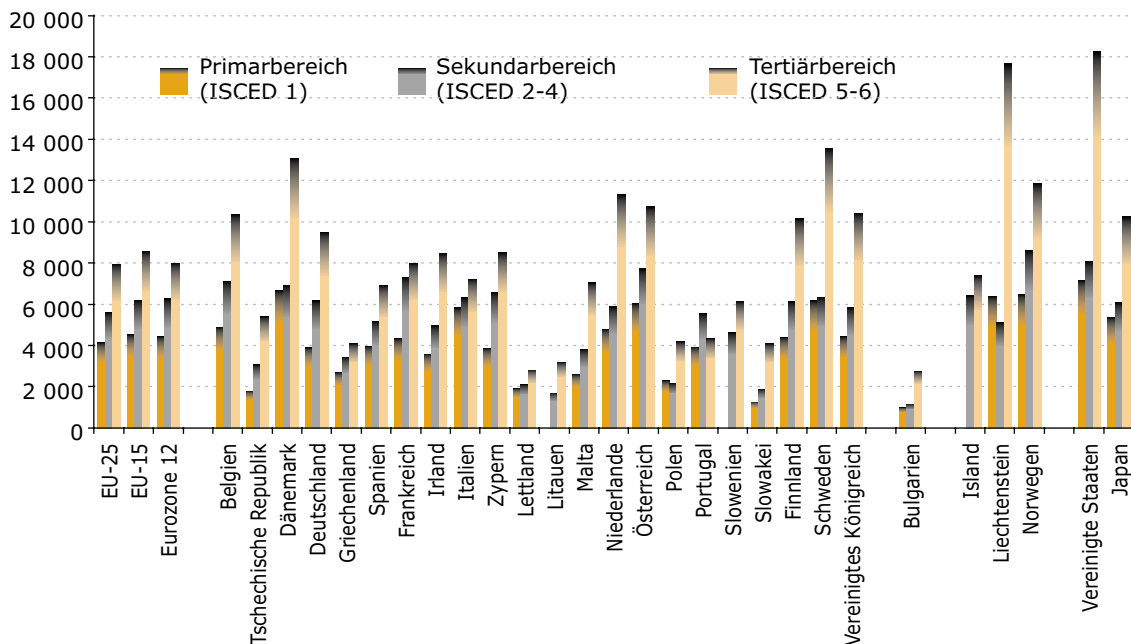
Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Vereinigtes Königreich, Island: vorläufige Werte.

geschlossen. Eurostat erfasst den prozentualen Anteil junger Menschen knapp über diesem Alter, die keine (abgeschlossene) Ausbildung der

Sekundarstufe II haben und gegenwärtig auch nicht an einer Ausbildungsmaßnahme teilnehmen.

Jährliche Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Student im Jahr 2002

Nach Bildungsniveau; in KKS, auf der Grundlage von Vollzeitäquivalenten



Anhand der Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierenden lässt sich messen, wie viel der zentralen, regionalen und lokalen Ebenen des Staates, die privaten Haushalte, die Religionsgemeinschaften und die Unternehmen pro Schüler/Studierenden ausgeben. Dies beinhaltet Personalausgaben, den laufenden Sachaufwand und Investitionsausgaben.

Studenten

Tertiärbereich; in 1 000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	14 891,7	15 206,8	15 737,2	16 328,7	16 887,3
EU-15	10 113,9	10 845,1	11 512,7	11 810,4 (e)	11 933,1	12 265,9	12 163,3 (i)	12 721,2	12 764,4	13 020,5	13 399,7	13 815,8
Eurozone 12	8 371,3	8 929,5	9 444,6	9 581,2 (e)	9 684,6	9 918,8	:	9 919,2	10 003,1	10 204,2	10 372,2	10 685,3
Belgien	285,9	307,1	322,4	353	358,2	360,9	:	351,8 (i)	355,7 (i)	359,3 (i)	367,0 (i)	374,7 (i)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	196	215	231,2	253,7	260	284,5	287
Dänemark	150,2	164,4	169,6	170	166,5	180,4	183,3	190	189,2	190,8	195,3	201,7
Deutschland	2 033,7 (i)	2 112,6 (i)	2 132,2 (i)	2 155,7 (i)	2 144,2 (i)	2 131,9 (i)	2 097,7 (i)	2 087,0 (i)	2 054,8 (i)	2 083,9 (i)	2 159,7 (i)	2 242,4 (i)
Estland	:	:	:	:	:	39	43,1	48,7	53,6	57,8	60,6	63,6
Griechenland	199,7	299	314	:	329,2	363,2	374,1	387,9	422,3	478,2	529,2	561,5
Spanien	1 301,7	1 370,7	1 469,5	1 527	1 591,9	1 684,4	1 746,2	1 786,8	1 829	1 833,5	1 832,8	1 840,6
Frankreich	1 840,3	1 952	2 083,2	2 073	2 091,7	2 062,5	2 027,4	2 012,2	2 015,3	2 031,7	2 029,2	2 119,1
Irland	101,1	108,4	117,6	122	128,3	134,6	142,8	151,1	160,6	166,6	176,3	181,6
Italien	1 533,2	1 615	1 770,3	1 791,7	1 775,2	1 892,5	1 869,1	1 797,2	1 770	1 812,3	1 854,2	1 913,4
Zypern	:	:	:	:	:	10,0 (i)	:	10,8 (i)	10,4 (i)	11,9 (i)	13,9 (i)	18,3 (i)
Lettland	:	:	:	:	:	62	70,2	82	91,2	102,8	110,5	118,9
Litauen	:	:	:	:	:	84	96,4	107,4	121,9	135,9	148,8	167,6
Luxemburg	1,0 (i)	:	1,8 (i)	:	1,7 (i)	1,8 (i)	1,8 (i)	2,7 (i)	2,4 (i)	2,5 (i)	3,0 (i)	3,1 (i)
Ungarn	:	:	:	:	:	203	254,7	279,4	307,1	330,5	354,4	390,5
Malta	:	:	:	:	:	:	:	5,8	6,3	7,4	7,3	8,9
Niederlande	493,6	507	532,4	503	491,7	469	461,4	469,9	487,6	504	516,8	526,8
Österreich	216,5	221	227,4	234	239	240,6	247,5	252,9	261,2	264,7	223,7	229,8
Polen	:	:	:	:	:	:	1 191,1	1 399,1	1 579,6	1 775	1 906,3	1 983,4
Portugal	190,9	247,5	276,4	301	319,5	350,9	351,8	356,8	373,7	387,7	396,6	400,8
Slowenien	:	:	:	:	:	53,0 (i)	68,1 (i)	79,1 (i)	83,8 (i)	91,5 (i)	99,2 (i)	101,5 (i)
Slowakei	:	:	:	:	:	102	112,8	122,9	135,9	143,9	152,2	158,1
Finnland	173,7	188,2	197,4	205	214	226,5	250	262,9	270,2	279,6	283,8	291,7
Schweden	207,3	222,8	234,5	245,9	261,2	275,2	280,7	335,1	346,9	358	382,9	414,7
Vereinigtes Königreich	1 385,1	1 528,4	1 664	1 813,3	1 820,8	1 891,5	1 938,4	2 081	2 024,1	2 067,3	2 240,7	2 287,8
Island	6	:	:	7	7,5	7,9	8,1	8,5	9,7	10,2	11,6	13,3
Liechtenstein	:	:	:	:	0,1	0,1	:	:	0,5	:	:	0,4
Norwegen	154	:	177	173	180,4	185,3	183	187,5	190,9	189,9	197,1	212,4
Bulgarien	:	:	:	:	:	263	260,5	270,1	261,3	247	228,4	230,5
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	121,7
Rumänien	:	:	:	:	:	354,0 (i)	360,6 (i)	407,7 (i)	452,6 (i)	533,2 (i)	582,2 (i)	643,9
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	1 464,7	1 015,4	1 607,4	1 677,9	1 918,5
Vereinigte Staaten	14 359	14 486	14 305	14 279	14 262	14 300	13 284	13 769,4	13 202,9	13 595,6	15 928	16 611,7
Japan	:	:	3 841	3 918	3 945	:	3 963,7	3 940,8	3 982,1	3 972,5	3 966,7	3 984,4
Kanada	1 943	2 633	2 662	1 784	1 763	1 717	1 179	1 193	:	:	:	:

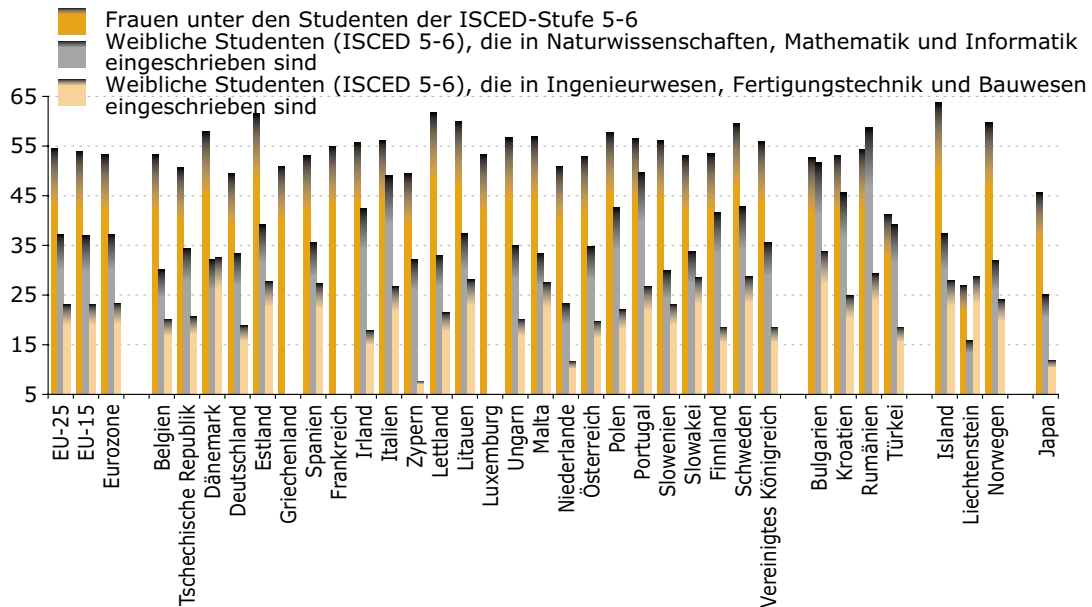
Belgien: Daten ohne unabhängige private Institutionen. Deutschland, Rumänien und Slowenien: Angaben zu ISCED 6 fehlen. Luxemburg, Zypern, Liechtenstein: Die meisten Studenten studieren im Ausland und sind in den Daten nicht enthalten.

Diese Tabelle enthält die Gesamtzahl der Personen, die eine Einrichtung des Tertiärbereichs (Hochschule oder sonstige Einrichtung des Tertiärbereichs) im Rahmen des regulären Bildungssystems des betreffenden Landes besuchen. Sie bezieht sich auf die Zielbevölkerung der Bildungspolitik für den Tertiärbereich und liefert Angaben zur Zahl der Personen, die Zugang zur Tertiärbildung haben und voraussichtlich ihre Ausbildung abschließen, so dass sie zu einer Verbesserung des erreichten Bildungsstands der Bevölkerung im betreffenden Land beitragen, falls sie nach dem Ende der Ausbildung in diesem Land leben und arbeiten.



Anteil der weiblichen Studierenden im Tertiärbereich im Jahr 2003

Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik, Ingenieurwissenschaften, Fertigungstechnik und Bauwesen insgesamt; in %



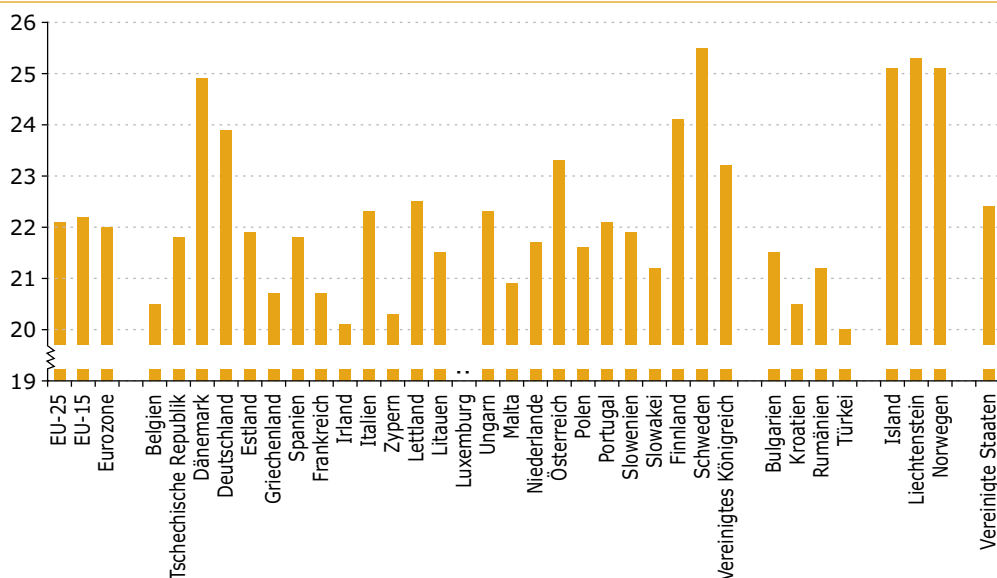
Datenextraktion am 16. August 2005. Belgien: Daten ohne unabhängige private Institutionen. Deutschland, Slowenien: ISCED 6 fehlt. Luxemburg, Zypern: die meisten Studenten im Tertiärbereich studieren im Ausland und sind in den Daten nicht enthalten.

Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden im Tertiärbereich für alle Bildungsbereiche und an den Studierenden der Fachrichtung „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ sowie der Fachrichtung „Ingenieurwesen, verarbeitende Industrie und Bauindustrie“ dar. Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1997er Ausgabe der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED 97) und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999).

Fast überall in der Europäischen Union studieren an den Hochschulen mehr Frauen als Männer. Deutschland ist die einzige Ausnahme.

Durchschnittsalter im Tertiärbereich im Jahr 2003

Jahre



Belgien: Daten ohne unabhängige private Institutionen. Deutschland, Slowenien: ISCED 6 fehlt. Luxemburg, Zypern: die meisten Studenten im Tertiärbereich studieren im Ausland und sind in den Daten nicht enthalten.

Das Medianalter einer gegebenen Population ist das Alter, das diese Gruppe in zwei gleich große Hälften teilt. Im vorliegenden Fall bedeutet dies, dass die eine Hälfte der Population, d. h. Personen in der Tertiärausbildung (ISCED 5 und 6), jünger und die andere Hälfte älter als das Medianalter ist.

Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung im Jahr 2002

In % des BIP



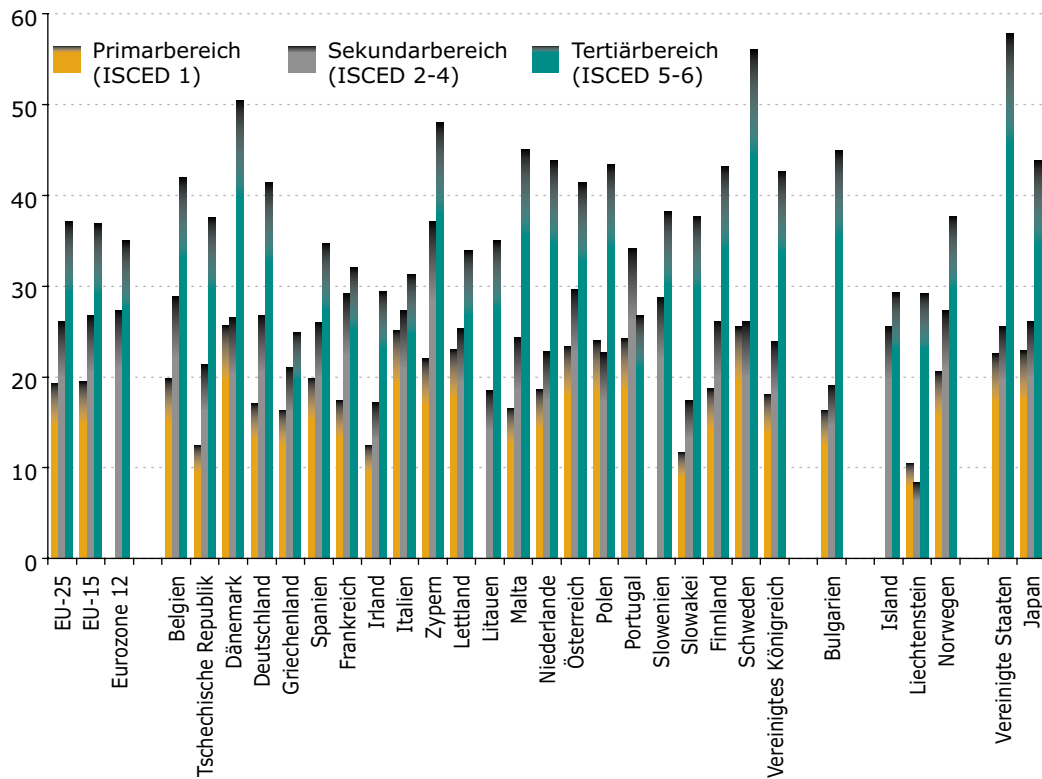
Liechtenstein	2,95	Rumänien	3,53	Türkei	3,56	Bulgarien	3,57	Japan	3,60	Griechenland	3,96	Luxemburg	3,99	Irland	4,32	Kroatien	4,32	Slowakei	4,35	Tschechische Republik	4,41	Spanien	4,44	Malta	4,54	Italien	4,75	Deutschland	4,78	Eurozone	5,07	Niederlande	5,08	EU-15	5,22	EU-25	5,23	Vereinigtes Königreich	5,25	Vereinigte Staaten	5,35	Ungarn	5,51	Polen	5,60	Österreich	5,67	Estland	5,69	Frankreich	5,81	Lettland	5,82	Portugal	5,83	Litauen	5,89	Slowenien	6,02	Belgien	6,26	Finnland	6,39	Zypern	6,83	Island	7,12	Norwegen	7,63	Schweden	7,66	Dänemark	8,51
---------------	------	----------	------	--------	------	-----------	------	-------	------	--------------	------	-----------	------	--------	------	----------	------	----------	------	-----------------------	------	---------	------	-------	------	---------	------	-------------	------	-----------------	------	-------------	------	--------------	------	--------------	------	------------------------	------	--------------------	------	--------	------	-------	------	------------	------	---------	------	------------	------	----------	------	----------	------	---------	------	-----------	------	---------	------	----------	------	--------	------	--------	------	----------	------	----------	------	----------	------

2

Üblicherweise finanziert die öffentliche Hand das Bildungswesen – entweder durch direkte Übernahme der laufenden und investiven Ausgaben der Bildungseinrichtungen (direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen) oder durch Unterstützung von Studierenden und deren Familien mittels Stipendien und staatlichen Darlehen sowie durch den Transfer von staatlichen Beihilfen für die Erbringung von Bildungsleistungen an private Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbscharakter (Transfers an private Haushalte und Unternehmen). Beide Arten von Transaktionen zusammengenommen sind als öffentliche Bildungsausgaben ausgewiesen.

Jährliche Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/ Studierenden im Vergleich zum BIP pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 2002

Nach Bildungsniveau; basierend auf Vollzeitäquivalenten; in % des BIP



Quelle: Datenerfassung durch Unesco/OECD/Eurostat.

Bei den jährlichen Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierenden im Vergleich zum BIP pro Kopf der Bevölkerung werden die in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen für die Bildung aufgewendeten Mittel (z.B. Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben) zur wirtschaftliche Situation eines Landes ins Verhältnis gesetzt. Als Grundlage dienen Vollzeitäquivalente. Durch die Verwendung des BIP pro Kopf der Bevölkerung lassen sich unterschiedlich große Volkswirtschaften, unabhängig von den Preisniveaus (in KKS) der Länder, in Bezug auf die jeweilige Wirtschaftskraft (pro Kopf) miteinander vergleichen.



Betriebliche Weiterbildung

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Berufliche Bildungspolitik und Organisation der beruflichen Weiterbildung
- Weiterbildungskurse und „sonstige“ Formen der Weiterbildung
- Weiterbildende und nicht weiterbildende Unternehmen
- Teilnahme an Weiterbildungskursen
- Arbeitszeitaufwand für die berufliche Weiterbildung
- Kosten und Finanzierung von Weiterbildungskursen
- Sachgebiete und Anbieter von Weiterbildungskursen
- Evaluation der beruflichen Weiterbildung
- Einführung neuer Technologien und Weiterbildungsmaßnahmen

2

Entwicklung des Humankapitals

Indikatoren über Investitionen in Humankapital erlangen eine wachsende Bedeutung, denn sie geben Aufschluss über die persönlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Bemühungen, die Qualifikationen der Belegschaft auf dem neuesten Stand zu halten. Die Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Rahmen einer kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung ist ein wesentlicher Bestandteil des lebenslangen Lernens und reflektiert gleichzeitig die Bedeutung, die die Unternehmen der Qualifikation ihrer Mitarbeiter beimessen.

und soziale Sicherheit sowie wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit als wesentlicher Faktor, und zwar über die gesamte Lebensdauer hinweg. Diese Einsicht ist Ausdruck der langfristigen Strategie des Gipfels von Lissabon zur Verbesserung der Beschäftigungslage und des sozialen Zusammenhalts in einer wissensbasierten Gesellschaft und Volkswirtschaft.

In der Entschließung des Rates vom 24. Juni 2003 zum Sozial- und Humankapital wird die Bedeutung des Lernens und der Bildung am Arbeitsplatz für den Aufbau von Sozial- und Humankapital in

Politischer Hintergrund

„Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: ... Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen“ (EG Vertrag, Titel XI, Kapitel 3, Artikel 150 Absatz 2).

In Absatz 1.1 ihrer Mitteilung vom November 2001 mit dem Titel „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“ stellt die Kommission fest: „Der Europäische Rat von Lissabon bekräftigte die Rolle des lebenslangen Lernens als Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells.“ Lernen beschränkt sich nicht mehr nur auf den Bereich der allgemeinen Bildung, sondern gilt auch in den Bereichen Beschäftigung



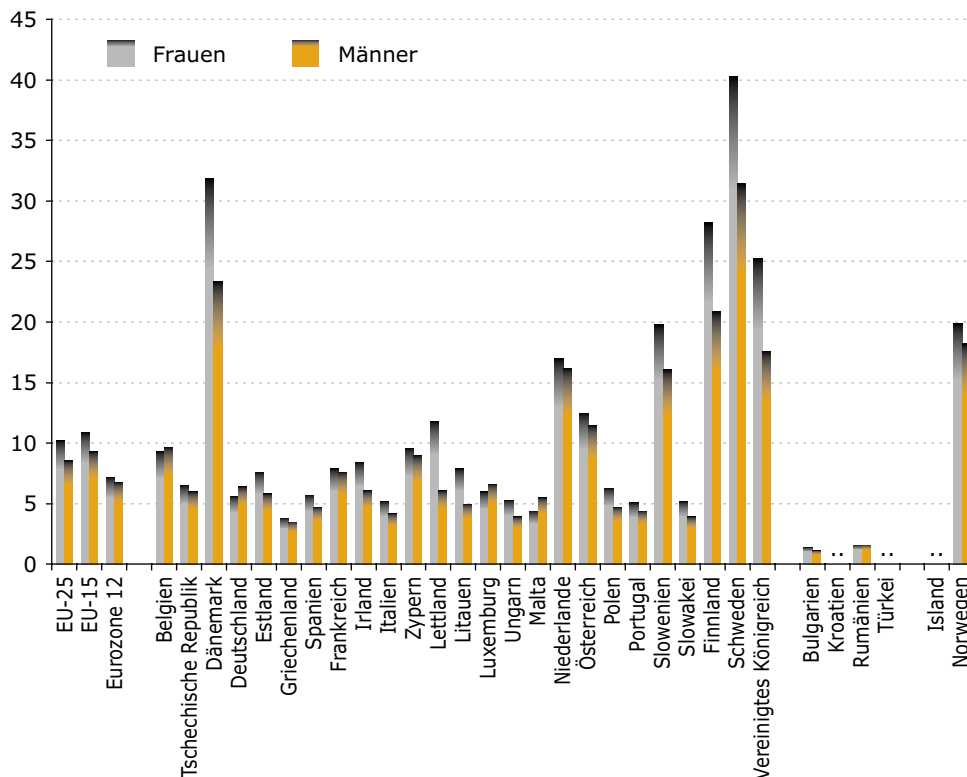
der Wissensgesellschaft betont. Insbesondere wird hervorgehoben, „[...] wie wichtig es ist, dass alle Arbeitnehmer innerhalb ihrer jeweiligen Unternehmen und Organisationen umfassend [...] einbezogen und in geeigneter Weise [...] geschult werden, was zur Förderung des Wandels beitragen kann, und sich somit bewusst sind, dass dies Vorteile in Form verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität am Arbeitsplatz bringt.“ Ferner wird auf das Problem hingewiesen, „[...] dass gut ausgebildete und geschulte Menschen einen besseren Zugang zu Bildungsmöglichkeiten haben und diesen tatsächlich auch besser nutzen als weniger gut ausgebildete und geschulte Menschen, die davon am meisten profitieren würden, wie z. B. Frauen und ältere Arbeitnehmer: ...“.

Die neue Europäische Beschäftigungsstrategie vom 22. Juli 2003 wurde überarbeitet, um den Erfordernissen einer erweiterten Europäischen Union besser gerecht zu werden, auf die Heraus-

forderungen an einen modernen Arbeitsmarkt besser zu reagieren und die Strategie von Lissabon besser umzusetzen. In zwei spezifischen Leitlinien trägt die Europäische Beschäftigungsstrategie der Notwendigkeit Rechnung, das Qualifikationsniveau durch lebenslanges Lernen zu steigern. So werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Arbeitskräftemangel und Qualifikationsengpässe entgegenzuwirken. Ferner werden sie aufgefordert, umfassende Strategien des lebenslangen Lernens umzusetzen, um allen Arbeitskräften die heute im Erwerbsleben erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln und das Ungleichgewicht zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. In den Leitlinien werden Maßnahmen vorgeschlagen, die auf eine Erhöhung der Investitionen in Humanressourcen abzielen, insbesondere durch eine beträchtliche Steigerung der Investitionen von Unternehmen in die Erwachsenenbildung.

Lebenslanges Lernen im Jahr 2004

Prozentualer Anteil der weiblichen/männlichen Erwachsenen (25 bis 64 Jahre), die an der Aus- und Weiterbildung teilnehmen



UE-25, UE-15, Eurozone, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Vereinigtes Königreich: vorläufige Werte.



Lebenslanges Lernen

Prozentualer Anteil der Erwachsenen (25 bis 64 Jahre), die an einer Aus- und Weiterbildung teilnehmen



	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	7,9 (e)	7,9 (e)	8	9,3 (b)	9,4 (p)
EU-15	:	:	:	5,7 (e)	5,7 (e)	:	8,2 (e)	8,5 (e)	8,4 (e)	8,5	10,0 (b)	10,1 (p)
Eurozone	:	:	:	:	:	:	5,7 (e)	5,7 (e)	5,5 (e)	5,5	7,0 (b)	7,0 (p)
Eurozone 12	:	:	:	:	:	:	5,5 (e)	5,6 (e)	5,5 (e)	5,5	7,0 (b)	7,0 (p)
Belgien	2,7	2,7	2,8	2,9	3	4,4	6,9 (b)	6,8	7,3	6,5	8,5	9,5 (b)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	5,9	5,4 (b)	6,3
Dänemark	15,6	15,1	16,8	18	18,9	19,8	19,8	20,8	17,8	18,4	25,7 (b)	27,6
Deutschland	:	:	:	5,7	5,4	5,3	5,5	5,2	5,2	5,8	6,0 (i)	6,0 (p)
Estland	:	:	:	:	4,3	6,3	6,5	6	5,2	5,2	6,2	6,7
Griechenland	1,1	1	0,9	0,9	0,9	1	1,2	1,1	1,4	1,2	3,7 (b)	3,7 (p)
Spanien	3,5	3,9	4,3	4,4	4,5	4,3	5,1	5,1	4,9	5	5,8	5,2
Frankreich	3	2,9	2,9	2,7	2,9	2,7	2,6	2,8	2,7	2,7	7,4 (b)	7,8
Irland	3,5	3,9	4,3	4,8	5,2	:	:	:	:	7,7	9,7 (b)	7,2 (p)
Italien	3,3 (b)	3,4	3,8	4,1	4,6	4,8	5,5	5,5	5,1	4,6	4,7	4,7 (p)
Zypern	:	:	:	:	:	:	2,6	3,1	3,4	3,7	7,9 (b)	9,3
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	8,2	8,1	9,1
Litauen	:	:	:	:	:	:	3,9	2,8	3,6	3,3 (b)	4,5	6,5 (b)
Luxemburg	2,6	3,3	2,9	2,9	2,8	5,1 (b)	5,3	4,8	5,3	7,7	6,3 (b)	6,3 (p)
Ungarn	:	:	:	:	2,9	3,3	2,9	3,1	3	3,2	6,0 (b)	4,6
Malta	:	:	:	:	:	:	:	4,5	4,6	4,4	4,2	5,0 (b)
Niederlande	14,3	13,6	13,1	12,5	12,6	12,9	13,6	15,6	16,3	16,4	16,5	16,5 (p)
Österreich	:	:	7,7	7,9	7,8	:	9,1	8,3	8,2	7,5	12,5 (b)	12
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	4,8	4,3	5	5,5 (b)
Portugal	3,2	3,5	3,3	3,4	3,5	3,1 (b)	3,4	3,4	3,4	2,9	3,7	4,8 (b)
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:	7,6	9,1	15,1 (b)	17,9
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	9	4,8 (b)	4,6
Finnland	:	:	:	16,3	15,8	16,1	17,6	19,6 (b)	19,3	18,9	25,3 (b)	24,6
Schweden	:	:	:	26,5	25	:	25,8	21,6	17,5 (b)	18,4	34,2 (b)	35,8
Vereinigtes Königreich	10,8	11,5	:	:	:	:	19,2	21,1	21,7	22,3	21,3	21,3 (p)
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	1,4	1,3	1,4	1,3
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2,1	:
Rumänien	:	:	:	:	0,9	1	0,8	0,9	1,1	1,1	1,3	1,6 (b)
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Island	:	:	14,1	15,7	16,5	19,3	20,2	23,5	23,5	24	24,0 (p)	:
Norwegen	:	:	:	16,5	16,4	:	:	13,3	14,2	13,3	19,6 (b)	19,1

Lebenslanges Lernen bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die angegeben haben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung bzw. einem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse und schließt diejenigen aus, die auf die Frage „Teilnahme an Ausbildung bzw. Unterricht“ nicht geantwortet haben. Zähler und Nenner stammen beide aus der EU-Arbeitskräfteerhebung. Die Informationen beziehen sich lediglich auf Ausbildung und Unterricht insgesamt, unabhängig von der Relevanz der gegenwärtigen bzw. künftigen Beschäftigung der Befragten.

Alter ist kein Hindernis für einen erfolgreichen Bildungs- oder Ausbildungserwerb. Die nordischen Länder verzeichneten die höchsten Anteile von 25- bis 64-Jährigen, die an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen haben.



Arbeit und Arbeitsmarkt

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Erwerbstätigkeit nach Hauptmerkmalen (Wirtschaftszweig, Beruf, Stellung im Beruf, Alter und Geschlecht)
- Geleistete Arbeitsstunden
- Vollzeit- und Teilzeitarbeit
- Befristete Arbeitsverhältnisse
- Zu sozial unverträglichen Stunden geleistete Arbeit
- Arbeitslosigkeit nach Hauptmerkmalen (Dauer, Merkmale der letzten Tätigkeit, Alter, Geschlecht, Bildungsgrad)
- Erwerbs- und Arbeitslosenquoten
- Arbeitsmarkt und Haushaltszusammensetzung

2

Arbeitsmarktstatistiken, der Mittelpunkt der EU-Politik

Die Beschäftigung ist für die Europäische Union immer von hoher politischer Bedeutung. Arbeitsmarktstatistiken stehen nun im Mittelpunkt der EU-Politik.

In den Vertrag von Amsterdam (1997) wurde ein spezielles Kapitel zur Beschäftigung aufgenommen. Im November 1997 wurden auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Luxemburg europäische Leitlinien für die Beschäftigungspolitik angenommen, die darauf abzielten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, die Beschäftigungsquoten dauerhaft zu heben und die geschlechtsspezifischen Unterschiede abzubauen.

Auf dem Lissabonner Gipfel (Frühjahr 2000) wurden Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Für das Jahr 2010 wurden die folgenden Quoten als Zielvorgaben festgelegt:

- 70 % Gesamterwerbsquote;
- 60 % Frauenerwerbsquote.

Auf dem Gipfel von Stockholm (Frühjahr 2001) wurde zusätzlich eine Erwerbsquote für Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren festgelegt, die bis 2010 bei 50 % liegen soll. Außerdem wurde als Zwischenziel vereinbart, bis 2005 die Gesamterwerbsquote auf 67 % und die Erwerbsquote der Frauen auf 57 % anzuheben.

Die Arbeitskräfteerhebung: ein unverzichtbares Instrument zur Beobachtung des Arbeitsmarkts

In diesem Zusammenhang spielt die Erhebung über Arbeitskräfte in der EU eine ständig wach-

sende Rolle. Sie ist inzwischen ein von allen Seiten anerkanntes, unverzichtbares Instrument, um die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten und die geeigneten politischen Maßnahmen zu ergreifen. Die Arbeitskräfteerhebung stellt in diesen Bereichen die einzige Informationsquelle dar, die Daten liefert, die sich tatsächlich miteinander vergleichen lassen. Die Definitionen und Verfahren sind für alle Mitgliedstaaten harmonisiert. Die Arbeitskräfteerhebung ist die wichtigste Datenquelle für diesen Abschnitt. Die Wachstumsraten für Beschäftigung basieren auf den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG-95-Übermittlungsprogramm).



Vergleichbare Daten über den europäischen Arbeitsmarkt

Ein Ziel der Arbeitskräfteerhebung ist die Erfassung der erwerbsfähigen Bevölkerung der Europäischen Union (Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren), die sich aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen zusammensetzt. Die Arbeitskräfteerhebung liefert umfassende Informationen über diese drei Personengruppen. Zur Beschreibung der Beschäftigungssituation der

Erwerbstätigen werden Daten über eine Reihe von Merkmalen erhoben, z. B. über Bildung, Wirtschaftszweig und Beruf sowie über Teilzeitarbeit, befristete/unbefristete Arbeitsverhältnisse und Stellensuche. Im Jahr 2005 vollzieht sich für alle Mitgliedstaaten die Umstellung von der einmal jährlich im Frühling durchgeführten auf eine vierteljährlich durchgeführte, fortlaufende AKE. Die Daten im Eurostat-Jahrbuch beziehen sich daher entweder auf Jahresdurchschnittswerte (mit Schätzungen für die fehlenden Vierteljahre) oder auf die Situation im Frühjahr (ein Bezugsquartal).

Beschäftigungswachstum

Jährliche prozentuale Veränderung der beschäftigten Bevölkerung



	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	1,0 (e)	1,7 (e)	1,2 (e)	1,4 (e)	1,1	0,3	0,2
EU-15	:	-1,6	-0,1	0,8	0,3	0,9	1,8	1,7	2	1,3	0,5	0,3
Eurozone	-0,9	-1,7	-0,4	0,6	0,2	0,9	1,8	1,8	2,2	1,4	0,5	0,1
Belgien	-0,1	-0,6	-0,4	0,7	0,3	0,9	1,8	1,4	1,9	1,5	-0,3	0
Tschechische Republik	:	:	:	0,7	0,2	-0,7	-1,4	-2,1	-0,7	-0,1	0,8	-0,6
Dänemark	-0,8	-1,5	1,4	1,7	0,4	0,8	1,6	2,1	0,3	0,3	-0,4	-0,9
Deutschland	-1,5	-1,3	-0,2	0,2	-0,3	-0,2	1,1	1,2	1,8	0,4	-0,6	-1
Estland	-6	-7,9	-3,4	-6,1	-2,3	0	-1,9	-4,4	-1,5	0,8	1,3	1,5
Griechenland	1,4 (e)	0,8 (e)	1,9 (e)	0,9	-0,5	-2,2	7,5	0,1	0,3	-0,3	0,1	1,4
Spanien	-1,4	-2,8	-0,5	1,9	1,3	2,9	3,9	3,5	3,5	2,4	1,5	1,8
Frankreich	-0,6	-1,3	0,1	0,9	0,4	0,4	1,5	2	2,7	1,7	0,7	-0,1
Irland	0,3 (e)	1,4 (e)	3,2 (e)	4,4	3,6	5,6	8,6	6,3	4,6	3	1,8	2
Italien	-0,5	-2,5	-1,5	-0,1	0,6	0,4	1	1,1	1,9	2	1,8	1,2
Zypern	:	:	:	:	:	-0,3	1	1,3	2,8	1,9 (f)	1,4 (f)	0,9 (f)
Lettland	-7,4	-6,9	-10	-10	-1,9	4,4	-0,3	-1,8	-2,9	2,2	2,3	1
Litauen	-2,3	-4,1	-5,8	-1,9	0,9	0,6	-0,8	-0,5	-3,7	-4,1	-7,4	2,4
Luxemburg	2,8	1,8	2,7	2,7	2,6	3,2	4,5	5	5,7	5,7	3	1,8
Ungarn	:	:	:	:	-0,5	0,1	1,8	3,2	1	1	0,1	1,3
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2,1	-0,7	-1,0 (f)
Niederlande	1,6	0	0,7	1,5	2,3	3,2	2,6	2,6	2,2	2,1	0,4	-0,4
Österreich	0,2	-0,6	-0,1	0	-0,6	0,5	1	1,4	0,8	0,6	-0,2	-0,1
Polen	:	:	:	:	1,9	2,8	2,3	-2,7	-2,3	-0,6	-2,2	-1,2
Portugal	:	:	:	:	:	:	:	1,8 (f)	2,3 (f)	1,5 (f)	0,3 (f)	-0,4 (f)
Slowenien	:	:	:	:	-1,6	-0,7	0,1	1	3,2	0,4	-0,4	-0,3
Slowakei	:	:	:	0,2	2,3	-1,2	-0,4	-2,7	-1,8	0,6	-1,1	2,3
Finnland	-7,1	-6	-1,4	1,8	1,4	3,3	2	2,5	2,3	1,5	0,9	-0,1
Schweden	-4,4	-5,2	-0,9	1,5	-0,8	-1,3	1,6	2,1	2,4	1,9	0,1	-0,2
Vereinigtes Königreich	:	-0,8	0,8	1,2	0,9	1,8	1	1,4	1,2	0,8	0,8	0,9
Bulgarien	:	:	:	:	:	-3,9	-0,1	-2,1	-3,5	-0,4	0,8 (f)	3,5 (f)
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Rumänien	-3	-3,8	-0,5	-5,2	-1,2	-3,8	-2,3	-4,5	2,5	-0,8	-2,7	-0,1 (f)
Türkei	:	:	:	3,7	2,1	-2,5	2,8	2,1 (f)	-0,4 (f)	-1,0 (f)	-0,8 (f)	-1,0 (f)
Island	-1,4	-0,8	0,5	0,9	2,3	1,8 (f)	3,1 (f)	2,7 (f)	2,2 (f)	1,6 (f)	-1,1 (f)	1,5 (f)
Norwegen	-0,3	0,3	1,5	2,2	2	2,9	2,5	0,8	0,4	0,2	0,4	-0,6
Japan	1,1	0,4	0,1	0,1	0,4	1	-0,7	-0,8	-0,1	-0,6	-1,4	-0,2 (f)
Vereinigte Staaten	0,1	1,8	2,3	1,9	1,7	2,2	2,4	2,2	2,2	-0,1	-0,8	0

Das Beschäftigungswachstum ist die jährliche prozentuale Veränderung der beschäftigten Bevölkerung. Die Zahlen der beschäftigten Bevölkerung stammen aus dem Europäischen System der Gesamtrechnungen 1995 und umfassen alle Personen, die einer produktiven Beschäftigung nachgegangen sind. Beschäftigung wird nach dem Inlandskonzept definiert, d. h. für gebietsansässige Produktionseinheiten.

Die umfangreichen Informationen aus der Arbeitskräfteerhebung sind Gegenstand zahlreicher Ausgaben der Reihe *Statistik kurz gefasst*. Die vollständige Liste der insgesamt über 100 Varia-

blen zur Arbeitskräfteerhebung findet sich in der Publikation *Labour force survey – Methods and Definitions*, Ausgabe 2001.

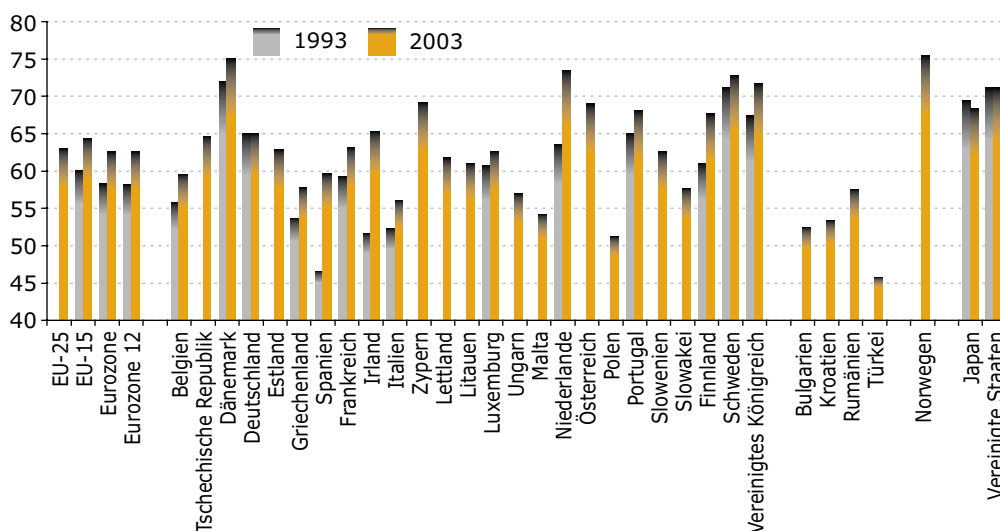


2003 waren 63,0 % der Bevölkerung in der Europäischen Union im Alter von 15 bis 64 Jahre erwerbstätig. In acht Ländern der EU betrug die Erwerbsquote mehr als 67 % ⁽¹⁾: Dänemark, Zypern, Niederlande, Österreich, Portugal, Finn-

land, Schweden und das Vereinigte Königreich. In Italien, Malta und Polen betrug diese Quote weniger als 57 %. Die Beschäftigungsquote der Frauen (55,1 %) war niedriger als die der Männer (70,9 %).

Beschäftigungsquote insgesamt

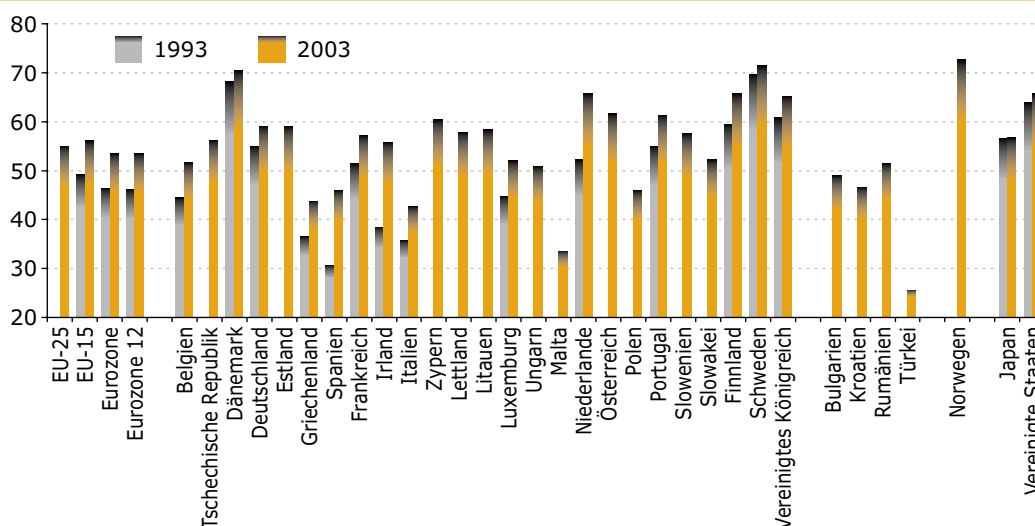
In %



Die Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

Beschäftigungsquote für Frauen

In %

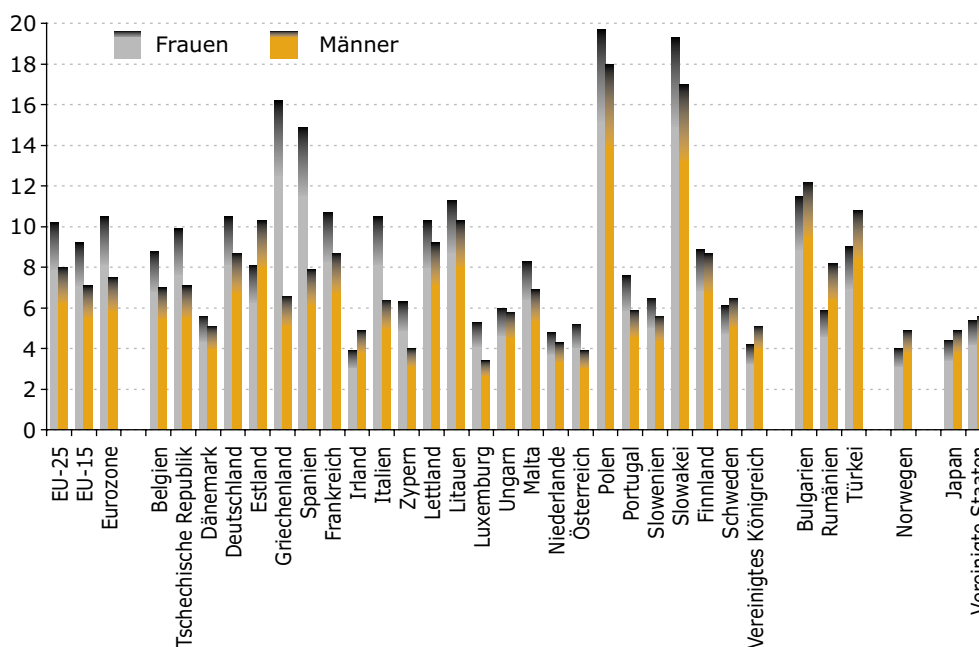


Die weibliche Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die weibliche Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

(¹) Vom Europäischen Rat in Stockholm für 2005 festgelegtes Zwischenziel für die Erwerbsquote von Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Arbeitslosenquote der Männer und Frauen im Jahr 2004

Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung



Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren, d. h. Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten aufnehmen.

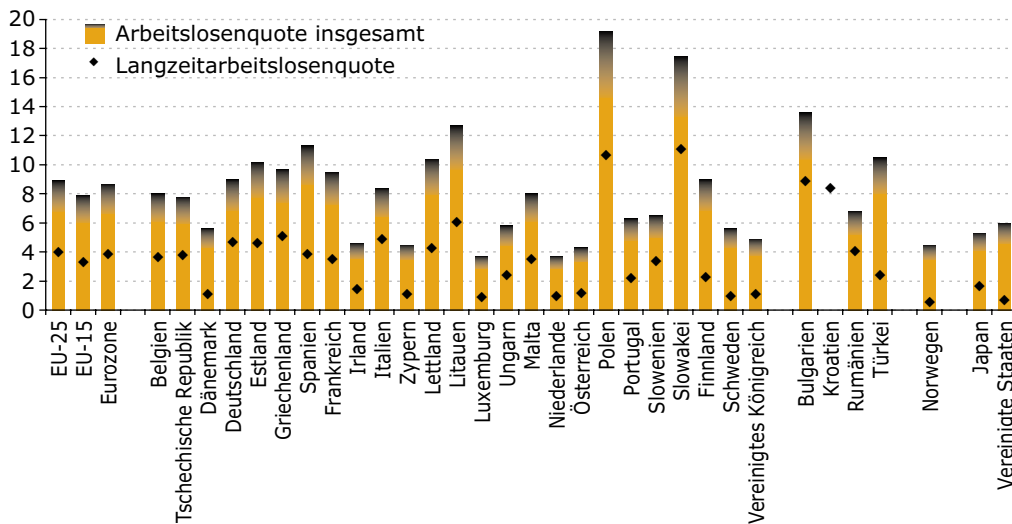
2003 hatten 17,0 % der Erwerbstätigen in EU-25 eine Teilzeitbeschäftigung. In Ländern mit einer Erwerbsquote von 67 % und darüber lag der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in der Regel höher (18,6 bis 45 % aller Erwerbstätigen), nicht jedoch in Zypern (8,9 %), Portugal und Finnland (beide rund 12 %). Weniger häufig war Teilzeitarbeit in Griechenland, Ungarn und der Slowakei (weniger als 4,5 % bei einer Gesamterwerbsquote zwischen 57 und 58 %).





Gesamt- und Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 2003

Prozentualer Anteil der (Langzeit-)Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung insgesamt



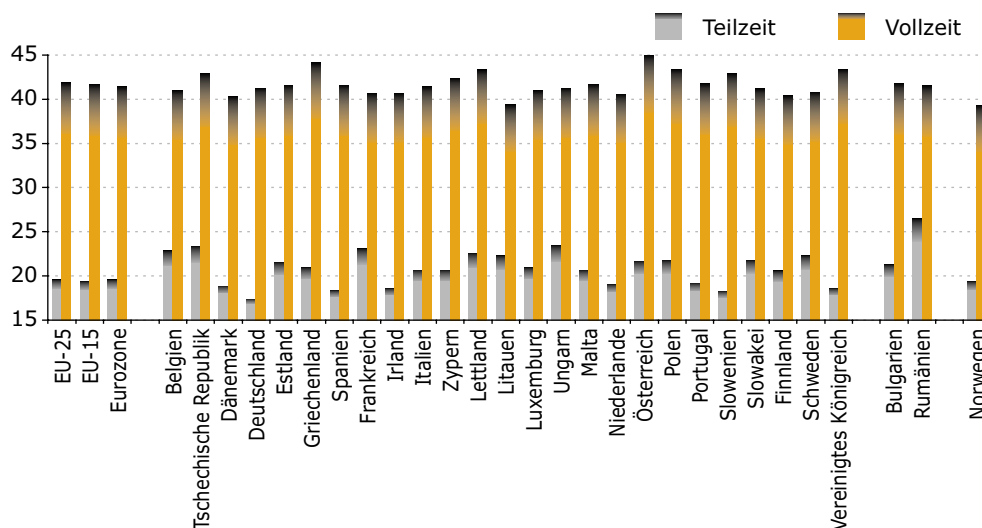
Langzeitarbeitslose Personen (zwölf Monate und mehr) sind mindestens 15 Jahre alt und leben nicht in kollektiven Haushalten; sie sind in den nächsten zwei Wochen weiter arbeitslos, sind imstande, eine neue Arbeit in den nächsten zwei Wochen anzutreten und suchen Arbeit (haben in den vorigen vier Wochen intensiv Arbeit gesucht oder suchen nicht mehr, weil sie bereits eine Arbeitsstelle, die sie später antreten werden, gefunden haben). Die gesamte Erwerbsbevölkerung ergibt sich aus der Gesamtzahl der beschäftigten und unbeschäftigten Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeitsdauer ist definiert als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird, oder als abgelaufene Periode seit der letzten Tätigkeit (wenn diese Periode kürzer ist als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird).

Die Arbeitslosigkeit ist in der Europäischen Union nach wie vor ein Problem: Im Jahr 2004 lag die Arbeitslosenquote in den 25 Ländern, die heute die Europäische Union bilden, bei 9 %, 4 % der

Erwerbsbevölkerung waren „Langzeitarbeitslose“, d. h. länger als ein Jahr ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen (2004: 10,2 %) ist höher als bei den Männern (2004: 8 %).

Arbeitsstunden pro Woche im Jahr 2004

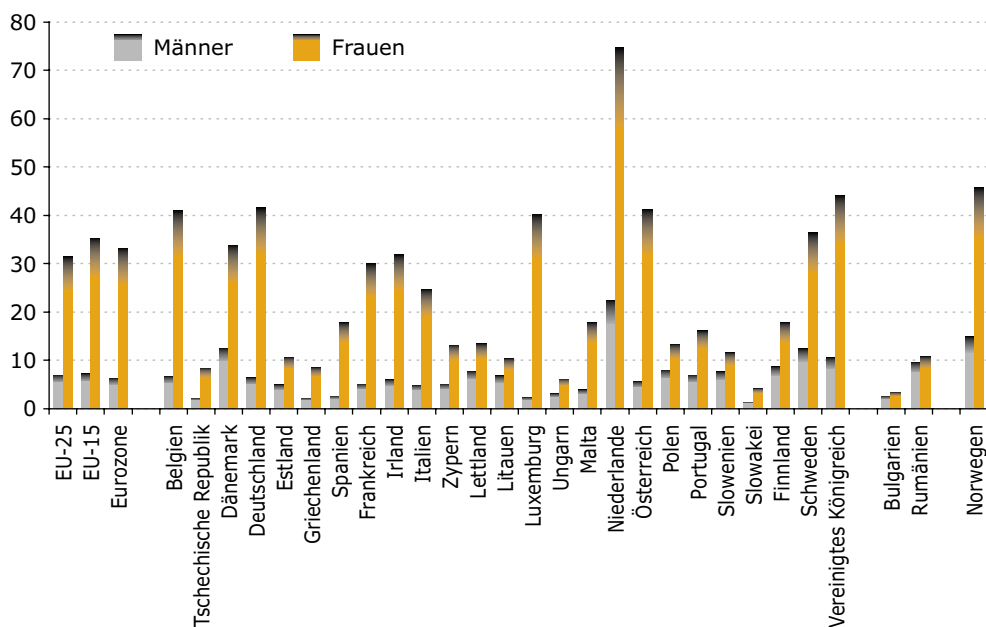
Frühjahr



Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden ist die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden. Dazu zählen alle Arbeitsstunden einschließlich der normalerweise geleisteten (bezahlten oder unbezahlten) Überstunden. Nicht eingeschlossen sind die Fahrtzeiten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sowie die Haupt-Essenspausen (normalerweise zur Mittagszeit). Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit wird anhand der spontanen Antworten der Befragten getroffen.

Teilzeitbeschäftigte Personen, 2004

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %; Frühjahr



Erwerbstätige sind Personen, die während der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt haben. Dazu zählen auch mithelfende Familienangehörige. Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit wird anhand der spontanen Antworten der Befragten getroffen. Eine genauere Unterscheidung zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung ist nicht möglich, weil die Arbeitszeiten je nach Mitgliedstaat und Wirtschaftszweig unterschiedlich sind.



Daten zur Arbeitsmarktpolitik

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Arbeitsmarktpolitik – Gesamtausgaben
- Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben nach Kategorie
- Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben nach Empfänger der Transfers
- Arbeitsmarktausgaben nach Kategorie und Land
- Gesamtzahl der Teilnehmer (Bestände) an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie
- Gesamtzahl der Teilnehmer (Zugänge) an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie
- Angaben zu Teilnehmern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie und Land

2

In der Datenbank Arbeitsmarktpolitik erfasste Maßnahmen

Die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (AMP) werden wie folgt untergliedert:

Ausbildung

Hierunter fallen Programme mit dem Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen und anderen Zielgruppen durch Ausbildungsmaß-

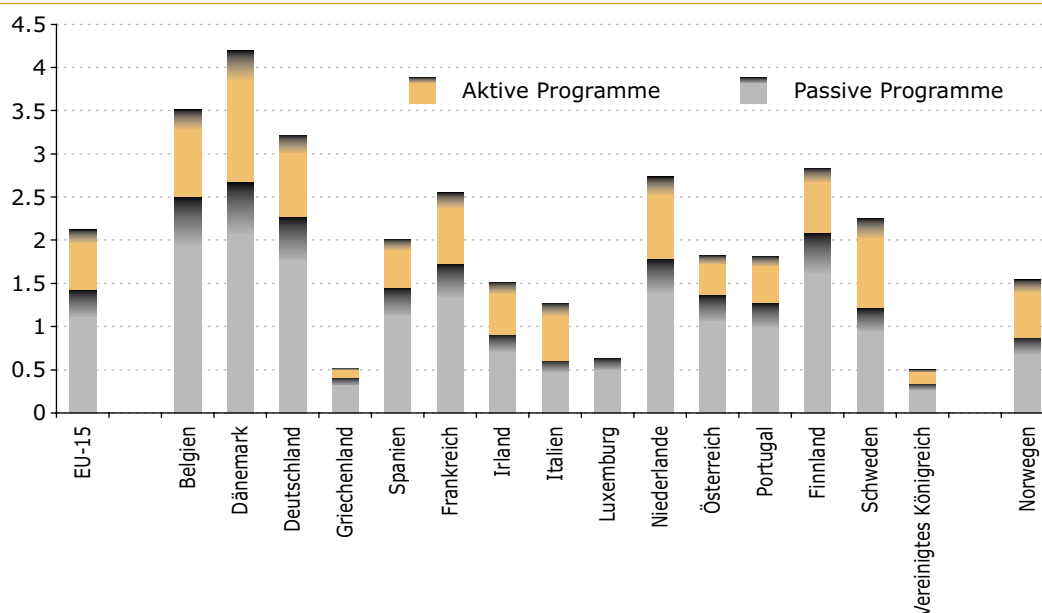
nahmen zu verbessern, die von öffentlichen Stellen finanziert werden. Für diese Maßnahmen sollte nachgewiesen werden, dass Unterricht in der Klasse stattgefunden hat oder, falls sie am Arbeitsplatz durchgeführt werden, eine Aufsicht eigens zum Zwecke der Unterweisung vorhanden ist.

Arbeitsplatztausch und Arbeitsplatzteilung

Programme, welche die Eingliederung eines Arbeitslosen oder des Mitglieds einer anderen

Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der EU-15 im Jahr 2003

In % des BIP

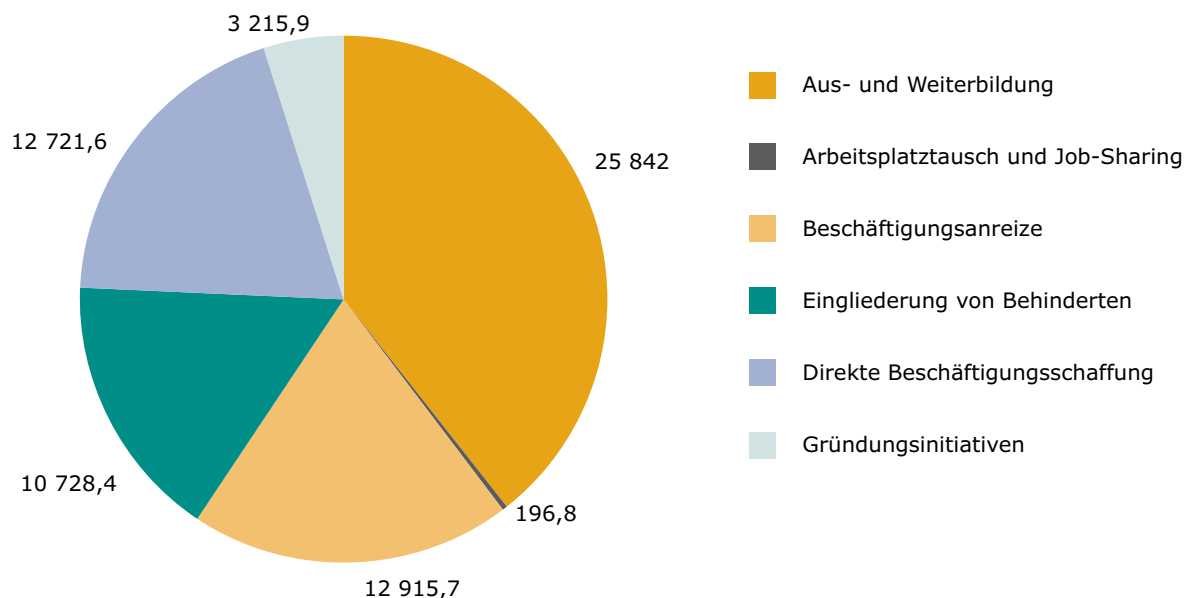


Datenextraktion am 16. August 2005.

Staatliche Ausgaben für Arbeitsmarktmaßnahmen richten sich gezielt an Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen, die in den Arbeitsmarkt eintreten möchten. Die Gesamtausgaben umfassen zwei Gruppen von Maßnahmen: Kategorien 2-7 – Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme mit Bezug zu Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsbeschaffung und Gründungsinitiativen und Kategorien 8-9 – Ausgaben für passive Arbeitsmarktprogramme wie Einkommensunterstützung für Arbeitslose (vorwiegend Arbeitslosenleistungen) und Vorruhestand.

Öffentliche Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der EU-15 im Jahr 2003

In Mio. EUR



Datenextraktion am 16. August 2005.

Die arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen die staatlichen Ausgaben für Programme für Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen. Eingeschlossen sind sechs Maßnahmenkategorien: Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen.

Zielgruppe in eine Arbeitsstelle dadurch erleichtern, dass von einem vorhandenen Arbeitnehmer geleistete Arbeitsstunden ersetzt werden.

Beschäftigungsanreize

Programme, die die Einstellung Arbeitsloser oder Mitglieder anderer Zielgruppen erleichtern oder die Weiterbeschäftigung von Personen zu sichern helfen, denen der Verlust des Arbeitsplatzes droht. Den Großteil der Arbeitskosten trägt üblicherweise der Arbeitgeber.

Integration Behinderter

Programme, die die Integration von Behinderten in den Arbeitsmarkt fördern sollen.

Arbeitsplatzbeschaffung

Programme, mit denen zusätzliche Arbeitsplätze – gewöhnlich im Interesse des Gemeinwohls – geschaffen werden, um Langzeitarbeitslosen oder anderen Schwervermittelbaren eine Beschäftigung zu verschaffen. Der Großteil der Arbeits-

kosten wird in der Regel aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Gründungsanreize

Programme zur Förderung des Unternehmertums, die Arbeitslose und Angehörige von Zielgruppen darin bestärken, ein eigenes Unternehmen zu gründen oder sich selbständig zu machen.

Lohnersatzleistungen

Programme, durch die Einzelpersonen durch Barleistungen einen Ausgleich für den Verlust von Lohn oder Gehalt erhalten sollen.

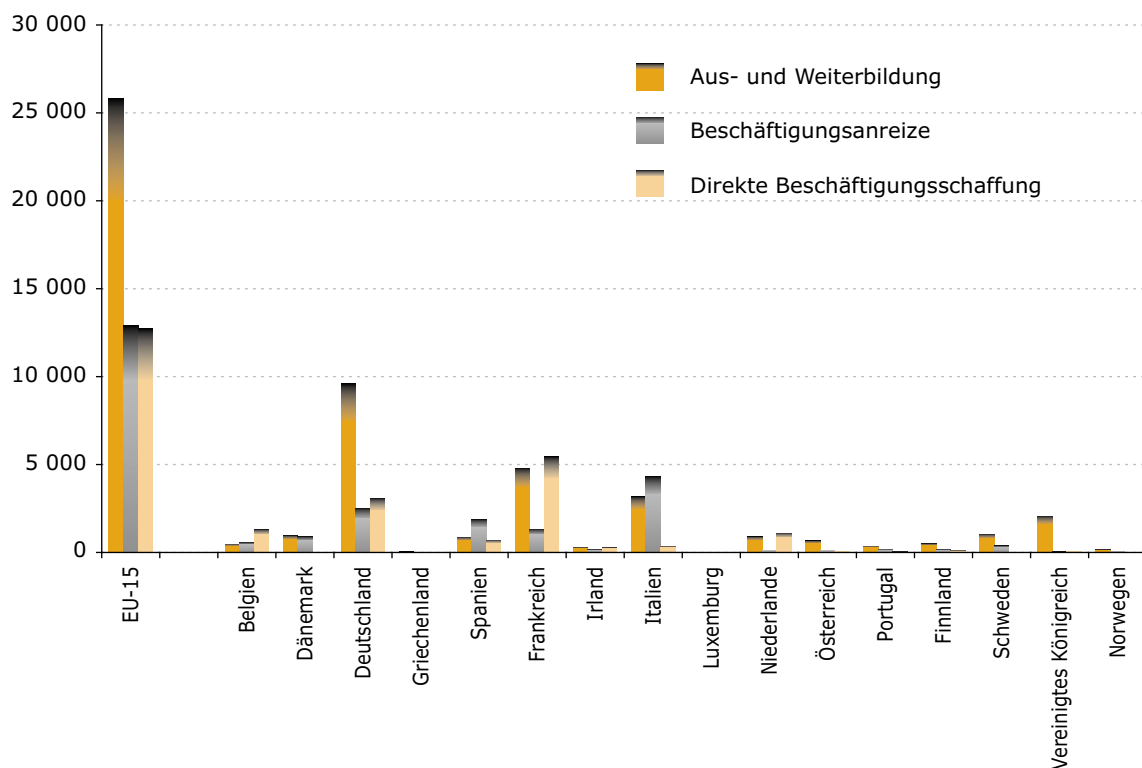
Vorruhestand

Programme, die es älteren Arbeitnehmern erleichtern sollen, vollständig oder teilweise in den Ruhestand zu treten, wenn davon auszugehen ist, dass sie nur geringe Aussichten auf einen Arbeitsplatz haben oder ihr Eintritt in den Ruhestand die Vermittlung eines Arbeitslosen oder eines Angehörigen einer anderen Zielgruppe erleichtert.



Öffentliche Ausgaben für wichtige aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 2003

In Mio. EUR



Datenextraktion am 16. August 2005.

Die arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben für die wichtigsten aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen die staatlichen Ausgaben für Programme für Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen. Eingeschlossen sind sechs Maßnahmenkategorien: Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen.

Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitik hat definitionsgemäß (siehe Glossar) einen begrenzten Wirkungskreis und umfasst nur diejenigen Maßnahmen der Politik, die sich an Arbeitslose und andere Gruppen von Personen richten, denen es besonders schwer fällt, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder dort ihre Stellung zu behaupten. Die wichtigste Zielgruppe sind die bei den öffentlichen Arbeitsverwaltungen registrierten Arbeitslosen. Öffentliche Ausgaben für AMP sollten jedoch nicht einzig und allein als Ausdruck des politischen Willens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit interpretiert werden. Vielmehr ist die unterschiedliche Höhe der Ausgaben auch durch Faktoren wie die

demografische Situation und das Pro-Kopf-BIP der einzelnen Länder bedingt. Ausgaben für gezielte Programme für Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch/Jobsharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen gelten gewöhnlich als aktive Ausgaben, Ausgaben für die Einkommensunterstützung für Arbeitslose und den Vorruhestand als passive Ausgaben. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Wahrung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung in den vergangenen Jahren verstärkt an individuelle Aktivitäten der Arbeitsuche gebunden wurde und auch aktive Maßnahmen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen beinhalten kann.



Konsumausgaben der privaten Haushalte

Eurostat-Daten

Eurostat liefert ein breites Spektrum an Daten zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte, die nach Verwendungszweck untergliedert sind:

- Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke
- Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen
- Bekleidung und Schuhe
- Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe
- Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses
- Gesundheitspflege
- Verkehr
- Nachrichtenübermittlung
- Freizeit und Kultur
- Bildung
- Restaurants und Hotels
- Sonstiges (Körperpflege, Sozialschutz, Versicherungen usw.)

2

Mehr Transparenz bei der Untersuchung des privaten Verbrauchs

Allen, die mehr über den privaten Verbrauch in der Europäischen Union erfahren wollen, helfen die Daten bei der Beantwortung folgender wichtigen Fragen: Wie viel geben die Haushalte für diese Artikel aus? Unterscheiden sich die Verbrauchsstrukturen je nach Mitgliedstaat?

Das Jahrbuch von Eurostat gibt Antwort auch auf diese Fragen. Hier finden sich Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte für die so genannten „Verwendungszwecke“ des Verbrauchs. Die Daten im Jahrbuch sind nach der „Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums“ (COICOP) untergliedert.



Zuverlässige Quelle, harmonisierte Definitionen

Die Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Eurostat.

Konsumausgaben der privaten Haushalte sind die Ausgaben von Gebietsansässigen und -fremden für Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse

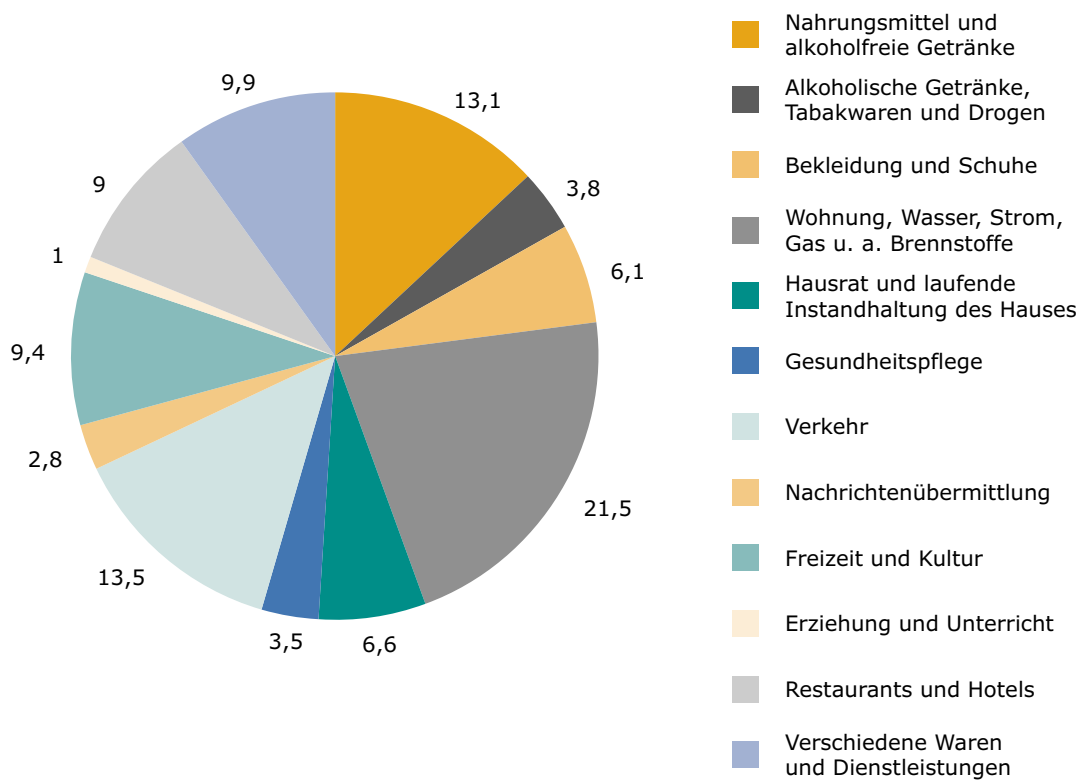
verwendet werden. Darunter fallen der Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. von Gartenerzeugnissen) und die unterstellten Mieten für Wohnungen, die von den Eigentümern selbst genutzt werden.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte erstrecken sich ausschließlich auf die Ausgaben der Haushalte selbst; der vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanzierte Teil des Verbrauchs bleibt unberücksichtigt.

2

Konsumausgaben der privaten Haushalte in der EU-25 im Jahr 2003

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt

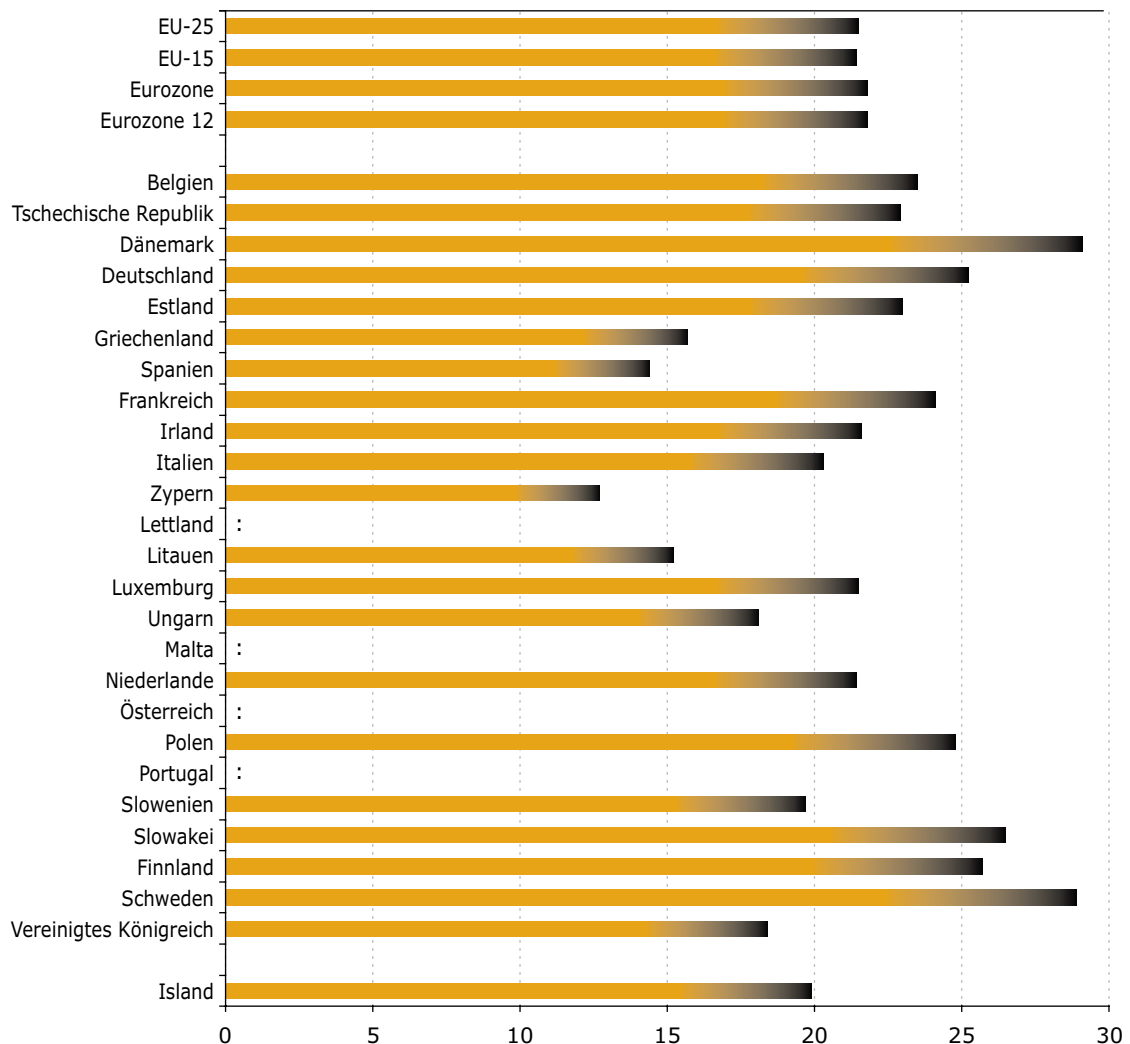


Geschätzte Werte.



Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2003: Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe

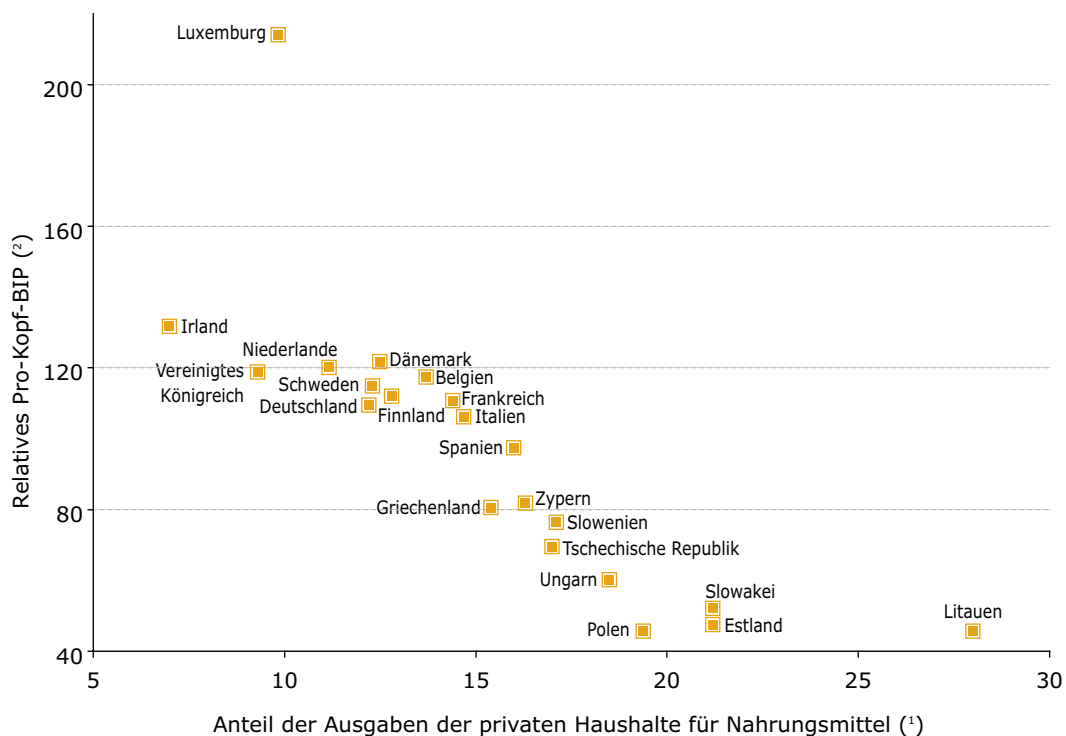
In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

Im Jahr 2003 wendeten die privaten Haushalte in EU-25 ungefähr ein Fünftel ihrer Gesamtausgaben für Wohnen, Wasser und die Energieversorgung der Wohnung auf (21,5 %). Dies ist mit Abstand der größte Posten aller Konsumausgaben. In den einzelnen Ländern lag er zwischen 29,1 % in Dänemark und 12,7 % in Zypern.

Ausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel ⁽¹⁾ im Verhältnis zum Pro-Kopf-BIP ⁽²⁾ im Jahr 2003



(¹) Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke an den Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt, in %, zu laufenden Preisen.

(²) Bruttoinlandsprodukt in KKS pro Einwohner; EU-25 = 100.

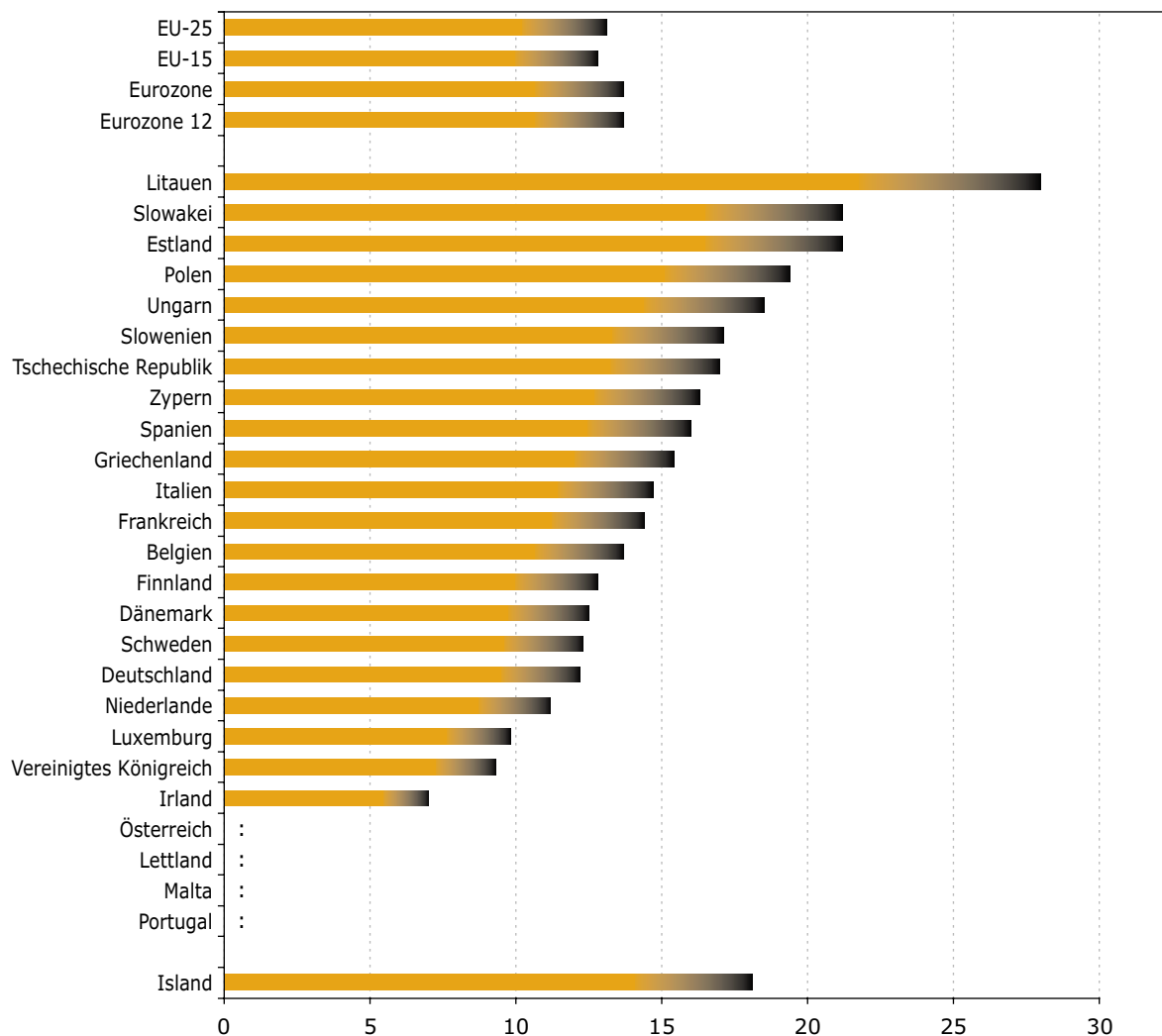
Etwa 13 % wurden für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke aufgewendet. Dieser Anteil ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich und variiert mit dem BIP pro Kopf: Je geringer das Pro-Kopf-BIP eines Landes, desto höher der Anteil an Lebensmittelausgaben.





Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2003: Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke

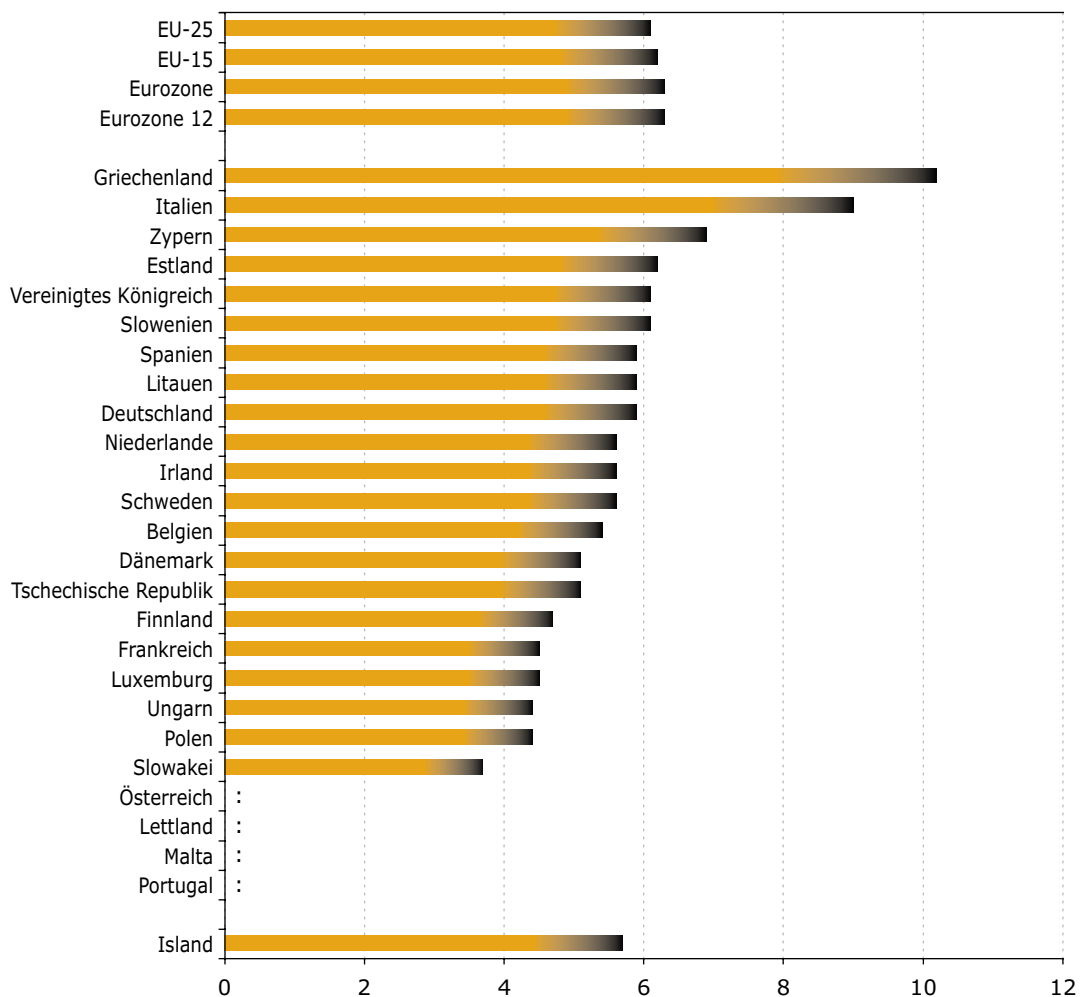
In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2003: Bekleidung und Schuhe

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

Ungefähr 6 % der gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden für Bekleidung und Schuhe verwendet. Griechenland ist das Land, das anteilmäßig am meisten in dieser Kategorie ausgibt (10,2 %), das Gegenteil ist in der Slowakei der Fall (3,7 %).



Einkommen und Lebensbedingungen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Situation der privaten Haushalte
- Ungleichheit der Einkommensverteilung
- Armutsgefährdungsquoten
- Erwerbslosenhaushalte



Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Die Statistik beantwortet viele Fragen

Wie hoch ist das mittlere Einkommen? Sind einige Bestandteile wichtiger als andere? Besteht eine Kluft zwischen Armen und Reichen, und wenn ja, wie groß ist sie? Sind bestimmte Bevölkerungsgruppen eher von Armut bedroht als andere? Sind sie weniger gut in die Gesellschaft integriert? Ist ihr erreichter Bildungsgrad niedriger? Oder ihre Gesundheit schlechter? Oder sind ihre Familien größer? Oder ist ihr Einkommen weniger sicher? Haben sie Zugang zur einem umfassenden Angebot an Waren und Dienstleistungen? Verän-

dert sich ihre Situation im Laufe der Zeit? Bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern?

Seit einigen Jahren besteht ein erhöhter Bedarf an Informationen dieser Art, nachdem das sozialpolitische Kapitel in den Vertrag von Amsterdam (1997) aufgenommen wurde, das sich zur treibenden Kraft für die Erstellung der EU-Sozialstatistiken entwickelt hat. Dieser Einfluss wurde durch mehrere Tagungen des europäischen Rates verstärkt, so dass die soziale Dimension weiterhin hoch oben auf der politischen Tagesordnung steht. Eine wirksame Überwachung ist ein wichtiges Element bei der Durchführung der Strategien, die im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode vereinbart wurden.

Die statistischen Indikatoren

Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung sind multidimensionale Probleme. Um sie auf europäischer Ebene wirkungsvoll überwachen zu können, wurde im Rahmen der Strukturindikatoren, die für den jährlichen Frühjahrsbericht der Kommission an den Rat erstellt werden, eine Reihe so genannter „Indikatoren für sozialen Zusammenhalt“ entwickelt. Sie stellen eine Auswahl aus der „Laekener“ Liste von Indikatoren für den sozialen Zusammenhalt dar, die gemäß der offenen Koordinierungsmethode erarbeitet wurden.

Woher stammen die Daten?

Zur Berechnung der Indikatoren für die EU-Mitgliedstaaten hat Eurostat in den letzten Jahren vornehmlich Mikrodaten aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) verwendet. Nachdem diese Datenquelle acht Jahre lang genutzt worden war, wurde sie 2003 durch ein neues Instrument ersetzt, die EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Einer der Hauptgründe für diesen Wechsel war die Notwendigkeit, Inhalt und Aktualität der Datenerstellung an den laufenden politischen Bedarf anzupassen.



Das ECHP war eine „Längsschnitterhebung“ auf der Basis jährlicher Befragungen der teilnehmenden Haushalte (etwa 80 000 in der EU; die Stichproben sollten für die jeweiligen Länder repräsentativ sein). So ließen sich dieselben Teilnehmer über mehrere Jahre verfolgen und Angaben über die soziale Dynamik (beispielsweise den Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben oder vom Erwerbsleben ins Rentenalter) erfassen, was bei einer typischen Querschnitterhebung (jährlich neue Stichproben) nicht möglich ist.

EU-SILC soll die EU-Referenzquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Ausgrenzung werden; dabei werden vorrangig hohe Qualität, insbesondere Vergleichbarkeit und Aktualität, und Flexibilität angestrebt. Die Statistik umfasst primär eine Querschnittsdimension, daneben auch eine Längsschnittdimension. Es wird stärker auf vorhandene einzelstaatliche Datenquellen zurückgegriffen, um so anstelle der Eingabedaten die Ergebnisse zu harmonisieren und die Aktualität zu verbessern.

Während des Übergangszeitraums erstellt Eurostat die Daten aus den besten verfügbaren nationalen Quellen (in der Regel aus den Erhebungen

über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte) und harmonisiert sie *anschließend*, um eine möglichst große Konsistenz zu erreichen. Gleichwohl sind die Daten wegen der Unterschiede bei den zugrunde gelegten Quellen nicht als vollständig vergleichbar anzusehen.

Kurze Beschreibung der Methodik

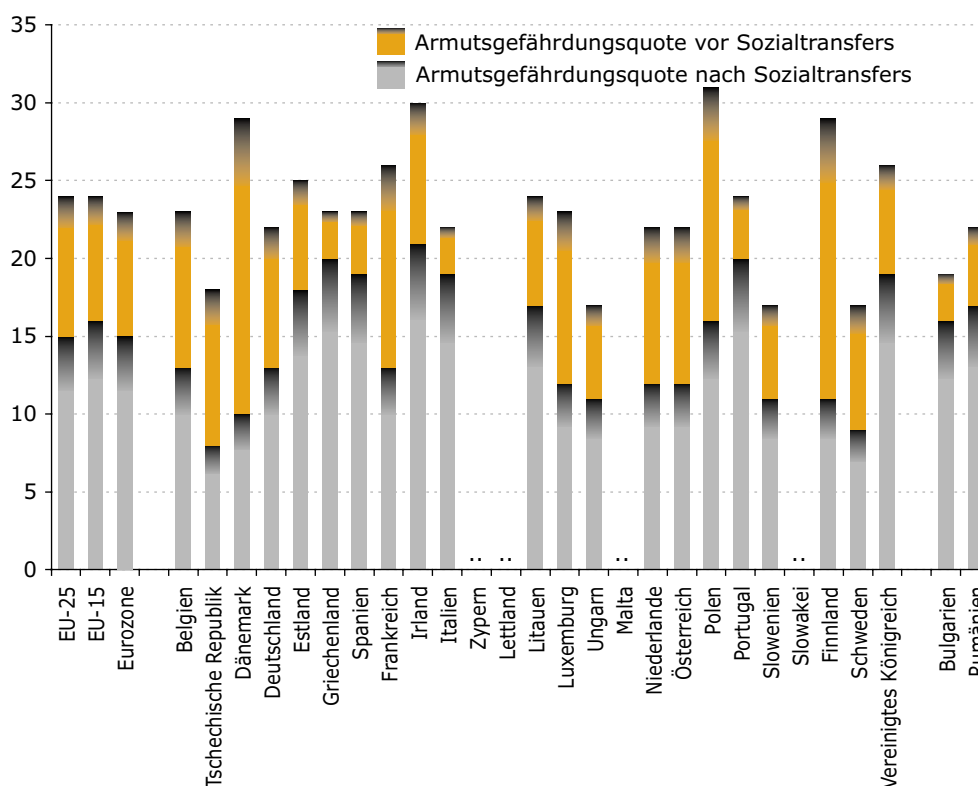
Das Haushaltseinkommen wird berechnet als Summe des gesamten monetären Einkommens, das alle Haushaltsmitglieder aus allen Quellen erhalten (einschließlich Einkünften aus Arbeit, Investorerträgen und Sozialleistungen), abzüglich Steuern und Sozialbeiträgen. Um die Unterschiede in der Haushaltsgröße und -zusammensetzung zu berücksichtigen, wird der Gesamtbetrag unter Verwendung einer Standardskala (der so genannten „modifizierten OECD-Skala“) durch die Zahl der „Erwachsenen-äquivalente“ dividiert; das Ergebnis wird dann den einzelnen Mitgliedern des Haushalts zugeordnet. Die Schätzwerte für die EU-Ebene werden als populationsgewichtete Durchschnitte der verfügbaren einzelstaatlichen Werte berechnet.





Armutsgefährdungsquote im Jahr 2001

Vor und nach sozialen Transfers



Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen, vor Sozialtransfers, unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenenversorgung werden als Einkommen vor Sozialtransfers und nicht als Sozialtransfers verwendet.

Um den Anteil der armutsgefährdeten Personen zu messen, wird eine Schwelle von 60 % des nationalen Medianeinkommens zugrunde gelegt. Unterhalb dieser Schwelle gilt eine Person als armutsgefährdet. Die jeweiligen Anteile werden vor und nach Sozialtransfers berechnet. 2001 (das letzte Jahr, für das dieses Aggregat derzeit verfügbar ist) waren in den 25 heutigen Ländern der Europäischen Union 15 % der Bevölkerung von Armut bedroht.

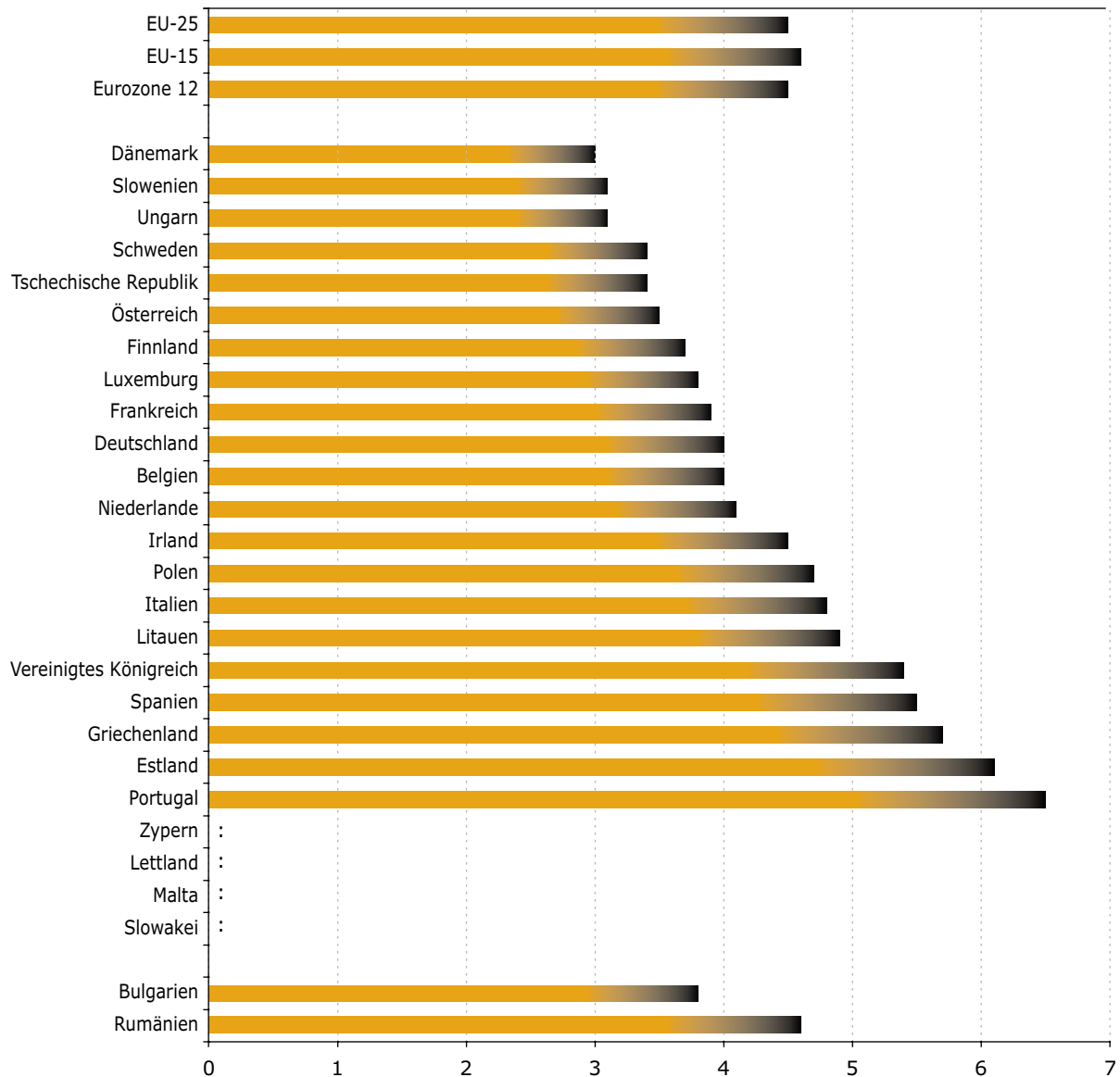
Hinter dieser Zahl verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern: Am höchsten war das Armutsrisiko nach Sozialtransfers mit 21 % in Irland (Daten von 2001) und in der Slowakei (Daten von 2003), gefolgt von Griechenland und Portugal (Daten von 2003) sowie Italien (Daten von 2001), dem Vereinigten Königreich

und den Ländern des Baltikums. Am niedrigsten war es in den mitteleuropäischen Ländern, insbesondere in der Tschechischen Republik (8 %) und in den skandinavischen Ländern.

Ohne Sozialtransfers hätte diese Quote für EU-25 fast einem Viertel der Bevölkerung (24 %) entsprochen. Die größten Auswirkungen haben die Sozialtransfers (mit einer Verminderung um mehr als 40 %) in den skandinavischen und mitteleuropäischen Ländern, vor allem in Dänemark (65 %). Weniger ausgeprägt sind sie (mit einer Verminderung um weniger als 20 %) in den südlichen Ländern. Zu beachten ist, dass sich diese Analyse nur auf die Auswirkungen von Sozialtransfers ohne die Renten bezieht. Die Renten sind in allen Ländern von großer Bedeutung.

Ungleichheit der Einkommensverteilung im Jahr 2001

Verteilungsquintil



Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden.

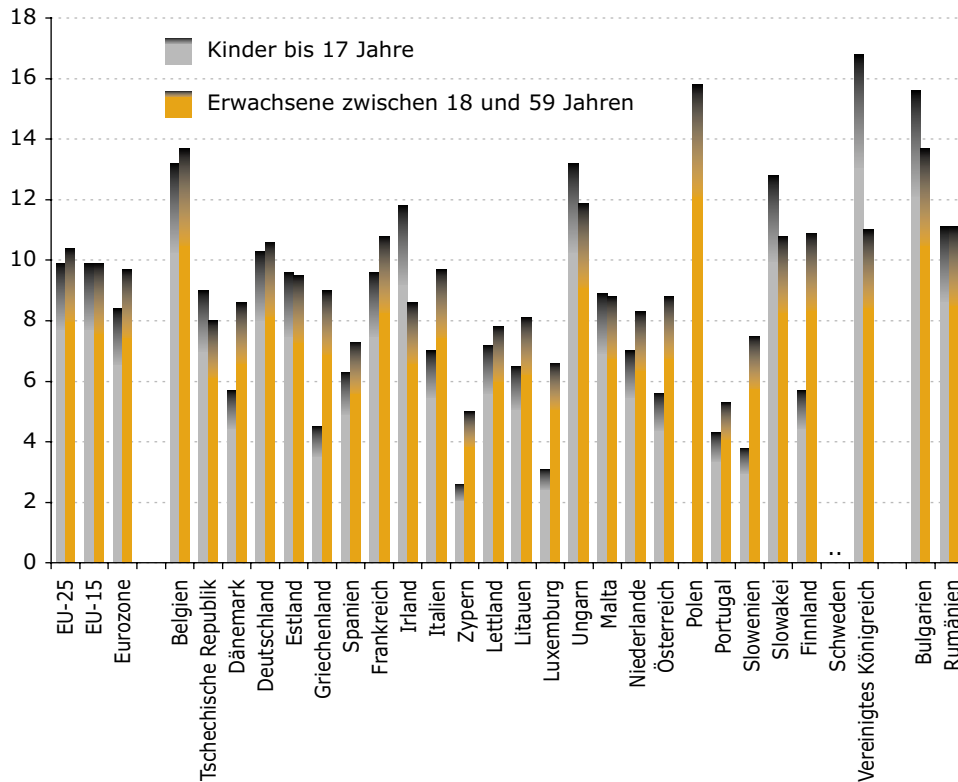
Die Ungleichheit des Einkommens ist ein heikles Thema und eine nur schwer messbare Größe. Eurostat berechnet die folgende Verhältniszahl für den Vergleich zwischen „reich“ und „arm“: das Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen im Verhältnis zum Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. In EU-25 haben 2001 (das letzte Jahr, für das dieses Aggregat

derzeit verfügbar ist) die 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen mehr als vier Mal so viel Einkommen bezogen wie die 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Von Land zu Land variiert der Indikator stark. Die Ungleichheit ist größer in den südlichen Ländern, den baltischen Staaten, im Vereinigten Königreich und in Irland. Sie ist kleiner in den skandinavischen und den mitteleuropäischen Ländern.



In erwerbslosen Haushalten lebende Personen im Jahr 2004

Anteil der in erwerbslosen Haushalten lebenden Personen an allen Personen der jeweiligen Altersgruppe; in %



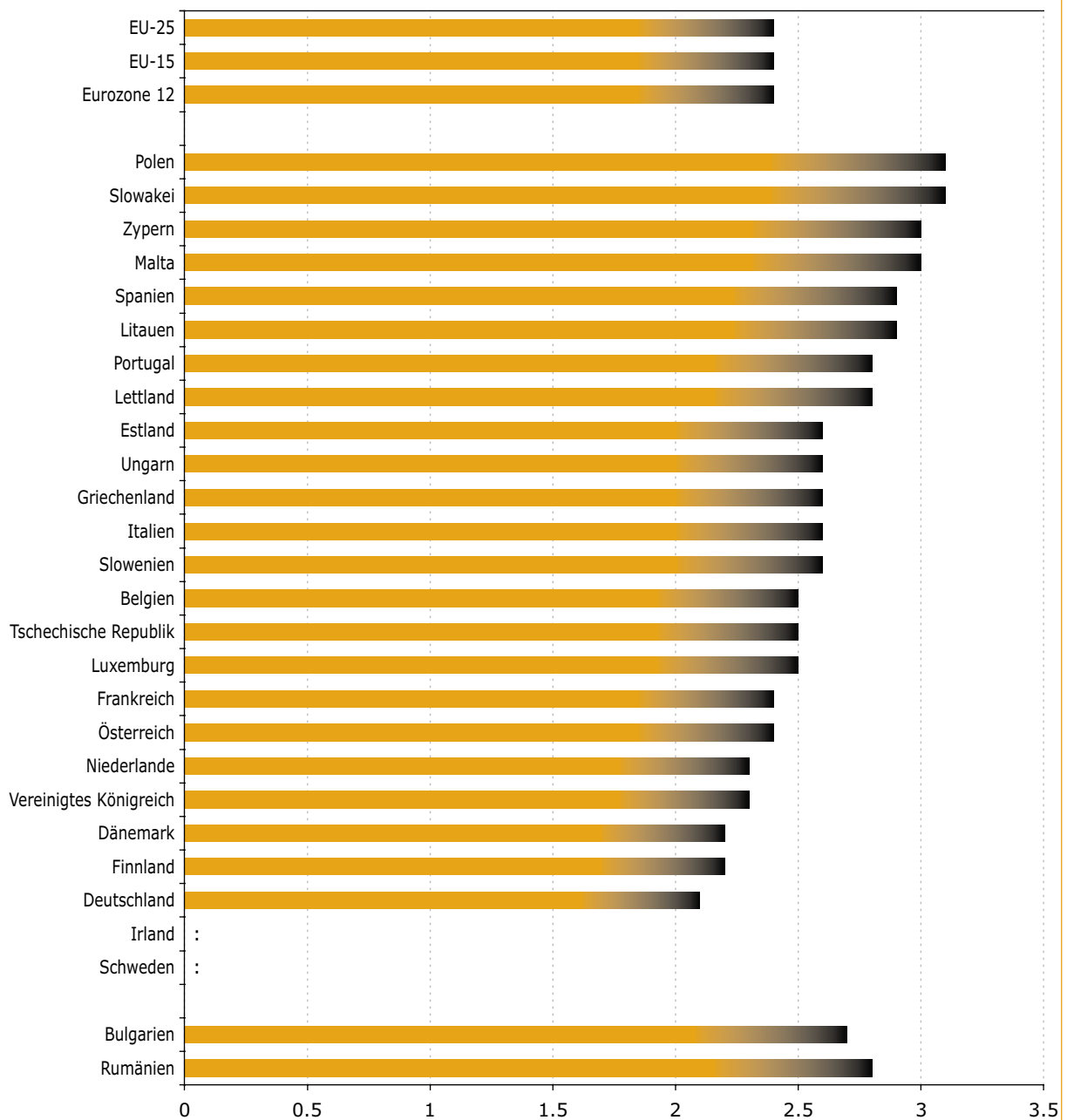
Bei den Aggregaten handelt es sich um Schätzwerte.

Die „in erwerbslosen Haushalten lebende Bevölkerung“ errechnet sich als Anteil der Personen im entsprechenden Alter in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Studenten im Alter von 18-24 Jahren in Haushalten, die ausschließlich aus Studenten derselben Altersklasse bestehen, werden weder im Zähler noch im Nenner mitgezählt. Sowohl die Zähler als auch die Nenner stammen aus der EU-Arbeitskräfteerhebung.

Rund 10 % der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 59 Jahren lebten 2004 in EU-25 in Erwerbslosenhaushalten. Bei Kindern (bis 17 Jahre) war dieser Anteil ebenso hoch.



Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt im Jahr 2003



Zahl der Personen, die in privaten Haushalten leben, geteilt durch die Zahl der privaten Haushalte. Ausgeschlossen sind kollektive Haushalte wie Pensionen oder Krankenhäuser und die darin lebenden Personen.

2



Wohnen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Art der Wohnung bei verschiedenen Haushaltsgruppen
- Wohnbesitzverhältnisse der Haushalte nach sozioökonomischem Status
- Fehlende Grundausstattung nach wirtschaftlichem Status der Haushalte
- Wohnungsprobleme verschiedener Haushaltsgruppen
- Beengte Wohnverhältnisse (mehr als eine Person je Raum)
- Gebrauchsgüter und ihre Erschwinglichkeit für die Haushalte
- Unzufriedenheit der Haushalte mit ihrer Wohnung
- Finanzielle Belastung der Haushalte durch die Wohnkosten

2

Zugang zu Wohnraum als ein Gesichtspunkt der sozialen Ausgrenzung

Zwar besteht schon seit langem ein allgemeines Interesse an Wohnungsstatistiken, aber mit der Entwicklung der offenen Koordinierungsmethode auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung haben einige Indikatoren deutlich an Profil gewonnen.

Wohnverhältnisse

Sind die Art der Wohnung oder die Wohnbesitzverhältnisse ein Indikator für das Wohlergehen eines Haushalts?

Bei der Art der Wohnung der europäischen Haushalte lassen sich zwei Tendenzen erkennen. In den südlichen Ländern scheinen Haushalte mit geringem Einkommen (Haushaltseinkommen unter 60 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) überwiegend in Häusern zu wohnen, während die Haushalte mit höherem Einkommen (Haushaltseinkommen über 140 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) vorrangig in Wohnungen leben. In den nördlichen Ländern ist die Tendenz gegenläufig.

Die Gründe für diese Unterschiede lassen sich nur schwer fassen. Die Verteilung der Haushalte auf Häuser oder Wohnungen steht im Zusammenhang mit dem Grad der Verstädterung im jeweiligen Land und der Qualität des Wohnraums.

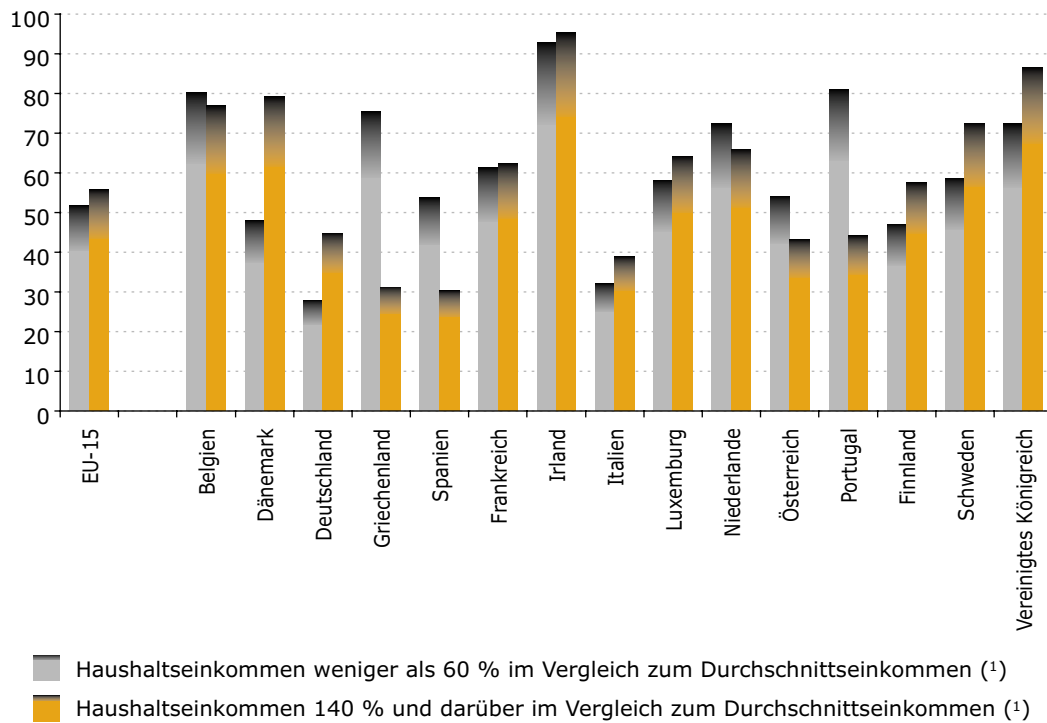
Die eigenen vier Wände

Der Anteil der Wohnungseigner ist in den südlichen Ländern höher als in den nördlichen Ländern, wo die Einkommenshöhe einen weitaus größeren Einfluss darauf hat, ob der Haushalt in seinem eigenen Haus bzw. seiner eigenen Wohnung lebt. In Anbetracht der Tatsache, dass es in den südlichen Ländern mehr Wohneigentum gibt, darf man davon ausgehen, dass viele Eigentümer dort weniger Wohnraum haben.





Anteil der Haushalte, die in einem Einfamilienhaus leben, EU-15 im Jahr 2001
In %



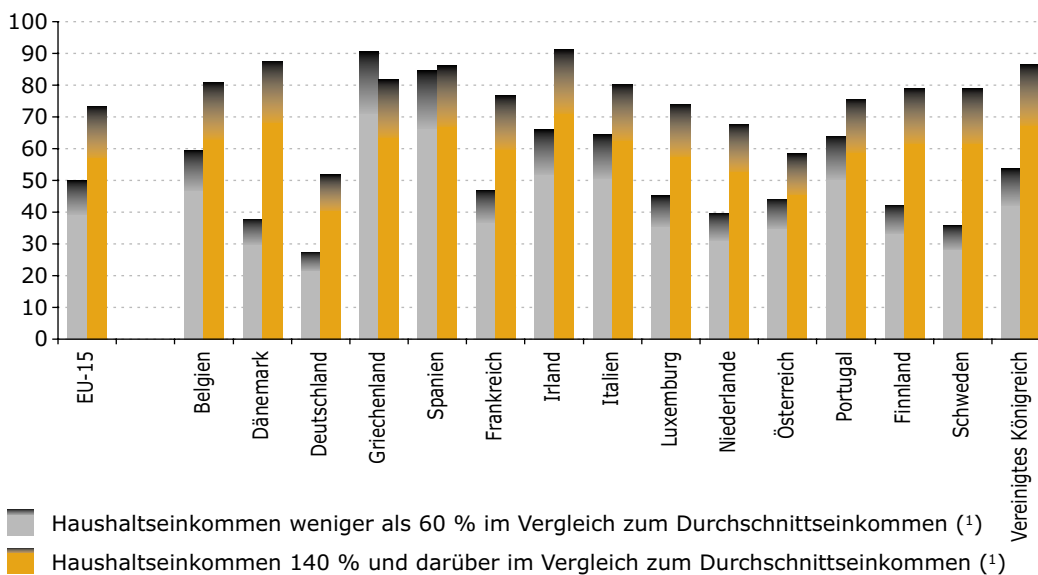
(1) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, die ein frei stehendes Haus oder ein Reihenhaus bewohnen, nicht jedoch eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus oder eine sonstige Unterkunft. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.



Anteil der Haushalte mit Wohneigentum, EU-15 im Jahr 2001

In %

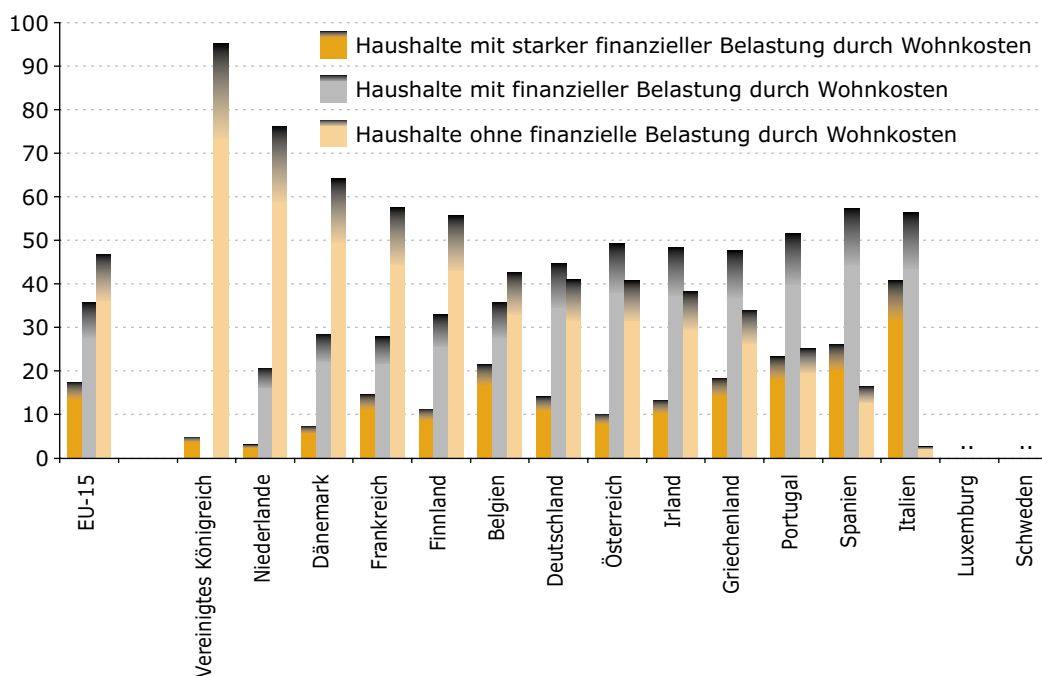


(¹) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, die Eigentümer ihres Hauses oder ihrer Wohnung sind. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.

Anteil der Haushalte, in denen die Wohnkosten eine/keine finanzielle Belastung darstellen, EU-15 im Jahr 2001

In %

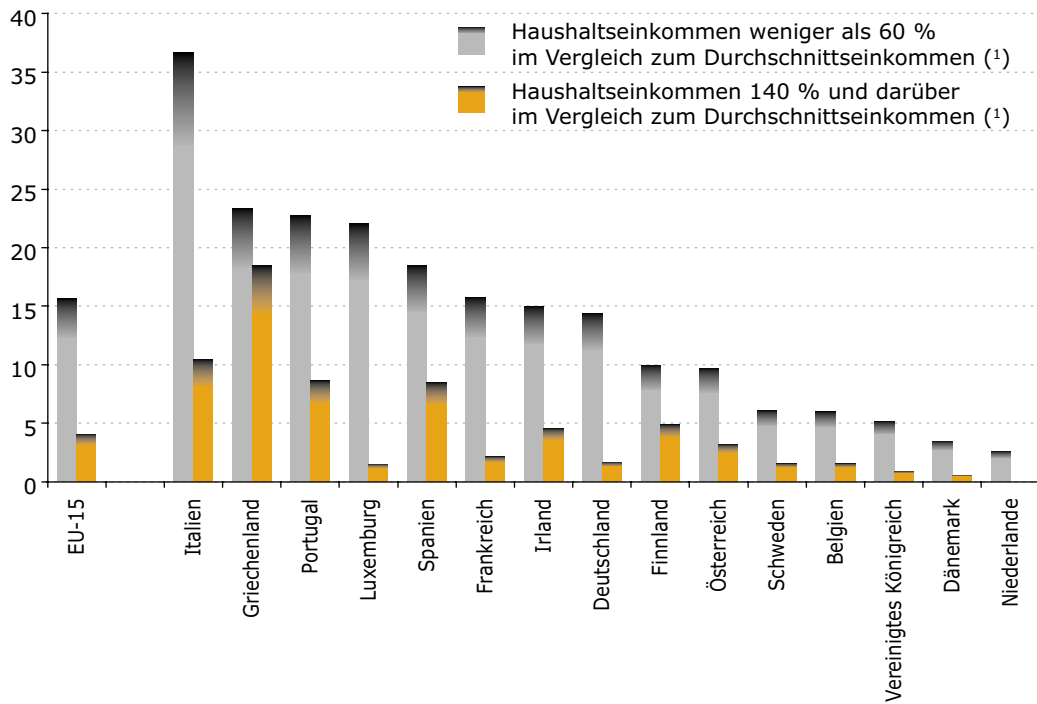


Es liegen keine Daten für Luxemburg und Schweden vor.

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, für die die Wohnkosten eine finanzielle Belastung, eine sehr schwere finanzielle Belastung oder keine finanzielle Belastung darstellen.

Prozentualer Anteil der privaten Haushalte, die in überbelegten Wohnungen wohnen, EU-15 im Jahr 2001

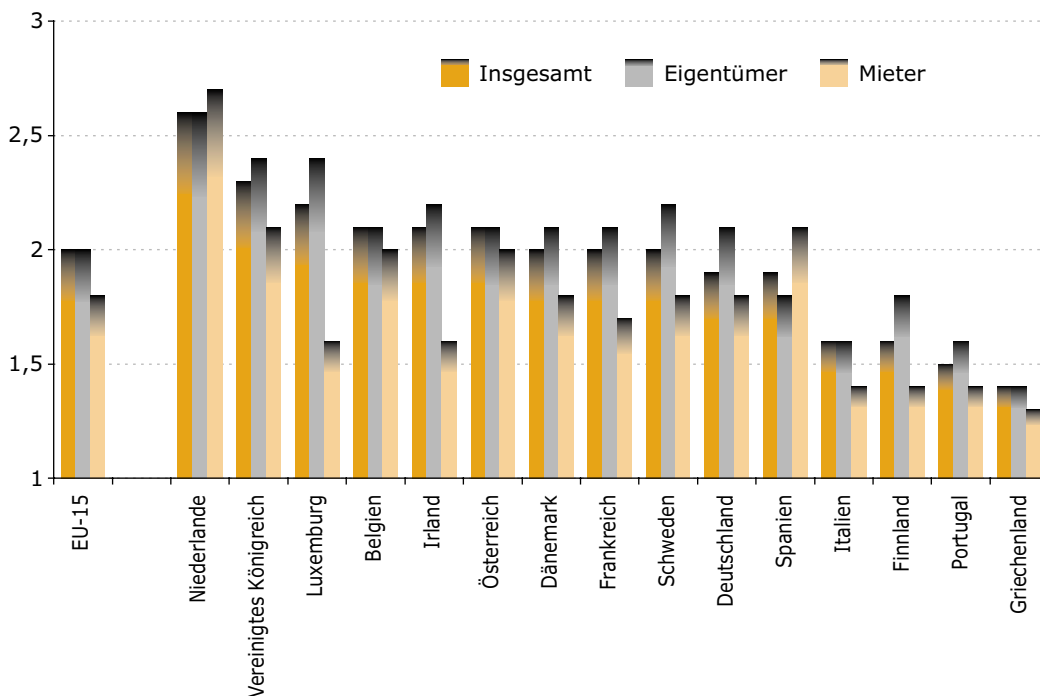
In %



(1) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Indikator gibt den Anteil der Personen an, die in überbelegten Unterkünften (mehr als eine Person pro Zimmer) leben. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.

Zimmer pro Person, EU-15 im Jahr 2001
Nach Besitzverhältnis



Der Indikator gibt die Zahl der Räume an, die für jede Person im Haushalt zur Verfügung stehen, aufgeschlüsselt nach den Besitzverhältnissen der Haushalte.



Sozialschutz

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Sozialschutzausgaben
- Sozialschutzeinnahmen nach Art
- Sozialleistungen nach „Funktionen“

Sozialschutz: Verringerung der Lasten

Sozialschutz umfasst alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen zur Verringerung der Lasten, die privaten Haushalten oder Einzelpersonen durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Mutterschaft und Familie, Invalidität oder Behinderung, Arbeitslosigkeit usw. entstehen.

Die acht „Funktionen“ des Sozialschutzes

Die Ausgaben des Sozialschutzes umfassen Sozialleistungen, Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben (z. B. an Banken zu zahlende Zinsen). Der wichtigste Ausgabenbereich des Sozialschutzes ist die Gewährung von Leistungen. Ausgaben für Bildung bleiben unberücksichtigt.

Sozialleistungen sind direkte Geld- oder Sachtransfers von Sozialschutzsystemen an private Haushalte und Einzelpersonen zur Verringerung der Lasten, die durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse entstehen. Ausgenommen sind steuerliche Vergünstigungen.

Die Leistungen werden nach den acht „Funktionen“ des Sozialschutzes untergliedert:

1. **Die Leistungen der Funktion „Krankheit/Gesundheitsversorgung“** betreffen in erster Linie Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, medizinische Versorgung und Versorgung mit Arzneimitteln.
2. **Die Leistungen der Funktion „Invalidität/Gebrechen“** umfassen hauptsächlich Invalidenrenten und die Versorgung von Behinderten mit Waren und Dienstleistungen (ohne medizinische Versorgung).
3. **Die Leistungen der Funktion „Alter“** umfassen vorwiegend Altersruhegeld und die



Versorgung älterer Menschen mit Waren und Dienstleistungen (außer medizinische Versorgung).

4. **Die Leistungen der Funktion „Hinterbliebene“** beinhalten die finanzielle Unterstützung und Hilfe im Zusammenhang mit einem Todesfall in der Familie, wie z. B. Hinterbliebenenrenten.
5. **Die Leistungen der Funktion „Familie/Kinder“** betreffen (außer medizinische Versorgung) Kosten, die im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt, Erziehung und Betreuung von anderen Familienmitgliedern anfallen.
6. **Unter die Leistungen der Funktion „Arbeitslosigkeit“** fallen auch durch öffentliche Stellen finanzierte Berufsausbildungsmaßnahmen.
7. **Die Leistungen der Funktion „Wohnen“** umfassen Maßnahmen staatlicher Behörden, die private Haushalte bei der Aufbringung der Wohnkosten unterstützen.
8. **Die Leistungen der Funktion „soziale Ausgrenzung“** umfassen Einkommensbeihilfen, Wiedereingliederung von Alkohol- und Drogenabhängigen und sonstige Leistungen (außer medizinische Versorgung).

Die Finanzierung des Sozialschutzes

Die für den Sozialschutz zuständigen Stellen werden auf unterschiedliche Weise finanziert. Die Einnahmen umfassen Sozialbeiträge von Arbeitgebern und Versicherten, Beiträge des Staates und sonstige Einnahmen. Die sonstigen Einnahmen stammen aus einer Vielzahl von Quellen, z. B. Zinsen, Dividenden, Mieten und Forderungen gegenüber Dritten.

Sozialbeiträge werden von den Arbeitgebern und den Versicherten gezahlt.

Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind alle Aufwendungen der Arbeitgeber zur Sicherstellung der Ansprüche ihrer Beschäftigten auf Sozialleistungen. Dazu gehören alle Zahlungen der Arbeitgeber an Sozialschutzsysteme (tatsächliche Beiträge) sowie direkt von Arbeitgebern an Arbeitnehmer gezahlte Sozialleistungen (unterstellte Beiträge). Die Sozialbeiträge der Versicherten umfassen die von Arbeitnehmern, Selbständigen, Rentnern und sonstigen Personen gezahlten Beiträge.

Sozialleistungen werden vor Abzug der von den Empfängern auf sie zu entrichtenden Steuern oder

sonstigen Pflichtabgaben erfasst. „Steuerliche Leistungen“ (Steuervergünstigungen für Haushalte im Rahmen des Sozialschutzes) sind in der Regel ausgenommen.

ESSOSS: das statistische Instrument zum Vergleich der Sozialpolitik

Die Daten zu den Sozialschutzausgaben und -einnahmen sind nach dem Europäischen System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

harmonisiert. ESSOSS, das auf dem Konzept der Sozialschutzfunktionen und einer gemeinsamen Methodik aufbaut, ist ein einzigartiges Instrument zum Vergleich der Sozialpolitik der verschiedenen europäischen Länder. Beispielsweise kann verglichen werden, in welcher Weise die sozialen Bedürfnisse oder Risiken

gedeckt werden bzw. welche Maßnahmen die Länder ergreifen, um sie zu decken. Darüber hinaus ermöglicht ESSOSS eine Analyse der Organisation des Sozialschutzes, da ihm die „statistischen Einheiten“ zugrunde liegen, die die privaten Haushalte oder die Einzelpersonen mit den verschiedenen Sozialleistungen versorgen.





Gesamtausgaben für den Sozialschutz

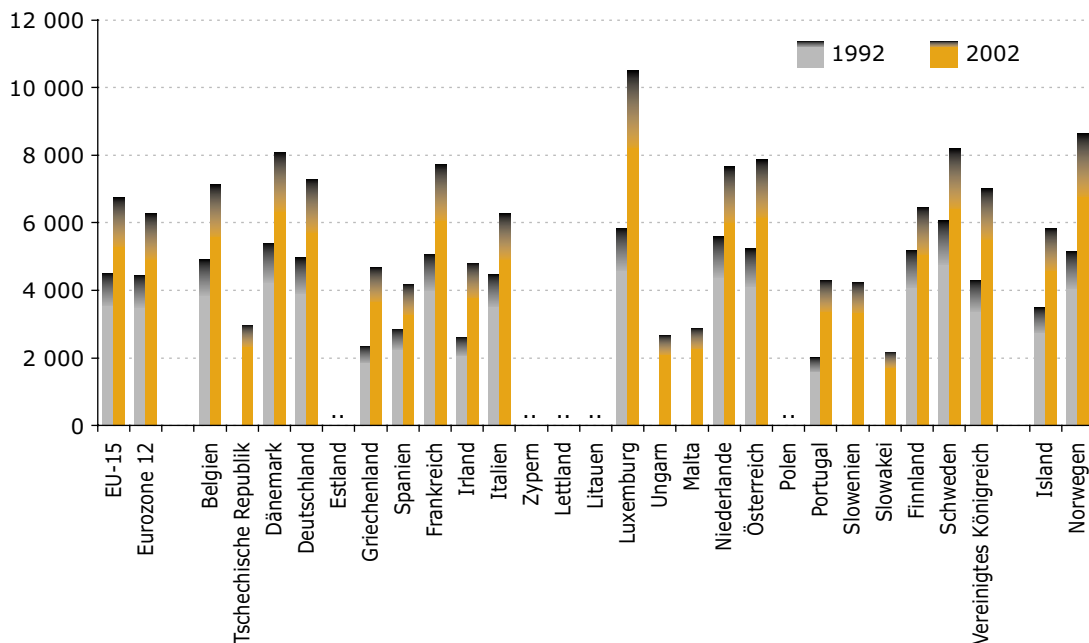
Zu laufenden Preisen; in % des BIP

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	27,0 (p)	27,3 (e)	:
EU-15	26,3	27,6	28,7	28,4	28,2	28,4	28	27,5	27,4	27,3 (p)	27,6 (e)	28,0 (e)
Eurozone 12	26,1	27,2	28,2	28	27,9	28,2	27,8	27,4	27,4	27,2 (p)	27,4 (e)	27,9 (e)
Belgien	27	27,7	29,3	28,7	28,1	28,6	27,9	27,6	27,3	26,9 (p)	27,5 (e)	27,8 (e)
Tschechische Republik	:	:	:	:	17	17,3	18,3	18,3	19,1	19,3	19,2 (p)	19,9 (p)
Dänemark	29,7	30,3	31,9	32,8	32,2	31,4	30,4	30,2	30	29,2	29,4	30
Deutschland	26,1	27,6	28,4	28,3	28,9	30	29,5	29,3	29,6	29,6	29,8 (p)	30,5 (p)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	15,1 (p)	14,3 (p)	:
Griechenland	21,5	21,2	22	22,1	22,3	22,9	23,3	24,2	25,5	26,3	27,1	26,6
Spanien	21,2	22,4	24	22,8	22,1	21,9	21,2	20,6	20,3	20,2 (p)	20,1 (p)	20,2 (p)
Frankreich	28,4	29,3	30,7	30,5	30,7	31	30,8	30,5	30,2	29,8	30	30,6 (p)
Irland	19,6	20,3	20,2	19,7	18,9	17,8	16,6	15,4	14,7	14,3	15,3	16,0 (p)
Italien	25,2	26,2	26,4	26	24,8	24,8	25,5	25	25,2	25,2	25,6 (p)	26,1 (p)
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	15,3 (p)	14,3 (p)	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	16,2 (p)	15,2 (p)	:
Luxemburg	22	22,5	23,3	22,9	23,7	24,1	22,8	21,7	21,7	20,3	21,3	22,7 (p)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	:	20,7	19,8	19,8	20,9
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	17,2	16,6	17,3	17,7
Niederlande	31,2	31,9	32,3	31,7	30,9	30,1	29,4	28,4	28	27,4	27,5	28,5 (p)
Österreich	26,7	27,2	28,2	28,9	28,9	28,8	28,8	28,5	28,9	28,4	28,6	29,1
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	20,7 (p)	22,1 (p)	:	:
Portugal	17,2	18,4	21	21,3	22,1	21,2	21,4	22,1	22,6	23	24	25,4 (p)
Slowenien	:	:	:	:	:	24,4	24,8	25	25	25,2	25,5	25,4 (p)
Slowakei	:	:	:	:	18,7	19,8	20	20,2	20,2	19,5	19,1	19,2 (p)
Finnland	29,8	33,6	34,5	33,8	31,7	31,6	29,2	27,2	26,8	25,5	25,7	26,4 (p)
Schweden	34,3	37,1	38,2	36,8	34,6	33,8	32,9	32,2	31,8	30,8	31,4	32,5 (p)
Vereinigtes Königreich	25,8	27,9	29	28,6	28,2	28,1	27,5	26,9	26,5	27,1	27,6	27,6 (p)
Island	17,6	18,2	18,8	18,4	19	18,8	18,9	18,9	19,5	19,8	20,2	22,3 (p)
Norwegen	27	28,2	28,2	27,6	26,7	26	25,3	27,1	27,1	24,6	25,6	26,3 (p)

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögensteuern).

2001 wurden in EU-25 27,3 % des BIP für den Sozialschutz ausgegeben. Am höchsten war der Anteil in Schweden mit 31,4 %, am niedrigsten in Lettland und Estland mit 14,3 %. 2002 nahmen die Sozialschutzausgaben in Prozent des BIP in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu: Das Verhältnis erhöhte sich in 17 der 20 Länder, für die Daten vorliegen.

Gesamtausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung In KKS



2002, EU-15: geschätzte Werte.
2002: vorläufiger Wert.

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögensteuern).

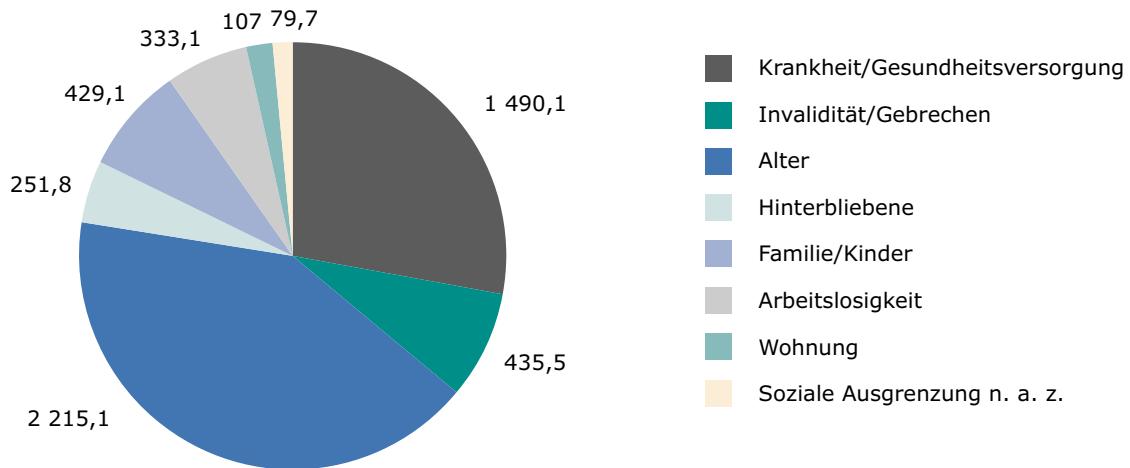
Die Sozialschutzausgaben wurden auch je Einwohner berechnet. Als Einheit wurde dabei der Kaufkraftstandard (KKS) verwendet, der einen Ländervergleich ohne Verzerrungen ermöglicht. 2000 beliefen sich die Sozialschutzausgaben pro Kopf in EU-25 auf rund 5 300 KKS. Am höchsten waren sie mit 9 154 KKS in Luxemburg, am niedrigsten mit 1 300 KKS oder weniger in

Litauen, Estland und Lettland. Die Abweichungen zwischen Ländern rühren zum Teil von dem Wohlstandsgefälle zwischen ihnen her, spiegeln aber auch Unterschiede der einzelnen Sozialschutzsysteme, der Bevölkerungsentwicklung, der Arbeitslosenquoten und bei anderen, sozialen, institutionellen und wirtschaftlichen Faktoren wider.



Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung nach Funktionen: EU-25 im Jahr 2001

In KKS



Geschätzte Werte.

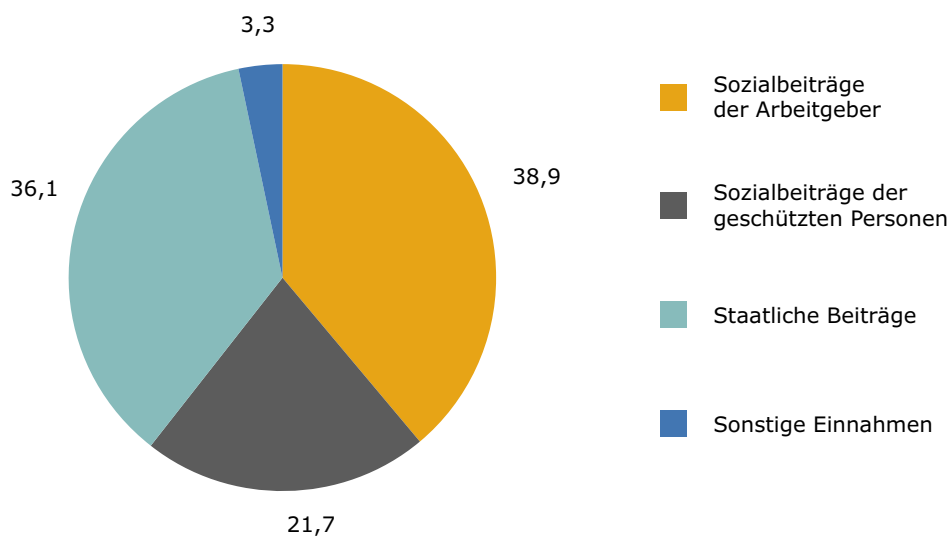
Die Sozialleistungen sind Geld- oder Sachübertragungen, die von den Sozialschutzsystemen an private Haushalte oder Einzelpersonen erbracht werden, um die Lasten zu decken, die ihnen durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen.

Die Sozialleistungen pro Kopf werden nach den vorstehend genannten Funktionen dargestellt. Der höchste Ausgabenposten ist der für ältere Menschen (2 215 KKS in EU-25 im Jahr 2001), gefolgt von den Leistungen für Krankheit und

Gesundheitsversorgung (1 490 KKS in EU-25 2001). Rund 39 % der Sozialschutzeinnahmen wurden von den Arbeitgebern finanziert, 36 % vom Staat und 21,7 % von den Versicherten selbst.

Sozialbezüge nach Arten: EU-25 im Jahr 2001

In % der Gesamtbezüge



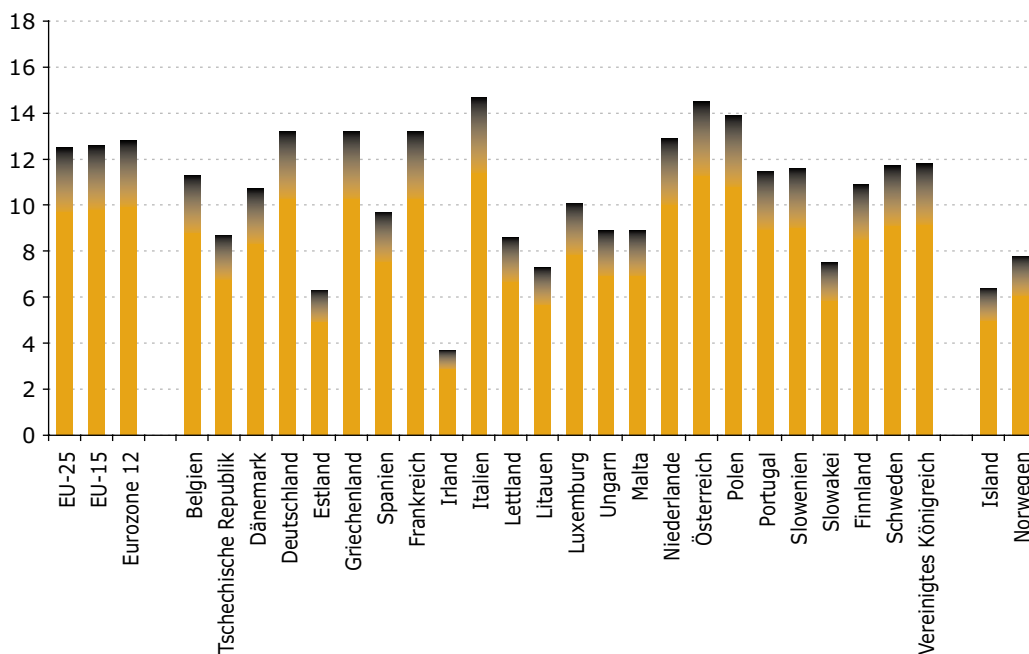
Geschätzte Werte.

Die Einnahmen der Sozialschutzsysteme umfassen Sozialbeiträge, staatliche Zuweisungen und sonstige Einnahmen. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind die von den Arbeitgebern erbrachten Aufwendungen zur Begründung der Anspruchsberechtigung auf Sozialleistungen für Arbeitnehmer, ehemalige Arbeitnehmer und ihre Unterhaltsberechtigten. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer untergliedern sich in tatsächliche und unterstellte Beiträge. Sie können von gebietsansässigen oder gebietsfremden Arbeitgebern gezahlt werden.

Die Rentenausgaben betragen 2001 in EU-25 12,5 % des BIP. Am höchsten waren die Ausgaben in Italien (14,7 % des BIP), am niedrigsten in Irland (3,7 % des BIP). Darüber hinaus stellen die Renten in den meisten europäischen Ländern den bedeutendsten Posten unter den Sozialschutzausgaben dar.

Rentenausgaben im Jahr 2001

In % des BIP; zu jeweiligen Preisen



Enthält vorläufige Werte; EU-25, EU-15, Eurozone: geschätzte Werte.

Das Aggregat „Renten“ umfasst lediglich einen Teil der Geldleistungen der Funktionen Invaliddität/Gebrechen, Alter, Hinterbliebene und Arbeitslosigkeit. Es ist definiert als die Summe folgender Sozialleistungen: Invaliditätsrenten, Vorruhestandsgeld aufgrund einer geminderten Erwerbsfähigkeit, Altersruhegeld, Frührente, Teilrente, Hinterbliebenenrente, Arbeitslosigkeit.